

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. wöchentlich, 20 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.00 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheit 1894.

Die Inflation-Gebühr

Beträgt für die festgelegte Kolonietabelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Beschlüsse-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgelegte Wort 20 Pf. (zulässig 2 festgelegte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 4. September 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Ein Feind der Massenheere.

III.

An der Organisation der Verpflegung hatte man in der preussischen Armee gar nichts geändert; die Erfahrungen von 1866 waren für die Ausbildung von Führern und Truppe im Verpflegungsdienst nicht nutzbar gemacht worden. Sachsen hatte die ungenügenden preussischen Einrichtungen übernommen, und Bayern hatte eine eigene Organisation, die an Bäckern und Oberbäckern keinen Mangel aufwies, aber nicht einen einzigen Feld-Bäckofen besaß! Die württembergische Division hatte ebenfalls eine Bäckereifolonne, aber auch keine Bäckofen — dafür hatte sie einen Feld-Postbeamten! Der Große Generalstab stellt diese völlig ungenügenden Einrichtungen fest und meint dann: „Trotzdem litten die Truppen auf dem Eisenbahntransport keinen Mangel, weil die Opferwilligkeit der Bevölkerung die mangelhaften Vorbereitungen der Militärverwaltung reichlich ausglich, und weil die Truppen aus ihren Mobilmachungsarten nicht unbeträchtliche Verpflegungsmengen mitgenommen hatten.“

Den ganz ungeheuerlichen Wirrwarr schon beim Aufmarsch kennzeichnet das Generalstabswerk mit folgenden Sätzen:

„Die Verpflegung im Versammlungsgebiet war in keiner Weise vorbereitet; man rechnete anscheinend noch mit der vor Einführung der Eisenbahnen durch Fußmarsch erfolgten langsamen Versammlung, denn es waren weder in den Proviantämtern des Versammlungsgebietes irgendwelche nennenswerten Vorräte für den Versammlungszeitraum bereitgestellt, noch die Heranziehung von Vorräten aus dem Landesinnern durch planmäßig zwischen die Truppenezüge eingeschaltete Verpflegungszüge vorbereitet. Die ganze Verpflegung wie auch die Bereitstellung der für Magazine im Versammlungsgebiet erforderlichen Fuhrparks mußte erst nach Ausbruch der Mobilmachung improvisiert werden und lastete im wesentlichen auf den Korpsintendanturen der Grenzkorps, von denen die des II. bayerischen Armeekorps außerdem nur auf dem Umweg durch das bayerische Kriegsministerium zu erreichen war. ... Gleich zu Beginn des Aufmarsches versagte die Brotversorgung. Man erkannte aber die Ursache nicht; sie bestand nicht in der ungenügenden Leistungsfähigkeit der Bäckereien, sondern in der Schwierigkeit der Heranführung des Brotes zur Truppe. Man schritt daher auch nicht zu dem einzig richtigen Mittel, mitten im Truppenbereich die Bäckofen zu errichten, sondern wählte den Weg, der schon 1866 sich als unweckmäßig erwiesen hatte: man ließ in Berlin und Potsdam täglich 100 000 Brotportionen herstellen und wies die Intendanturen des I., II., IV., V., VI., VII., IX. und X. Armeekorps an, möglichst große Mengen Brotes zur Verfrachtung an den Rhein bereitzustellen.“

Der größte Teil des Brotes ist nie zu den Truppen gekommen und was ankam, war total verdorben. Hinter dem Rhein, genau wie 1866 in Schlesien, häuften sich enorme Vorräte an, deren Weitertransport sich schließlich als eine Unmöglichkeit erwies. Die Truppen waren von Anfang an auf die „eisernen Portionen“ angewiesen, bestehend aus Zwieback, Kaffee, Reis, Speck und Salz.

Hinter den vorrückenden Truppen waren für die Verpflegung Etappenmagazine angelegt, die von den Landesbehörden gefüllt werden sollten. Das klappte aber nur in den wenigsten Fällen und hatte dann keinen Zweck, weil es an den nötigen Fuhrwerken fehlte, um den Truppen die Nahrungsmittel zuzuführen. Die Truppen waren auf Verteilungen angewiesen, deren Resultat stets sehr verschieden war, die einen Teile hatten Ueberfluß, die anderen litten bitteren Mangel. Schließlich war geradezu eine Art Anarchie eingetreten. Darüber berichtet der Große Generalstab:

„So verzweigte das Magazin des VIII. Armeekorps in Lebach die Ausgabe von Lebensmitteln an die dorthin gelangenden Truppen des VII. Armeekorps. Das VIII. Armeekorps entfernte kurzerhand den Magazinvorstand und entnahm dem Magazin nicht nur seinen Bedarf, sondern erheblich mehr. Die Folge war eine Verschwendung des VIII. Armeekorps beim Oberkommando. Das VII. Armeekorps scheint mit der übermäßigen Beanspruchung von Lebach eine Vergeltung dafür beabsichtigt zu haben, daß das Magazin Trier, auf welches das Oberkommando das Korps bei seinem Eintreffen angewiesen hatte, vom VIII. Armeekorps vorher größtenteils geleert worden war.“ (Seite 147.)

Das war schon in den ersten Augusttagen, und als die Gefechte bei Weißenburg und Wörth vorbei waren und die Truppen im Duvak auf Proviant warteten, fuhren die Proviantkolonnen ziellos hin und her, soweit sie nicht überhaupt stiefen geblieben waren. Der Armeekorps-Intendant sagte darüber in seinem Bericht:

„Wenn Verpflegungszüge ankommen, von denen kein Mensch weiß, von wem und für wen sie sind, so kann man zwar im äußersten Notfall alle ankommenden Bestände an bestimmte Zentral-Magazine weisen, die Verwirrung wird dadurch aber immer größer, weil alle und jede Kontrolle aufhört, die Beamten von jeder Verantwortlichkeit entbunden und die Lieferanten geradezu befähigt werden, der Verwaltung beliebige enorme Quantitäten in Rechnung zu stellen, die sie nie geliefert haben.“

Um den Mangel an Brot auszugleichen, wurde die Fleischportion auf anderthalb Pfund pro Mann erhöht, denn an Schlachtvieh war in den besetzten Gegenden kein Mangel. Als beinahe erheiternd bezeichnet der Große Generalstab den Befehl, daß grundsätzlich Quartierverpflegung zu fordern und daß, wo diese nicht gewährt werde, für den Kopf und Tag 2 Frank von den beteiligten Gemeinden einzuziehen sei, hatten doch die armen Vogesendörfer ebenso wenig Geld wie Lebensmittel.

Besonderen Mangel litt das II. bayerische Korps, weil das vor ihm marschierende I. Korps bereits alles Genießbare „ausfourgiert“ hatte. Als endlich am 10. August die Verpflegungskolonnen eintrafen, waren die Vorräte meist verdorben; die eisernen Portionen waren mittlerweile aufgezehrt worden. In Forbach hatten die Truppen ein großes französisches Magazin erbeutet. Runtenstand zwischen zwei Armeekorps ein Streit, wem die Vorräte zufallen sollen. Der Streit mußte durch das Große Hauptquartier geschlichtet werden. Solange geliebten die Vorräte ungenutzt liegen! Nur dadurch, daß der Feind nichts unternahm, rächten sich dieser und andere Mißstände nicht durch einen Mißerfolg.

Die mangelhafte Verpflegung löderte die Manneszucht, es ging genau wieder so wie 1866. Immer wieder kam es zwischen den einzelnen Armeekorps, die einander die Verpflegung wegnahmen, dieserhalb zu schweren Differenzen. Schließlich mußte das Große Hauptquartier eine Abgrenzung des Bereiches der einzelnen Korps befehlen! Je mehr die Truppen vorrückten, desto heillos wurde die Verwirrung.

„Mehrere Armeekorps ließen die eisernen Portionen auf beigetriebenen Wagen nachführen. Diese marschierten mit dem „Train“; blieb dieser zurück, so fehlten auch die eisernen Portionen. Andere Truppenteile unterließen es, beim Ablegen der Kornister die eisernen Portionen in den Brotbeuteln unterzubringen und entzogen sich ihrer auf diese Weise. So zogen die meisten Truppen ohne Verpflegung in die Schlacht. ... Das VIII. Armeekorps hat am 15. August nicht abgehoben können, weil sein „Train“ durch Truppen des I. Armeekorps abgedrängt war. Am 16. wurden die Kornister mit den eisernen Portionen zurückgelassen. Erst am Nachmittag des 17. konnte abgeholt werden nach Ankunft einer Proviantkolonne, die wider den Befehl herangekommen und dabei verheerend beinahe in die französischen Voposten hineingeraten war. Sie wurde am 18. übrigens wieder — ebenfalls unbedeutenderweise — herangezogen und dabei in die beim Korps ausgebrochene Panik verwickelt. Ähnlich war es beim VII. Armeekorps. Zum Hunger gelehrt sich noch der Durst. Auf der wasserarmen Salzhochfläche gab es keine Quellen. Die Truppen waren auf die wenigen Brunnen der Ortschaften angewiesen. Maßnahmen zur Regelung des Wasserholens waren nicht getroffen, so fehlte vielen Truppen auch das Getränk.“ (Seite 161.)

Ein Kriegstagebuch schildert die Verhältnisse wie folgt: „Ein betrunkenes Marketer schlief während eines Nachmarsches ein. Sein Pferd, müde und hungrig, bleibt stehen. Der vor dem Marketer liegende Teil der Kolonne verschwindet in der Dunkelheit; die folgenden Teile halten. Zunächst fällt das niemanden auf. Nachschutungen sind etwas Seltsames. ... Die Truppen schrieben an diesem Tage, wie so oft, in die Kriegstagebücher: Verpflegung fehlt, Bagage trifft nicht ein.“

So konnte es passieren, daß ein sächsischer Fuhrpark direkt in die feindliche Festung Verdun hineinmarschierte und dort natürlich in Gefangenschaft geriet!

Außerordentlich schlimm war es aber mit der Pflege der Verwundeten bestellt. Der Große Generalstab konstatiert:

„Die Sanitätskompagnien hatten fast keine Lebensmittel bei sich, auch keine eisernen Portionen. Die Feldlazarette hatten zwar zum Teil in Voraussicht der Ereignisse während des Vormarsches Wagen mit Lebensmitteln beigetrieben, aber der größere Teil dieser Wagen verschwand wieder, weil die französischen Fuhrleute mit ihren Wagen flohen, sobald sie nicht scharf bewacht wurden. Auf dem Schlachtfeld gab es nur Fleisch in lebendem Vieh und vor allem kein Wasser. Man mußte dieses in Fässern von weither holen und hielt sich inzwischen an den in fast allen Häusern vorgefundenen Wein. Vertreter der freiwilligen Krankenpflege erschienen zwar rechtzeitig auf dem Schlachtfeld, sie vermochten aber die von ihnen zur Verfügung gestellten Erfrischungen erst nach geraumer Zeit heranzubringen.“ (Seite 164.)

Erst gegen Ende August war die Fürsorge für die Verwundeten eine bessere geworden.

Die Truppen waren bereits vor Sedan angelangt und die Verpflegung funktionierte noch immer nicht. In Bazeilles und Dondery wurden französische Verpflegungszüge erbeutet, die die Verpflegung während und nach der Schlacht ermöglichten. Immerhin waren Teile der Dritten Armee infolge Verbrauchs der eisernen Portionen darauf angewiesen, den Hunger durch selbst gegrabene Kartoffeln, Mohrrüben und sonstige Feldfrüchte zu stillen.“ Die Situation verschlimmerte sich, als Sedan kapituliert hatte und nun auch noch die Gefangenen zu verpflegen waren. Diese Verpflegung bestand fast

nur in selbstgegrabenen Kartoffeln, die am Feuer gebraten wurden. Nicht einmal die Verpflegung der Einschließungsarmee von Metz, die keinen Feind mehr im Rücken stehen hatte, war entsprechend geregelt. Der Große Generalstab stellt hierzu fest:

„Nur der geringen Entfernung von der deutschen Grenze und dem Bestehen einer Bahnverbindung dahin ist es zu danken, daß die Armee im ganzen genügend versorgt wurde. Der Verwaltung gebührt dafür keinerlei Verdienst.“

Das Werk des Großen Generalstabs — das bestimmt nicht zu schwarz gemalt hat, im Gegenteil — zeigt die Schwierigkeit der Verpflegung großer Truppenmassen. Die Armeen, die in all den früheren Kriegen im Felde standen, waren winzig zu nennen gegenüber den Armeen, die ein künftiger Krieg auf den Weiden sehen wird. Deutschland allein stellt in diesem Falle eine Armee von fünf Millionen Mann auf. Einmal ganz abgesehen von der Frage, ob es möglich ist, solche Armeen beweglich zu erhalten, sie zu dirigieren, entsteht die weitere, nicht minder wichtige Frage: Wie soll eine Verpflegung dieser ungeheuren Massen gewährleistet werden? Die Truppen haben heute Feldbäckofen und jahrbare Kochapparate, aber wo diese Einrichtungen schließlich im Kampf, der jede vorherige Berechnung über den Haufen wirft, bleiben werden, vermag kein Mensch zu sagen. Diese Truppenmassen müssen von der Heimat aus verpflegt werden, denn der zurückziehende Feind wird die Lebensmittel, die er nicht mitnehmen kann, einfach zerstören.

Die Verpflegung aus der Heimat setzt aber das Vorhandensein der notwendigen Menge von Lebensmitteln voraus, eine Vorbedingung, die in Deutschland nicht erfüllt ist. Der Feind der Massenheere ist der Hunger! Ihm gegenüber sind Maschinengewehre und Haubitzen nutzlos. Er zerstört die Disziplin, in seinem Gefolge halten Kranke, Heiden und Seuchen ihren Einzug, die mehr Opfer fordern als selbst die blutigsten Schlachten. Man soll uns nicht damit kommen, daß die Intendantur heute ganz anders ausgebaut ist. Noch immer schwebt der Streit darüber, ob die Verpflegung der Truppen Sache der Heeresleitung oder einer selbständigen Intendantur sein soll. Gleichviel, wie diese Frage letzten Endes entschieden wird, schafft man damit die Last nicht aus der Welt, daß weder Heeresleitung noch Intendantur Lebensmittel aus dem Boden stampfen können. Deutschland kann seine Bevölkerung schon heute nicht ernähren ohne Zufuhr aus dem Ausland. Dieser Zustand verschärft sich mit dem Wachstum der Bevölkerung. Auf dem Grund und Boden, auf dem vor zehn Jahren noch Brotfrucht gedieh, stehen heute vielfach Mietkasernen, in denen Brotesser wohnen. Der anbaufähige Grund und Boden kann aber nicht nach Belieben vergrößert werden. Wo sollen also die Lebensmittel herkommen zur Ernährung der Millionenheere? Und unter den europäischen Militärmächten steht in dieser Bedrängnis Deutschland keineswegs allein, denn in anderen mit Lebensmitteln reicher gesegneten Ländern wird es an Händen fehlen, die die Ernte bergen, und es wird die Transportmöglichkeit fehlen, den Truppen diesen ungeheuren Bedarf an Lebensmitteln zuzuführen.

Der russisch-japanische Krieg hat das zur Genüge bewiesen. Mit hungernden Soldaten erkämpft man aber keine Siege, das lehrt uns die Geschichte aller Kriege, die im verflochtenen Jahrhundert und auch in der neueren Zeit geführt wurden. Keine Truppe kann auf die Dauer schlechte Verpflegung ertragen. So sind diese Millionenheere zu einem Instrument geworden, so groß, so gigantisch, daß man es im Ernstfalle nicht mehr meistern kann. Damit aber zeigt sich der ganze Wahnsinn des Wettrüstens, das einer kleinen Oberschicht der Völker Vorteile bietet, die Völker selbst aber an den Rand des Verderbens bringen muß.

Was der Große Generalstab mit dankenswerter Offenheit geboten hat, das wird dazu dienen, das Waffenarsenal der Sozialdemokratie zu vermehren, neue Waffen zu schmieden im Kampf gegen den Militarismus!

Die Erfurter Militärjustiz.

Die Verurteilungsverhandlung gegen das Erfurter Schreckensurteil, das seinerzeit wohl in der ganzen Welt ungeheures Aufsehen erregte und im Reichstage zu den begründetsten Anklagen gegen die Militärjustiz führte, hat gestern morgen in Erfurt vor dem Oberkriegsgericht begonnen. Noch ist das Urteil über die Unglücklichen, die gelegentlich einer Kontrollversammlung in der Trunkenheit zu bedauerlichen Exzessen sich hinreißen ließen, nicht gefällt. Eines aber ist nach der bisherigen Verhandlung sicher: das furchtbare Urteil, das die Angeklagten auf viele Jahre zum Teil ins Zuchthaus, zum Teil ins Gefängnis schicken wollte, wird durch einen bedeutend milderen Urteilspruch ersetzt werden.

Wenn man auch noch so kritisch den Prozeßbericht, den wir an anderer Stelle des Blattes wiedergeben, verfolgt, immer wieder kommt man zu der Ansicht, daß es sich um eine ganz gewöhnliche Wirtshausrauferei handelt, die nur dadurch mit einemmal zur militärischen Meuterei wurde, weil es sich um Reservisten und Landwehrmänner handelt, die zufällig am Tage der Kontrollversammlung in der Trunkenheit mit Polizisten und Gendarmen

in Händel gerieten. Das, was sonst mit einer Geldstrafe oder mit einer Woche Gefängnis geahndet wird, ist nach dem Militärstrafgesetze ein so furchtbares Verbrechen, daß auf Einzelstrafen von über fünf Jahren Zuchthaus erkannt wurde. Eine erheblich mildere Strafe wird die Angeklagten auch schon um deswillen treffen, weil diesmal die Entlastungszeugen, die in der vorigen Instanz wegen Verdacht des Meineides nicht vereidigt wurden und auf deren Aussagen der Gerichtshof daher nur wenig Wert legen konnte, diesmal unter ihrem Eid vernommen wurden. Ganz eigentümlich berührt es, daß der vernommene Gendarm, trotzdem positiv feststeht, daß die Angeklagten im Laufe des Tages eine Unmenge alkoholischer Getränke zu sich genommen hatten, vor Gericht bekundete, daß nach seiner Auffassung die Angeklagten nicht betrunken, ja nicht einmal angeheitert gewesen seien. Das schien selbst dem Verhandlungsführer eine so sonderbare Ansicht zu sein, daß ihm ein ganz unwillkürliches „Manu?“ entfuhr. Aber nicht nur der Gendarm, sondern auch ein anderer Belastungszeuge, der Polizeiergeant Müller, war in seinen Aussagen so wenig objektiv, daß er sich wiederholt befehlen lassen mußte, doch nicht mit so allgemeinen Schlußfolgerungen seine belastenden Aussagen zu stützen.

Wenn auch das Urteil voraussichtlich ein erheblich milderes wird, es wird die auf der Anklagebank Befindlichen immer noch furchtbar treffen. Es wird andererseits aber auch zeigen, daß das ganze mittelalterliche Militärstrafverfahren mit seinen furchtbaren Strafen dem Geiste der Neuzeit ins Gesicht schlägt; es wird erheblich beitragen zur Befestigung des militärischen Sonderrechts, das bei einfachen Vergehen der Untergebenen so entsetzliche Strafen vorsieht, wie sie im gemeinen Strafrecht nur bei allerhöchsten Kapitalverbrechen verhängt werden können.

Die Vorgänge in Dublin.

Das Begräbnis des Todesopfers.

Dublin, den 8. September. (Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Das Begräbnis des von der Polizei erschlagenen Arbeiters Nolan gestaltete sich zu einer machtvollen Demonstration des Dubliner Proletariats. Vierzig bis fünfzigtausend Menschen folgten der Leiche. Es dauerte fast eine Stunde, bis der Leichenzug einen gewissen Punkt in den mit Menschenmassen gefüllten Straßen passiert hatte. Der Oberbürgermeister Dublins und die Mehrheit der Stadtverordneten waren im Zuge. Die Polizei und Gendarmen ließen sich nicht blicken, weshalb der Aufmarsch sich in vollster Ordnung vollzog.

Die Straßen zeigen ein weißes Aussehen. Allenthalben tritt man auf Glasplitter. Das Gericht verurteilte gestern nicht weniger als 144 Arbeiter, die bei den Ausschreitungen beteiligt sein sollen, zu Gefängnisstrafen von verschiedener Höhe.

Die Erregung der Arbeiterschaft ist durch die Entlassung von einigen Hundert Kohlentransportarbeitern erneut worden. Vier von den Abgeordneten Dublins haben um eine sofortige öffentliche Unterdrückung des Vorgehens der Polizei und ihrer Ordnungsträger.

Pfarrer Münsterer vor Gericht.

Regensburg, 8. September 1913.

Sehr großes Aufsehen erregte im Februar 1910 auch außerhalb der Grenzen Bayerns die Flucht zweier katholischer Pfarrer, die sich weit über ihren diözesanen Wirkungsbereich hinaus bis dahin eines großen Ansehens erfreut hatten. Es waren dies der Pfarrer Georg Münsterer aus Sondorf, der sich Unterschlagungen in Höhe von über 150 000 M. an sich zuschulden kommen lassen, und der Pfarrer Eugen Scheuer aus Kolbermoor, gegen den wegen Meineids und wegen Verleitung zum Meineid ein Steckbrief erlassen werden mußte. Gegen Pfarrer Scheuer hatte die „Münchener Post“ die Beschuldigung erhoben, er unterhalte mit einer Näherin Trautsch ein Liebesverhältnis und sei der Vater eines unehelichen Kindes der Trautsch. In dem darauf gegen die „Münchener Post“ angestrengten Verleumdungsprozeß bestritt Pfarrer Scheuer unter seinem Eid jeden unehelichen Verkehr mit der Trautsch und auch die Trautsch bezeugte, daß sie niemals mit Pfarrer Scheuer intimen Verkehr gehabt habe. Als sich später die Wichtigkeit der von der „Münchener Post“ erhobenen Beschuldigungen herausstellte, war Pfarrer Scheuer plötzlich verschwunden und schickte aus Nordamerika dem Erzbischöflichen Ordinariat in München-Freising einen Brief, daß er in Amerika eine Pfarrstelle übernommen habe. Während Scheuer also verschwunden blieb, wurde gegen die Trautsch vor dem Münchener Schwurgericht wegen Meineids verhandelt. Sie wurde aber freigesprochen, weil die Geschworenen annahmen, daß sie vollkommen unter dem dämonischen Einfluß des Pfarrers gestanden hätte. Während die Affäre des Pfarrers von Kolbermoor die Gemüter in Bayern noch in Erregung hielt, trug sich der Fall des Pfarrers Münsterer zu. Münsterer war noch in größerem Umfange als Scheuer auch politisch hervorgetreten. Er war Mitbegründer und ein eifriger Mitarbeiter des „Bayerischen Vaterlandes“, jenes von Dr. Egl. begründeten und durch seinen Freundschaft weit bekannten Blattes. Münsterer war auch in seiner politischen Tätigkeit mit dem bekannten Zentrumsführer Dr. Heim in Verbindung gekommen, und er betätigte sich in gleicher Weise wie Dr. Heim vor allem in den Kreisen der bayerischen Bauern; sein Bestreben war es, sich bei der Bauernbevölkerung populär zu machen. Er war daher sehr viel auf Reisen und hielt sich viel in den Wirtschaftshäusern auf, um die Fühlung mit den bäuerlichen Kreisen nicht zu verlieren. In seiner Eigenschaft als Leiter und Vertrauensmann einer Raiffeisenkasse und als Verwalter einer Kirchenkasse vergriff er sich an den ihm anvertrauten Geldern, ebenso an Geldern, die ihm vertrauensförmig Bauern zur Aufbewahrung übergeben hatten. Als er eine Revision beschließen wollte, ergriff er mit seiner Geliebten die Flucht, und nun stellt sich heraus, daß in der Raiffeisenkasse 143 000 M. und in der Kirchenkasse etwa 8000 M. fehlten; außerdem hatte er etwa 80 000 M. Privatgelder veruntreut. Der Rufschall Münsterers blieb lange unentdeckt. Man vermutete, daß er sich in Italien in einem Kloster verborgen hielt, während er in Wirklichkeit jenseits des Ozeans ein abenteuerliches Leben führte. Nachdem er seine Geliebte irgendwo in der Welt im Stich gelassen hatte, kehrte er nach Frankreich zurück. Er war ohne Geldmittel, mußte betteln und als Bettler wurde er aufgegriffen. Erst jetzt ergab sich, daß er der gesuchte bayerische Pfarrer war, und nach langwierigen

Auslieferungsverhandlungen wurde er von der französischen Polizei nach Deutschland ausgeliefert.

Die heutige Verhandlung vor dem Landgericht Regensburg fand unter außerordentlichem Andrang des Publikums statt. Bei seiner Vernehmung beantwortete der Angeklagte ohne irgendwelche Zeichen innerer Erregung die Fragen des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektors Lechner. In Sondorf wurde er, nachdem er einige Zeit Pfarrverweser war, im Jahre 1900 Pfarrer. Bald nach seinem Eintritt als Pfarrer der Darlehnskasse begann er mit seinen Unterschlagungen. Wie Münsterer sagt, hätten die Revisoren ihm seine Unterschlagungen überaus leicht gemacht. Wenn er gewollt hätte, dann hätte er seine Unterschlagungen bis zum heutigen Tage verbergen können. Geblieben sei er am 27. Februar 1910 unter Mitnahme von 18 000 M. Er lebte zunächst in Griechenland und dann in Frankreich, wo er völlig mittellos, und da er seine Revisoren im Hotel nicht bezahlen konnte, verhaftet worden ist. Ein sehr interessantes Licht auf die Verhältnisse in der Kassenverwaltung wirft die Erklärung des Angeklagten, daß er die Revisoren sich selber bestimmt habe. Er konnte sie haben, wie er wollte, denn längst hätten sie die Lieberlichkeit über seine Kasse verloren. Ueber einen Posten von 18 000 M. kann der Angeklagte keine Erklärung geben und sagt dann mit weinerlicher Miene: „Ich würde Ihnen sofort darüber Aufschluß geben, aber dann würde man wieder soviel in den Zeitungen schreiben.“ Schließlich erklärt er, mit diesem Geld arme Geistliche unterstützt zu haben. Eine Frage des Staatsanwalts, wie Münsterer es mit seinem Gewissen vereinbaren konnte, im Bewußtsein so schwerer Verfehlungen an den Altar zu treten und die Rechte zu hören, beantwortete der Angeklagte dahin: „Ja leider, der Teufel hatte mich beim Kragen.“

Die Zeugenvernehmung ergab die interessante Tatsache, daß die Revision in der Kasse vorher angemeldet wurde, und daß Münsterer die auf die Kasse bezüglichen Mitteilungen, soweit sie ihm zuliefen, von der Kanzel verkündete. Medizinalrat Dr. Dufinger als Sachverständiger erklärte in einem ausführlichen Gutachten Münsterer als einen besetzten Menschen mit Schwäche des Willens, einem Mangel an Festigkeit, hoher Grobmannschaft, der immer den Grandseigneur spielen wollte und deshalb auch den geistlichen Beruf gewählt habe, der seinen moralischen Fähigkeiten keineswegs gewachsen war. Seine strafrechtliche Verantwortlichkeit sei zu bezagen, aber als gemindert zu betrachten. Das Urteil gegen Münsterer lautet auf 4 Jahre Gefängnis. Der Angeklagte nahm die Strafe sofort an.

Politische Uebersicht.

Konservative Wahlmache in Ragnit-Pillkallen.

Die Nationalliberalen haben bekanntlich gegen die Wahl in Ragnit-Pillkallen Protest eingelegt. Nach der Mitteilung der „Nationalliberalen Korrespondenz“ rügt der Wahlprotest 22 Verfehle gegen die Wahlvorschriften. Es heißt darüber im Protest:

Die Wahlbezirksteilung in Ragnit machte es vielen Wählern unmöglich, ihre Stimme abzugeben. Schon bei der letzten Landtagswahl war die Stadt wegen der großen Wählerzahl in drei Bezirke geteilt worden. In Abwesenheit des beurlaubten Bürgermeisters vollzog diesmal der Beigeordnete van Setten, zugleich der Vorsitzende des konservativen Kreisvereins, die Teilung, und zwar in nur zwei Bezirke. Im Bezirke I hatten 816 Wähler zu wählen. Bei 9 Stunden Wahlzeit ergibt sich bei gleichmäßiger glatter Abwicklung des Wahlgeschäfts für den einzelnen Wähler eine Zeit von 40 Sekunden. Daß das keineswegs ausreichend ist, liegt auf der Hand. Die Folge war denn auch, daß in der Zeit von 6-7 Uhr abends der Andrang so groß war, daß um 7 Uhr bei Schluß der Wahlhandlung 72 Wähler nicht mehr wählen durften. Ein Teil war schon vorher wegggegangen, da sie die Unmöglichkeit, die Stimme noch abzugeben zu können, ersehen. Von den 816 Wählern konnten nur 635 ihr Wahlrecht ausüben. Das Wahllokal des Bezirkes I lag zudem am äußersten Ende der Stadt, so daß der größte Teil der Wähler 20 bis 25 Minuten Weg zurücklegen mußte. Bei der letzten Reichstagswahl hatte das Wahllokal inmitten der Stadt gelegen! Auch im Wahlbezirk II, wo 488 Wähler zu wählen hatten, ergaben sich Schwierigkeiten in der Abwicklung.

Von sonstigen amtlichen Wahlbeeinflussungen werden die bereits bekannten Verordnungen der Gemeindevorsteher von Ludupönen und Lessewangminnen aufgezählt. Beide Schriftstücke sind photographiert dem Protest beigegeben. In Lesballen agitierte ein Wahlvorstandsmittglied, der Gemeindevorsteher Rasperelt, für den konservativen Kandidaten und suchte liberale Wähler vom Wählen abzuhalten; auch nahm er die ausgelegten nationalliberalen Stimmzettel an sich und gab sie nicht mehr heraus. Verlöbte gegen § 109 des Reichsstrafgesetzbuches (Kauf von Wahlstimmen) werden in der Gewährung von Bier, Schnaps und Zigaretten gesehen. In Alt-Ludupönen wurde solches den Wählern verabfolgt, ebenso in Schleiten, wo auch die Mitglieder des Wahlvorstandes mit Schnaps traktiert wurden. Der Gutbesitzer Bräumer in Kowitzken hatte seine Leute durch Unterschrift verpflichtet, konservativ zu wählen. In manchen Wahllokalen wurden den Wählern die Stimmzettel von anderen in den Umschlag gesteckt. In einem Ort war eine Zeitung der ganze Wahlvorstand abwesend. Der Wahlvorsteher Lehmann in Rautenberg öffnete bei einem Wähler den Umschlag und sah hinein, bevor er ihn in die Urne warf. Der Wahlraum war in vielen Lokalen unzugänglich. Vielfach fehlte es auch ganz. In Schillminnen war als Wahllokal die Schule amtlich bekannt gemacht, in Wirklichkeit aber war die Wahl im Hause des Amtsvorstehers.

Da derartige Verfehle gegen die Wahlordnung in den übrigen Provinzen zu den landesüblichen Gewohnheiten gehören, werden sich wohl bei der Nachprüfung die meisten dieser Angaben des nationalliberalen Protestes als richtig herausstellen und zur Ungültigkeitserklärung der Wahl des Herrn Gottschalk führen, zumal dieser nur mit einer Mehrheit von 115 Stimmen zu einem Reichstagsmandat gelangt ist. Aber ihre große Entzifferung über die sauberen Praktiken der konservativen Wahlmacher könnten sich die Nationalliberalen sparen; denn dort, wo sie das Heft in Händen haben, verfahren sie nicht selten nach demselben gemeinen Wahlschreibe.

Ueber die Winterarbeiten des Reichstags

hat die „Parlamentarische Korresp.“ eine Aufstellung gemacht. Danach wird sich der Reichstag zu beschäftigen haben mit der Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, mit einem Gesetzentwurf über die Errichtung eines Kolonialgerichtshofes, mit der Einschränkung des Hausierhandels und mit der Beschäftigung von Hilfsrichtern beim Reichsgericht. Ferner liegt dem Bundesrat vor: Eine Novelle zur Gewerbeordnung, über die Neuregelung der Konzeptionen im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe sowie ein Gesetzentwurf über die Wiederaufnahme des Disziplinarverfahrens gegen Reichsbeamte. In Vorbereitung sollen sich befinden: ein Handelsvertrag zwischen Deutschland und dem britischen Reich, ein Luftrechtsgesetz, ein Reichstheatergesetz, eine Vorlage über das Waffentragen, eine Novelle zum Kallgesetz und eine Neubearbeitung des Abschnitts der Gewerbeordnung über das Handwerk, ein Gesetzentwurf über die Aufhebung der Altpensionäre, ein Gesetz über die Konzeptionen der

Baumacher, ein Gesetz über die Haftpflicht der Eisenbahn, eine Abänderung des Wechselrechts, ein Entwurf zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der Rechtsanwaltsangehörigen. Neben diesen hier aufgezählten Arbeiten kommt natürlich der Etat in Frage, der dem Parlament einen guten Teil seiner Arbeitszeit wegnimmt. Für Initiativanträge und für die Wünsche und Forderungen aus dem Volke bleibt da wieder herzlich wenig übrig.

Freisinnige Bürgermeisterschiebereien in Nürnberg.

Im Rathaus zu Nürnberg hat Jahrzehnte der Freisinn die unbeschränkte Herrschaft gefüht. In welcher Weise, davon wissen die Arbeiter ein Liedchen zu singen. Durch die beiden letzten Gemeindevahlen ist er von den Sozialdemokraten weit zurückgedrängt worden, und bei den nächsten Wahlen im kommenden Jahre werden voraussichtlich unsere Genossen die Mehrheit erlangen. Vor dieser drohenden Gefahr sucht der Freisinn noch so viel als möglich von seiner einflussreichen Position zu retten. Der jetzige Bürgermeister Dr. v. Schub ist vor 21 Jahren von den Freisinnigen als einer der Jüngsten auf den Bürgermeistersessel gehoben worden. Solange die freisinnige Herrschaft unbeschränkt blieb, war er ihr williger Werkzeug; als aber die Zusammenlegung der Kollegien eine andere wurde, hat er in manchen sozialen Dingen eine andere Meinung bekundet und sich damit das Mißtrauen der freisinnigen Drahtzieher zugezogen. Herr v. Schub ist nun 67 Jahre alt und würde höchstens noch einige Jahre das Amt führen können. In der Zwischenzeit aber würde vielleicht die sozialdemokratische Mehrheit kommen und die freisinnige Herrschaft brechen. Um noch schnell vor Zerschlagung einen Mann ihrer Partei in das Amt zu bringen, wurden deshalb schon wiederholt Gerüchte über die Amtsniederlegung des Herrn v. Schub in die Welt gesetzt. Ein solches Gerücht brachte erst vor wenigen Monaten der freisinnige „Frankische Kurier“. Es wurde aber von dem angekl. Amtsmann selbst dementiert. Umso überraschender wirkt die am Dienstag im Nürnberger Stadtmagistrat verlesene Zuschrift des zurzeit in Urlaub befindlichen Oberbürgermeisters, in der er um seine Verlegung in den Ruhestand nachsucht. Man scheint ihm also in der Zwischenzeit die Notwendigkeit seines Austritts dringend begreiflich gemacht zu haben. Mit eifrigem Schweigen wurde das Gesuch sowohl im Magistrat als im Gemeindevollrat von seinen früheren Parteifreunden zur Kenntnis genommen. So ganz unangenehm ist noch nie ein Beamter abgetreten wie der einst allmächtige Oberbürgermeister Dr. v. Schub. Er wollte nicht mehr das bloße Vollzugsorgan der freisinnigen Partei sein; deshalb mußte er gehen.

Schnelles Avancement.

Der Kronprinz wird, wie gemeldet wird, bald nach Breslau als Oberst eines Infanterie-Regiments übersiedeln. Die „Tagl. Rundschau“ bemerkt dazu:

Es heißt schon seit geraumer Zeit fest, daß der Kronprinz als Oberst ein Infanterie-Regiment führen soll. Die Wahl, die zwischen Königsberg und Breslau schwankte, war schon vor Monaten zugunsten Breslaus entschieden worden. Die Übersiedelung von Langfuhr nach Breslau dürfte erst zu Beginn des neuen Jahres erfolgen. Die lange der Kronprinz in Breslau residieren wird, steht noch nicht fest, voraussichtlich nicht länger als zwei Jahre. Später siedelt der Kronprinz nach Potsdam über und wird im Gardekorps die Führung einer Brigade übernehmen.

Der Amtschimmel der Reichsregierung.

Der Reichstag hat in den Etat für 1913 ziele eine Viertelmillion Mark eingestellt, aus welcher Summe diejenigen Familien eine Unterstützung erhalten sollen, die mehr als drei Söhne beim Militär haben. Nachdem diese Summe bewilligt war, glaubten natürlich die in Frage kommenden Familien, sie könnten ihre Ansprüche geltend machen. Der „Reichsanzeiger“ befehlt diese Illusionen jetzt eines besseren, indem er schreibt:

Durch einen Nachtrag zum Reichshaushaltsetat auf das Rechnungsjahr 1913 ist der Betrag von 240 000 M. bereitgestellt zu Aufwandsentschädigungen an solche Familien, von denen bereits drei Söhne ihrer gleichlichen zwei- oder dreijährigen Dienstpflicht im Reichsheer oder in der Marine als Unteroffiziere oder als Gemeine genügt haben oder noch genügen, und zwar in Höhe von 240 M. für das Jahr während der gleichen gleichlichen Dienstzeit eines jeden weiteren Sohnes in denselben Dienstgraden. Aus diesem Anlaß laufen bereits jetzt bei den Behörden zahlreiche Gesuche um Gewährung dieser Aufwandsentschädigung ein. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß derartige Anträge zurzeit zu erledigen sind, da Bewilligungen aus dem Fonds erst dann erfolgen können, wenn seitens des Bundesrats die erforderlichen Ausführungsbestimmungen erlassen sind. Diese Ausführungsbestimmungen, in denen auch insbesondere darüber Bestimmung getroffen werden wird, an welche Stellen die Anträge zu richten sind, befinden sich in Vorbereitung und werden dem Bundesrat bei seinem nächsten Zusammentreten zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Man hätte eigentlich von den in Frage kommenden Stellen erwarten dürfen, daß sie sich über die Ausführung der Maßregel klar waren, als in den Etat die 240 000 M. eingestellt wurden. Aber es handelt sich ja nicht um neue Kanonen und neue Militärereicherungen, die in der Regel schon lange in Bestellung gegeben sind, ehe noch die Summe dazu bewilligt wurde; hier handelt es sich um kleine Entschädigungen an Familien, die vom Militarismus besonders hart getroffen werden, und da braucht der Amtschimmel nicht aus seinem gemächlichen Trott herauszugehen.

Oesterreich.

Die unbekanntes Täter.

Wien, 2. September. (Wz. Ver.) Wir haben schon über die merkwürdige Affäre Roßl berichtet. Sie beschäftigte heute die zweite Instanz, das Landesgericht. Es handelt sich dabei um folgenden: Der den Christlichsozialen sehr verhaßte liberale Gemeinderat und früherer Magistratsbeamte Roßl war vor einiger Zeit wegen Wahlswindels verurteilt worden. Kurz darauf boten ein gewisser Janitzky und eine Frau Schrädel dem Roßl die Versicherung eines Schriftstückes an, das den Beweis für hohe Bestechung des Hauptzeugen in dem Wahlswindelprozeß durch den Chefredakteur der Christlichsozialen „Reichspost“, Dr. Jander, enthalte. Dem Nationalisten wieder sagten die zwei Leute, daß Roßl sie zu einem Einbruch in der „Reichspost“ habe bestimmen wollen. Die Untersuchung gegen Roßl wurde aber bald eingestellt, während das Paar jetzt schon in zweiter Instanz wegen Betrugsversuchs zu Freiheitsstrafen verurteilt wurde. Die Rolle der Christlichsozialen wie der Polizei ist sehr zweifelhaft. Es liegen mancherlei Anzeichen dafür vor, daß es sich um ein Komplott gegen den unbekanntes Wissler Roßl handelt. Das Landesgericht hat beschlossen, den Akt der Staatsanwaltschaft zur Untersuchung gegen unbekanntes Täter wegen Verleitung des Janitzky und der Schrädel abzutreten.

Schweiz.

Begnadigung des König-Mittentäters.

Madrid, 8. September. Der König hat sechs zum Tode Verurteilte begnadigt, darunter Sanchez Alegro, der am 13. April das Attentat auf den König verübt hat.

Holland.

Friedenspielereien.

Haag, 3. September. Die Achtehnte Interparlamentarische Konferenz wurde heute hier eröffnet. Lord Bearde, Präsident des Interparlamentarischen Rates, schlug vor, den Deputierten Tadmam, Mitglied der niederländischen Gruppe, zum Vorsitzenden der Konferenz zu ernennen. Tadmam stellte in seiner Eröffnungsrede fest, daß die Zunahme der Rüstungen andauere. Er glaube indessen nicht, daß der Einfluß der Interparlamentarischen Union abgenommen habe; aber man müsse kämpfen gegen die Traditionen des Chauvinismus und der materiellen Interessen, um eine Umwälzung in den Ideen herbeizuführen. Er hoffe, daß die Konferenz an einer Ersetzung der Gewalt durch das Recht mitwirken werde, zum Nutzen der ganzen Menschheit. Ministerpräsident Cort van der Linden hielt die Konferenz namens der Regierung willkommen und besprach die Schwierigkeiten, die den Bestrebungen der Interparlamentarischen Union entgegenstünden. Das Ziel sei um so edler, je schwieriger es zu erreichen sei. Er hoffe, daß die Konferenz einen wichtigen Schritt vergehen könne auf dem Wege zur Verwirklichung der allgemeinen Wohlfahrt, die durch gutes Einvernehmen und den Frieden unter den Völkern zu erreichen sei.

China.

Die revolutionäre Bewegung.

Schanghai, 3. September. Ranking ist gänzlich im Besitz der Regierungstreuen. Die Rebellen räumten den Löwenhügel, bevor noch die Truppen Fengquochangs vorgegriffen waren. Bei dem Südor wurde die ganze Nacht hindurch erbittert gekämpft. Hierbei fielen 200 Rebellen. Jetzt ist die Stadt gesäubert und strenge Maßnahmen sind getroffen worden, um eine Wiederrückkehr zu verhindern.

Nach einem Telegramm aus Wuhu ist die Revolution zusammengebrochen. Die Rebellen, erschreckt durch die Annäherung der großen Regierungstreue, nahmen gern von den Kaufleuten 30 000 Dollar als Entschädigung dafür, daß sie die Waffen niederlegten. Die Regierung kann jetzt im ganzen Yangtsetale als Herr der Lage angesehen werden.

Amerika.

Die Militaristen an der Arbeit.

Newyork, 3. September. Verschiedene amerikanische Blätter greifen die Unionregierung an, weil sie nicht einmal imstande sei, den 80 000 Mann mexikanischen Regierungstruppen mehr als 38 000 Mann im Einsatz entgegenstellen zu können. Dies sei Schuld daran, daß Amerika sich bei den jetzigen Differenzen mit Mexiko erniedrigende diplomatische Niederlagen hole.

Aus der Partei.

Zum Fall Nadel.

Die Mehrheit der Bremer Untersuchungskommission erlaubt uns im Aufnahmefolger der Erklärung, die sich gegen die Behauptungen des polnischen Parteivorstandes richten:

„Erstens wird der Bremer Untersuchungskommission vorgeworfen, daß sie wesentlich die Parteipublicität in Bezug auf einen vom deutschen Parteivorstand stammenden und vom polnischen Parteivorstand zurückgewiesenen Vorschlag zur Einsetzung einer außerparlamentarischen Kommission in Frage gestellt habe; dieser Vorschlag stamme nicht vom deutschen Parteivorstand, sondern von der Kommission selbst. Nun muß sich schon jeder Leser selbst fragen: hätte der Bericht der Bremer Kommission über die Verhandlungen mit unserem Parteivorstand — die wir nur kurz erwähnten — tatsächliche Unrichtigkeiten enthalten, so hätte doch höchstwahrscheinlich der Parteivorstand bereits Widerspruch erhoben. Dieser ist aber bisher nicht erfolgt. Als Beweis für ihre Behauptung führen die Vertreter des polnischen Parteivorstandes einen Brief Henkes an den deutschen Parteivorstand vom 20. Januar an. Aber schon das darin enthaltene Wortchen „erweitert“ beweist, daß es sich in diesem Brief um die Wiederaufnahme eines früheren Vorschlages handelte. Wir lassen hier neigedungen den Inhalt des Briefes des deutschen Parteivorstandes vom 2. Oktober 1912 (gezeichnet: Herrn Müller) an den Vorsitzenden unserer Kommission folgen:

„Wir bitten jedoch ferner unsere Vermittlung zur Klärung der Angelegenheit an, wenn sowohl Nadel, als auch die Sozialdemokratie für russisch-Polen und Litauen erklären, daß sie mit unserer Vermittlung einverstanden sind. Dies vorausgesetzt, könnte es sich jedoch nur um die Einsetzung einer außerhalb unseres Organisationsstatus zu bildenden Untersuchungskommission handeln, für welche sowohl Nadel, als auch die Sozialdemokratie für Polen und Litauen je 2 bis 3 Beisitzer zu ernennen hätten und für die wir bereit wären, einen unparteiischen Vorsitzenden zu bestellen.“

Aus diesem Brief ergibt sich, daß der Vorschlag ursprünglich vom deutschen Parteivorstand ausging; es ergab sich für uns ferner daraus, daß er auch dem polnischen Parteivorstand gemeldet wurde. Nachdem wir — wie auch Nadel — uns mit dem Vorschlag einverstanden erklärt hatten, ging uns am 11. Oktober vom Parteivorstand ein Schreiben zu, in dem von jenem Vorschlag nicht weiter die Rede ist, sondern auf den nächsten polnischen Parteitag verwiesen wird, und der dann fortführt:

„Sollte sich jedoch innerhalb des nächsten Jahres die Einberufung eines Parteitagess unmöglich machen, so würde ebenfalls eine Parteikonferenz stattfinden, und der Vorstand der S. D. P. L. wird dafür eintreten, daß diese als Berufungsinstitut fungiert, wenn sie als solche anerkannt wird.“

Da doch für den polnischen Parteivorstand kein Anlaß vorlag, auf eigene Faust mit dem deutschen Parteivorstand über eine nochmalige Behandlung der Nadel-Affäre zu verhandeln, mußten wir nach diesem Briefe annehmen, daß der deutsche Parteivorstand mit dem polnischen Parteivorstand über seinen Vorschlag geredet hatte, und daß dieser dann demgegenüber auf einen anderen Weg zur erneuten Prüfung des Falles hingewiesen hat. Die Liebenswürdigkeiten, mit denen die Vertreter des polnischen Parteivorstandes jetzt den Vorschlag bedenken:

„Es wäre eine Ungebührlichkeit, von der polnischen Sozialdemokratie zu verlangen, sie soll sich mit einem von ihr, wegen gemeiner Selbstliebe ausgeschlossenen Mitglied vor dem Forum einer deutschen Parteikonferenz stellen und sich wegen des von ihr gefällten Urteils mit ihm prozessieren.“

haben sie also an den deutschen Parteivorstand und nicht an uns zu richten. Nebrigens ist den polnisch-litauischen Genossen — wie ihre eigene Erklärung beweist — bekannt, daß es sich nicht um eine „deutsche Parteikonferenz“, sondern um eine außerhalb des deutschen Organisationsstatus zu bildende „Untersuchungskommission“ handelte.

In unserem Schreiben vom 20. Januar haben wir dann, oben drein nicht einmal aus eigener Initiative, nur den früheren Vorschlag des Parteivorstandes wieder aufgenommen.

Zweitens wird uns vorgeworfen, Tatsachen verschwiegen zu haben, um „wider besseres Wissen“ den Eindruck zu erwecken, als hätte der polnische Parteivorstand eine Nachprüfung verhindern wollen — die Tatsachen nämlich, daß er bereit war, dem deutschen Parteivorstand das ganze Material vorzulegen, und es der Bremer Kommission nur verweigerte, weil er diese für parteiisch hielt. Dieser Vorwurf — Talen des polnischen Parteivorstandes verschwiegen zu haben — hätte nur dann einen Sinn, wenn nicht

Nadel, sondern der polnische Parteivorstand auf der Anklagebank säße und über diesen abgeurteilt werden müßte. Wir hatten nicht den geringsten Anlaß, über Dinge zu berichten, die nur den deutschen und den polnischen Parteivorstand betrafen und sich nicht auf unsere Tätigkeit bezogen.

Die Aufgabe unserer Kommission bestand lediglich darin, das Anklagematerial gegen Nadel zu sammeln, nachdem wir uns möglichst bemüht hatten, es zusammenzubringen, mühten wir — Weisheit sowohl wie Minderheit — sagen: was uns vorliegt, genügt zu einem Schuldbeweis nicht. Jetzt weisen die Vertreter des polnischen Parteivorstandes auf ihr Dossier von 100 Schriftstücken hin, das überzeugende Beweise der Schuld Nadel's enthalten soll. Nun wäre es doch höchst sonderbar, wenn ein Gericht unzweifelhaftes Schuldbeweise in der Hand hat, sie jedoch in der Begründung des Urteils sorgfältig verschweigt und als Begründung nur einen Wischmasch gibt von Behauptungen, die keinen Menschen überzeugen können, und Mitteilungen, die das Gericht selbst als Material für den Schuldbeweis für ungenügend erachtete. Müßen wir demnach an unserem Schluß festhalten, daß das Urteil mit Begründung „alles enthalten dürfte, was Nadel vorgeworfen werden konnte“, so werden wir darin noch bestärkt durch die Erklärungen der Genossen Dalft und Krafus, Mitglieder der polnischen Untersuchungskommission, die das Anklagematerial sammeln und sichten sollte und vom polnischen Parteivorstand aufgelöst wurde, bevor sie ein Gutachten abgegeben hatte. Liegt man die Bemerkung, die dem Gerichtsurteil angehängt worden ist:

„Dagegen stellt das Gericht fest, daß die Kommission alles Material gesammelt hat, das gesammelt werden konnte“ und stellt man daneben die Erklärung der genannten beiden Mitglieder der Kommission, die also dieses ganze Material kammen, in ihrer Zuschrift an den deutschen Parteivorstand:

„Selbst dieses einseitige, durch die eventuelle Aussage Nadel's nicht forgierte Material ist nicht so gravierend, daß nur der Berichtsweg der einzige angewiesene wäre“

eine Erklärung, die sie nachher in einer Zuschrift an die Bremer Kommission vom 1. März noch schärfer dahin fehten:

„Angesichts alles dessen kann von einem nur irgendwie stichhaltigen Beweise, daß Genosse Nadel die fragliche Summe entwendet hat, nicht die Rede sein“

so sind denn doch wohl gelinde Zweifel an der Versicherung der Vertreter des polnischen Parteivorstandes, ihr umfangreiches Dossier enthalte noch erdrückende Schuldbeweise, nur allzu berechtigt.

Schließlich bezeichnen die Vertreter des polnischen Parteivorstandes als „grundfalsch“, daß das polnische Verfahren gegen Nadel aller Rechtsgarantien entbehre, die wir in der deutschen Partei an ein Schiedsgerichtsverfahren zu stellen gewohnt sind, und sie verweisen auf eine frühere Widerlegung dieser Behauptung. Diese angeblich „grundfalsche“ Behauptung stammt nicht von uns, gleichwohl erlauben wir uns, das Folgende zu bemerken. Erstens: hervorragende Mitglieder der polnischen Partei selbst, wie Leder und Ganecki, haben das polnische Gericht als ein hinlänglich unabhängiges Tendenzgericht bezeichnet. Zweitens: die frühere Widerlegung bemühte sich nur um den Nachweis, daß das außerordentliche Gericht nicht im Widerspruch zu dem Statut der polnischen Partei stehe. Darum handelt es sich hier aber nicht. Die polnisch-litauische Parteileitung läßt doch die deutsche Parteipublicität, um deren zuverlässige Orientierung es ihr dem Anscheine nach so sehr zu tun ist, vielmehr darüber auf, ob ein „außerordentliches Gericht“, das den Vertrauensmännern des Angeklagten die Anwesenheit bei den Verhandlungen verweigert und nicht einmal den vom Angeklagten bezeichneten Hauptzeugen hört, in Bezug auf Rechtsgarantien auch nur im entferntesten mit einem deutschen Parteigericht verglichen werden kann, in dem die Vertrauensmänner des Angeklagten selbst als Richter sitzen.

Auf die persönlichen Angriffe, die in der Erklärung gegen uns gerichtet werden, zu antworten, halten wir für überflüssig.

Die Mehrheit der Bremer Untersuchungskommission.“

Polkzelliges, Gerichtliches usw.

Verfälschte Aktion.

Am Montagvormittag wurde in Köslin bei dem Genossen Prüfer eine polizeiliche Hausdurchsuchung vorgenommen und die Postenbücher sowie die Korrespondenz des Wahlvereins Köslin-Kolberg-Publitz beschlagnahmt. Die Aktion ist nur darauf zurückzuführen, daß die Staatsanwaltschaft Material herbeschaffen will, um den Genossen Ostwald, Leiter der Abteilung Kolberg des Kreisvereins, wegen Heberverletzung des Vereinsgesetzes — er soll die Mitgliederliste des Vorstandes der Polizei einreichen — zu belangen. Die behördlichen Bemühungen werden aber vergeblich sein.

Freispruch.

Vom Schöffengericht in Heilbronn ist am Sonnabend der verantwortliche Redakteur des „Kedar-Echo“, Genosse Fr. Ulrich, wegen Verleumdung eines Geistlichen zu 60 M. Strafe verurteilt worden. Außerdem wurde ein zweiter Genosse, der die Zeitungen mit der angeblich heftigsten Kritik im Wohnort des Pfarrers verbreitet hatte, zu 20 M. Strafe verurteilt. Die Verleumdung wurde darin gesehen, daß in einem Einzelband gesagt war, entweder habe der Pfarrer das Beichtgeheimnis gebrochen oder ein Zeuge, der etwas Derartiges behauptet hatte, habe einen Meineid geschworen. Das Gericht lehnte die Vernehmung einiger Zeugen ab, die belastend auszusagen sollten.

Soziales.

Der „Personalbogen“ als Halbstück für Angestellte.

Mit einem neuen System, das dazu bestimmt ist, sich miffliebiger Angestellten auf dem schnellsten Wege zu entziehen, hatte sich die 3. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts in ihrer letzten Sitzung zu beschäftigen. Das System wird neuerdings von einzelnen großen Versicherungsgesellschaften angewandt und besteht in der Hauptsache darin, daß von dem sich um eine Stellung bewerbenden Gehilfen die Ausfüllung eines Personalbogens verlangt wird, den er bei der Direktion einzureichen hat. Dieser Personalbogen enthält mehrere Duzend von Fragen, die ganze private und geschäftliche Laufbahn des Bewerbers betreffend, und alle Fragen müssen nach Art der Versicherungsanträge beantwortet werden. Die Bogen aller angestellten Gehilfen werden nun in einem Archiv gesammelt und kommen erst wieder zum Vorschein, wenn der Angestellte mit der Gesellschaft in Differenzen gerät. Jede einzelne Antwort wird dann auf ihre Genauigkeit bis aufs i-Tüpfelchen geprüft, wobei, wie die Verhandlung vor dem Kaufmannsgericht zeigte, die einzelnen Gesellschaften Hand in Hand arbeiten. Wehe dem armen Versicherungsbeamten, der sich in der Beantwortung auch nur die kleinste Ungenauigkeit zuschulden kommen ließ; es wird ihm aus ihr sofort der Stiel zur sofortigen Entlassung gedreht.

In welcher Weise diese ominösen Personalbogen zum Schaden des Gehilfen ausgenutzt werden, zeigte sich in einem Rechtsstreit, der sich gegen die Magdeburgerische Lebensversicherungsgesellschaft richtete. Der die Klage erhebende Gehilfe G. war sofort entlassen worden, weil er im Personalbogen falsche Angaben gemacht haben sollte. Die Frage: „Wieviel betrug Ihre letzte Gehalt?“ beantwortete G. mit 200 M., obgleich er nur 150 M. bei Ausfüllung des Bogens bezog. Der Kläger erklärte das dahin, daß er eine ihm in Aussicht gestellte Zulage schon hinzugerechnet habe. Die Beklagte hatte, als sie erfuhr, daß G. nur 150 M. bezog, diesen auch nur mit 150 M. eingestellt. Sodann sollte G. seine akquisitorischen Erfolge ziffermäßig falsch angegeben haben. Es wird ihm vorgeworfen, daß er abgeschlossene

Versicherungen mitgerechnet habe, die später nicht eingelöst wurden. Die Weisungsaufnahme ergab in dieser Beziehung, daß G. die Angaben in gutem Glauben gemacht hatte. Er konnte zur Zeit der Ausfüllung des Fragebogens noch gar nicht wissen, daß die betreffenden Versicherungsprämien nicht bezahlt würden. — Das Kaufmannsgericht hielt beide Entlassungsgründe nicht für stichhaltig. Die Angabe bezüglich des Gehalts sei allerdings nicht korrekt, indessen sei ja der Gehalt der Gesellschaft keinerlei Schaden entstanden, denn sie habe den Kläger ja auch nur mit dem Gehalt ange stellt, das er in seiner früheren Stellung bezog. — Die Verhandlung mahnt die Angestellten jedenfalls zur größten Vorsicht bei Ausfüllung des Personalbogens.

Die Abschrift einer Kündigung ist keine Kündigung.

Der Reisende einer Berliner Krebriemenfabrik war bei seiner Rückkehr von der Geschäftsreise von einem Buchhalter gefragt worden, ob er schon eine andere Position habe; er wisse doch wohl, daß ihm während seiner Abwesenheit von Berlin gekündigt worden sei. Als der Reisende darauf erklärte, ihm sei von einer Kündigung nichts bekannt, schlug der Buchhalter das Kopierbuch auf und zeigte jenem die Kopie der Kündigung. Der Reisende entsetzt sich bei Vorlage der Kopie jeder Verurteilung und sucht später die angebliche Kündigung durch Klage beim Berliner Kaufmannsgericht an. Der Prinzipal führte aus, selbst wenn der Kläger den Kündigungsbrief nicht erhalten haben sollte, so habe er ihn doch später durch stillschweigende Kenntnisnahme der Kopie anerkannt. — Die 1. Kammer des Kaufmannsgerichts hielt ein späteres Anerkenntnis der Kündigung nicht für vorliegend, es sei der Vorgang auch nicht als erneute Kündigung anzusehen. Die Kündigung hätte durch eine ausdrückliche Tat noch einmal vollzogen werden müssen. Die Vorlage der Kopie einer Kündigung sei nicht als eine rechtsgültige Kündigung anzusehen.

Aus Industrie und Handel.

Die Bankrottoren leihen Geld.

Als Oesterreich-Ungarn während des Balkankrieges Geld aufnehmen wollte, mußte es sich an das Ausland wenden. So wurde ein Teil der Anleihen in Deutschland begeben. Dieser Geldmangel hindert Oesterreich-Ungarn aber nicht, jetzt die Geldbedürfnisse anderer Staaten zu befriedigen. Gleich an zwei ausländischen Anleihen will es sich beteiligen. Die Niederösterreichische Escompte-Gesellschaft, die Kreditanstalt und die Länderbank haben von der chinesischen Regierung 1 200 000 Pfund Sterl. Oproz. Schatzbonds mit durchschnittlich vierjähriger Laufzeit übernommen. Die Anleihe wurde auf Grund einer Ermächtigung der Nationalversammlung von der chinesischen Zentralregierung abgeschlossen. Der größere Teil des Erlöses dieser Anleihe wird zur Anschaffung von drei Kreuzern für die chinesische Kriegsmarine verwendet. Die Lieferung wurde der Werft des Cantiere Ravale in Monfalcone (Oesterreich) und den Elbdarwerften in Rissen (dem österreichischen Krupp) übertragen.

Einen politischen Hintergrund hat auch die zweite Anleihe, über die jetzt Verhandlungen mit dem Wiener und Budapest Grobhandeln schweben. Bulgarien will eine Staatsanleihe von 30 Millionen Frank zu 6 Proz. machen. Obgleich der überwiegende Teil in Frankreich gedeckt werden soll, legt das österreichische Ministerium den Anleiher „Wert“ darauf, daß sich auch österreichisch-ungarisches Kapital daran beteiligt. Mit den Nebengebühren wird sich die Verzinsung für Bulgarien auf 11 Prozent stellen — ein Wunderzins für das durch den Krieg erschöpfte Land.

Letzte Nachrichten.

Selbstmord des Tegeler Mörders.

Einer uns spät zugehenden Meldung entnehmen wir, daß sich der Mörder der Mäherin Schäfer, der Schneider Wag Kirchlein, gestern Abend auf der Flucht vor seiner Bestrafung erschossen hat. Aus der Schilderung geht hervor, daß A. an einer Litschfaule auf dem Gehäusen vorbeigehen wollte, an welcher einige Personen die polizeiliche Bekanntmachung über den Mord lasen. Eine dieser Personen, die den A. erblickte, rief plötzlich: „Das ist er ja!“ A. sah sich um und sprang schnell auf eine vorüberfahrende Kutsche. Er sah, daß die Verfolger mit lautem Halloh hinterherliefen, sprang er wieder ab und lief nach dem Wäpeltap auf. Hier sah er wohl bald ein, daß es kein Entrinnen mehr für ihn gab. Er zog daher schnell einen Revolver und schoß erst vier Schüsse ab, die wahrscheinlich für die verfolgende Menschenmenge bestimmt waren, jedoch niemand trafen. Mit einem fünften wohlgezielten Schuß in den Kopf machte er dann seinem eigenen Leben ein Ende. Die Leiche wurde später auf Veranlassung der Polizei fortgeschafft.

Italienische Truppen in Albanien.

Athen, 3. September. (S. W.) Die griechische Regierung ist sehr erregt über die in italienischen Blättern erschienene Nachricht, daß 100 Mann Bersaglieri die albanische Grenze überschritten hätten. Man meint hier, die italienische Regierung müsse wissen, daß es für die Ruhe und Ordnung in Albanien nicht angängig sei, daß in dem von Griechenland besetzten Gebiet italienische Truppen gelandet werden.

Türkisches Dementi.

Konstantinobel, 3. September. (S. W.) Die Porte dementiert die Nachricht, daß die türkischen Truppen die Marika überschritten hätten und erklärt, daß die türkische Regierung an ihrer früheren Erklärung festhalte und nicht weiter vordringen werde. Nur die bereits erfolgte Besetzung strategisch wichtiger Punkte auf dem rechten Stromufer der Marika werde aufrecht erhalten.

Drei Arbeiterführer in Südafrika verhaftet.

Johannesburg, 3. September. (S. W.) Drei hervorragende Mitglieder der Arbeiterpartei sind verhaftet worden. Die Verhaftung steht im Zusammenhang mit einer Versammlung am Sonnabend, bei der heftige Reden gehalten worden waren. Die Arbeiterpartei ersthe ein Manifest, in dem sie zum Kampfe für Rede- und Pressfreiheit aufforderte.

Folgenschwere Gasexplosion in Paris.

Paris, 3. September. (S. W.) Eine heftige Gasexplosion fand heute nachmittags in der Rue Salneuve statt. Ein Café wurde vollständig zerstört, dessen Fußboden einbrach und dessen Schaufenster nach außen geschleudert wurde. Auch in den benachbarten Häusern wurden erhebliche Verunstaltungen angerichtet, zwei Läden zerstört und mehrere Personen unter den Trümmern begraben. Man zählt einen Toten, sechs Schwer- und sechs Leichtverletzte.

Vom Automobil überfahren und getötet.

Kahla (Sachsen-Altenburg), 3. September. (S. W.) Von einem Automobil aus Apolda hinterwärts überfahren und getötet wurde am Dienstagabend beim Radeln auf der Landstraße kurz vor Kahla der Friseur Jugwurtz. Der Heberfahrene ist Vater von sechs Kindern.

Mordmord in Finnland.

Pellingsfors, 3. September. (S. W.) Räuber überfielen das Postamt in Alatemmas, töteten die Posthalterin und ihre fünfzehnjährige Nichte und entkamen mit der Post.



Himmelhoch
jauchzend



Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Melchiorstraße 28, part. Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787. **Filiale Berlin.** Arbeitsnachweis: Räderstraße 9. Fernsprecher: Amt Norden 6708.

Freitag, den 5. September 1913, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.

- Tagesordnung:
1. Bericht von der Generalversammlung in Halle. (Fortsetzung der Diskussion.)
 2. Bericht über den Bauarbeiterschutzbund.
 3. Diskussion.
 4. Verbandsangelegenheiten.

Nur Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. — Zahlreichen Besuch erwartet

135/3*

Die Ortsverwaltung.

Die Versammlung der Küchenmöbelbranche findet nicht heute, sondern erst am Dienstag, den 16. September, statt.

Bezirk Osten. Das Bezirkslokal ist nicht mehr Andreasstr. 34, sondern Gr. Frankfurter Str. 16 bei Merkmann.

Zentral-Franken- u. Sterbekasse der Zimmerer (Hamburg)
Deutsche Verwaltung Berlin.
Freitag, d. 5. September, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

- Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal.
 2. Verschiedene Massenangelegenheiten.
- Der Vorstand.
H. A.: Richard Schröder,
Hilfer Str. 7. [253/4*]

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden)

Ansichtskarten
vom
Riesengebirge, Harz,
Sächsische Schweiz,
Dresden, Berlin
in reicher Auswahl.
Stück 5 Pf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, C 54, Liniestr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1299, 1987, 9714.

Sonnabend, den 6. September, nachts präzise 12 Uhr:

Allgemeine Versammlung der Kino-Operateure Groß-Berlins

in Witwe Augustins Festsaal, Oranienstraße 103.

- Tagesordnung:
1. Vortrag über: Die Elektrizität in ihrer Anwendung in der Kinoindustrie. Referent: Kollege Fr. Lindau.
 2. Diskussion.
 3. Bericht der Kommission.
 4. Branchenangelegenheiten.
 5. Fragelasten.
- Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

125/5

Die Ortsverwaltung.

Gesangverein „Liberté“.

Alle Sangesbrüder heute abend um 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im Gewerkschaftshaus.



KON-LINON

Das Erfurter Schreckensurteil vor dem Oberkriegsgericht.

Erfurt, 3. September 1913.

Das bekannte Urteil des Kriegsgerichts der 88. Division in Erfurt vom 27. Juni gegen sieben Reservisten und Landwehrmänner aus Wolftramshausen, das damals in der politischen Welt allgemeines Aufsehen erregte und Gegenstand leidenschaftlicher Auseinandersetzungen im Reichstage wurde, unterliegt am heutigen Mittwoch der Nachprüfung durch das Oberkriegsgericht des XI. Armee-Korps, das seinen Sitz in Kassel hat und eigens für die heutige Verhandlung nach Erfurt gereist ist. Durch das Urteil vom 27. Juni waren der Arbeiter See, der Zimmermann Hagemeyer, die Maurer Kopte, Georges und Langhelm, der Diensthofschirmer und der Bergarbeiter Kolbe wegen militärischen Aufruhrs zu insgesamt 15 1/2 Jahren Zuchthaus und 12 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die Angeklagten, von denen sechs Familienväter sind, hatten am 16. April der Kontrollversammlung in Kitzleben beigewohnt und nachher tüchtig dem Alkohol zugeprochen. Sie übertrugen, daß sie am Tage der Kontrollversammlung den Militärgesetzen unterstanden, und ließen sich unter dem Einfluß des Alkohols zu unüberlegten Handlungen hinreißen. Sie kamen dabei in Konflikt mit einem Gendarm und einem Polizeifergeanten, die sie zur Ruhe mahnten. Sie widersetzten sich deren Anordnungen und verhöhnten und beschimpften sie. Die Beamten machten die Leute darauf aufmerksam, daß sie am Tage der Kontrollversammlung als ihre militärischen Vorgesetzten gelten, aber die Angeklagten gaben nicht nach. Die beiden Beamten schlugen schließlich mit der Waffe auf die Ruhestörer ein. Vor Gericht entschuldigten sich die Angeklagten damit, daß sie bößlich betrunken waren. Das Gericht hielt im Sinne der Anklage den Tatbestand des militärischen Aufruhrs für gegeben und verhängte die obigen Strafen. In der Begründung sagte es, daß in der Handlungsweise der Angeklagten der Tatbestand des militärischen Aufruhrs deshalb gefunden werden müsse, weil ein Gendarm als Vorgesetzter der Angeklagten zu gelten habe und weil die Gefahr bestand, daß eine unbeschränkte Anzahl Leute sich den Beteiligten gegen den Gendarm anschließen konnte. Die Angeklagten waren durch das Urteil so bedrückt geworden, daß sie den Verhandlungsführer baten, ihnen das für sie unfaßbare Urteil noch einmal zu verlesen. Die meisten der Angeklagten waren in Tränen aufgelöst und erschütternde Szenen spielten sich zwischen ihnen und ihren im Vorherrschaft wehenden Frauen und näheren Angehörigen ab. Das Urteil wurde am 28. Juni im Reichstag zuerst von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Scheidemann scharf kritisiert, und auch die Redner anderer Parteien wandten sich gegen seine große Härte. Am 30. Juni beschloß der Reichstag dann fast einstimmig die Einfügung von mildernden Umständen für diese Vergehen in das Militärstrafgesetzbuch, nachdem Reichstagsler v. Bethmann Hollweg zugefagt hatte, für die Annahme dieses Beschlusses auch im Bundesrat einzutreten. Der Bundesrat hat inzwischen dem Antrag gleichfalls zugestimmt, so daß die Angeklagten der Wohlthat des gemilderten Strafgesetzes teilhaftig werden könnten. Lediglich haben nicht alle Angeklagten von dem Rechtsmittel der Berufung Gebrauch gemacht, sondern nur die fünf am schwersten Bestraften: der Maurer Kopte, der zu einem Jahr Gefängnis und der Maurer Langhelm, der zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt ist, haben sich bei dem Urteil berufen.

Die Verhandlung gegen die sieben Reservisten und Landwehrmänner begann heute früh in dem kleinen niedrigen Verhandlungssaal eines alten Gebäudes im Erfurter Kasernenviertel. Die niedrigen Fenster lassen kaum soviel Licht herein, daß es dem Richter möglich ist, die Akten zu verlesen. Die Angeklagten erscheinen in ihrer Uniform. Den Vorsitz führt Oberleutnant Schollmeyer, als Verhandlungsführer fungiert Oberkriegsgerichtsrat Platz, die Anklage vertritt Kriegsgerichtsrat Schuller; in die Verteidigung der Angeklagten teilen sich Rechtsanwalt Barnau-Berlin und Justizrat Schneichel-Erfurt. Nach Eröffnung der Sitzung gibt der Verhandlungsführer Oberkriegsgerichtsrat Platz eine Darstellung der Vorgänge, die zur Verhandlung geführt haben. Darauf erfolgte die Verlesung des Urteils, welches lautete:

Hagemeyer: wegen Widerstandes, Verleumdung und mili-

tärischen Aufruhrs 5 Jahre 3 Monate Zuchthaus und Entfernung aus dem Heere.

See: wegen militärischen Aufruhrs, Widerstandes und Verleumdung 5 Jahre 3 Monate Zuchthaus und Entfernung aus dem Heere;

Schirmer: wegen militärischen Aufruhrs und Widerstandes 5 Jahre 2 Monate Zuchthaus und Entfernung aus dem Heere;

Georges: wegen gefährlicher Körperverletzung, militärischen Aufruhrs und Widerstandes 5 Jahre 6 Monate Gefängnis und Entfernung aus dem Heere;

Kolbe: wegen militärischen Aufruhrs, Verleumdung, Widerstandes und Verleumdung 5 Jahre 3 Monate Gefängnis und Entfernung aus dem Heere;

Kopte: wegen Widerstand, Verleumdung und Verleumdung 7 Monate Gefängnis;

Langhelm: wegen Widerstandes und Verleumdung 1 Jahr Gefängnis.

Das erstinstanzliche Urteil führt aus, daß die Gendarmen den Angeklagten keine Veranlassung zu ihrem Auftreten gegeben haben, lediglich das Auftreten der Sicherheitsorgane überhaupt habe genügt, um in dieser brutalen Weise gegen die militärischen Vorgesetzten vorzugehen, die in geradezu bewundernswürdiger ruhiger Weise die Leute fortgesetzt zur Ruhe ermahnt hätten. Ein derartiges unerhörtes und geradezu gemeingefährliches Vorgehen hätte bei Festsetzung der Strafe berücksichtigt werden müssen. Andererseits hätte der gute Leumund der Angeklagten und die Tatsache, daß sie unter der Einwirkung des Alkohols gehandelt hätten, strafmildernd gewirkt.

Der Verhandlungsführer stellt dann an der Hand der Akten fest, daß der Gerichtsherr sich bei dem vorigen Urteil berichtigt hat, ebenso die Angeklagten Langhelm und Kopte. Die beiden letzteren Angeklagten verbüßen zurzeit ihre Strafen. Dagegen haben die anderen fünf Angeklagten Berufung eingelegt. Weiter weist der Verhandlungsführer auf die für die Verhandlung in Frage kommende neue Novelle zum Militärstrafgesetzbuch hin und ermahnt die Angeklagten, die Wahrheit zu sagen.

Verteidiger Rechtsanwalt Barnau-Berlin stellt eine Reihe von neuen Beweisanträgen, es sollen vier Zeugen aus Wolftramshausen geladen werden, die zum Teil über den guten Leumund der Angeklagten und zum Teil darüber vernommen werden sollen, daß der Gendarm und der Polizeimeister sich in ihren Angaben geirrt haben. Das Gericht beschließt die Ladung dieser Zeugen. Hierauf wird in die

Bernehmung der Angeklagten

eingetreten und zwar wird zunächst der Angeklagte Arbeiter Moritz See vernommen. Er ist Landwehmann ersten Aufgebots und wegen Körperverletzung, Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung verurteilt. Er gibt zu, nach der Kontrollversammlung in Kitzleben gewesen zu sein und gewußt zu haben, daß er am Tage der Kontrollversammlung aktiver Soldat war und unter dem Militärführer stand. Es war ihm auch bekannt, daß der Gendarm und der Wachmeister seine militärischen Vorgesetzten sind. Er erklärt aber weiter: Es ist bei uns Sitte, daß, wenn Kontrollversammlung gewesen ist, diejenigen, die das letztemal und diejenigen, die das erstmalig dabei waren, vier ausgehen. Wir haben auch an diesem Tag ordentlich getrunken und etwa 120 Liter Bier und viele Schnäpse zu uns genommen. Nachdem das Bier, das ausgegeben war, von uns getrunken war, haben wir für unser Geld weitergetrunken und so waren wir schließlich alle sehr stark betrunken. — Verhandlungsführer: Sie sollen sogar die Weine festgehalten haben, so daß die anderen sich nun Bier einschenken konnten. — Angell.: Davon weiß ich gar nichts, es mag in der Trunkenheit passiert sein. Als dann der Polizist Müller gerufen wurde, soll der Angeklagte sich wieder verschafft haben. — Angell.: Das kann so sein. — Verhandlungsführer: Dabei sollen Sie mit dem Fuß gegen die Tür gestoßen und kräftig geschimpft haben. — Angell.: Geschimpft werde ich wohl haben. — Verhandlungsführer: Sie sollen gesagt haben, Sie mühten die schweren Steuern bezahlen und die Beamten ernähren. — Angell.: Das mag sein. — Verhandlungsführer: Haben Sie auch

wirkliche Schimpfworte gebraucht? — Angell.: Auch das kann sein. — Verhandlungsführer: Wieviel Steuern zahlen Sie denn? — Angell.: 9 M. Staats- und 12 M. Gemeindesteuern. — Verhandlungsführer: Nun, soviel Steuern wird der Gendarm wohl auch zahlen! Haben Sie gerufen, Sie sind Sozialdemokrat und Ihnen habe niemand etwas zu sagen? — Angell.: Ich habe das nicht gerufen und auch nicht gehört, daß es gerufen worden wäre. — Ueber die Ursache der weiteren Vorfälle erklärt der Angeklagte, daß einer der Wolftramshäuser mit einem der Deintöder in Streit geraten sei. Was im einzelnen nun geschehen ist, weiß ich nicht mehr, alle Angeklagten waren sehr durstig und tranken sehr viel und mögen schon auf die Polizisten geschimpft haben. Nur soviel weiß ich, daß die Polizisten sofort den Säbel gezogen und dreingeschlagen haben. — Verhandlungsführer: Sie wollen von nichts wissen, weil Sie betrunken waren, und nur das eine wissen Sie, daß die Polizisten die Säbel gezogen haben. — Angell.: Ich weiß, daß ich im Hausflur sofort von Polizisten geschlagen wurde. — Verhandlungsführer: Haben Sie in dem Moment, als Sie sich dem Beamten widersetzen, denn nicht daran gedacht, daß er Ihr militärischer Vorgesetzter war? — Angell.: Nein. Ich war zu betrunken; wenn ich nüchtern gewesen wäre, hätte ich das alles nicht gemacht. — Verhandlungsführer: Das ist meistens so. Hinterher, wenn es zu spät ist, tut einem so etwas leid. Wieviel haben Sie denn getrunken? — Angell.: Etwa 25-30 Glas Bier. — Verhandlungsführer: Dann werden Sie auch betrunken gewesen sein und geschimpft haben. — Angell.: Das alles soll uns eine ernste Mahnung sein. — Vert. Justizrat Schneichel: Der Angeklagte wußte also theoretisch, daß ein Wachmeister sein Vorgesetzter am Tage der Kontrollversammlung ist, aber infolge der Trunkenheit und der allgemeinen Aufregung war ihm in diesem Moment dieses Bewußtsein verschwunden.

Der zweite Angeklagte Zimmermann Hagemeyer ist gleichfalls Landwehmann zweiten Aufgebots, verheiratet und Familienvater. Er ist wegen Körperverletzung verurteilt. Auch er gibt an, an diesem Tage sehr viel getrunken zu haben, und gibt zu, daß er dem Gendarmen und später dem Wachmeister Widerstand geleistet hat. Es sei aber kein harter Widerstand gewesen. — Verhandlungsführer: Haben Sie auch gerufen, daß Sie schwere Steuern zahlen mühten und daß Sie mit diesen Steuern die Hungerleider von Beamten ernähren mühten? — Angell.: Das kann möglich sein. — Verhandlungsführer: Auffällig ist es, daß Sie sich dem Gendarmen gegenüber als Soldat aufspielten, dem niemand etwas zu sagen hat, während Sie dem Wachmeister als freier Arbeiter und Sozialdemokrat gegenübertraten und über schwere Steuern klagten. — Angell.: Das weiß ich im einzelnen nicht, wir waren betrunken. — Verhandlungsführer: Das ist eben so mit dieser

Vergehen des einfachen Soldaten

gegenüber einem Polizisten. Sie sollen nun gemeinschaftlich mit den anderen Angeklagten versucht haben, in die Wirtshaus einzudringen, und Sie sollen dabei tätlich gegen den Gendarmen und gegen den Wachmeister vorgegangen sein. — Angell.: Das ist nicht richtig. Wir sind nicht tätlich geworden. — Verhandlungsführer: Sie sind aber doch deswegen verurteilt worden. — Angell.: Ich war ganz sprachlos, als ich das hörte. — Verhandlungsführer: Sie sollen mit einem Stock auf den Gendarmen eingeschlagen haben. — Angell.: Auch das ist nicht richtig. Dagegen hat der Gendarm mit dem Säbel von hinten auf uns eingeschlagen. — Verhandlungsführer: Überlegen Sie sich doch nur, was Sie sagen. Das kann doch nicht richtig sein. Treten Sie übrigens auch nicht so fest hier mit solchen Behauptungen auf! — Angell.: Ich kann nur die Wahrheit sagen. — Vert. Justizrat Schneichel: Auch für diesen Angeklagten gilt also, daß die Trunkenheit ihm in dem Moment seiner Handlungen das Bewußtsein raubte, es mit einem Vorgesetzten zu tun zu haben.

Angell. Diensthofschirmer ist gleichfalls verheiratet und hat die Verurteilung an sich nicht durch die Berufung angefochten, sondern lediglich das Strafmaß. Er gibt zu, gewußt zu haben, daß ein Gendarm als sein militärischer Vorgesetzter gilt, entschuldigt sich aber mit Trunkenheit, die ihm dieses Bewußtsein

Kleines Feuilleton.

Friedrich Engels über Marx und Bebel. Dem deutschen Parteiarbeiter gehören jetzt auch die Papiere Johann Philipp Weders, des prächtigen, immer tätigen, immer frisch-frohen Pflägers, der an dem Hambacher Fest von 1832 teilnahm und dann in allen revolutionären Bewegungen in Deutschland und in der Schweiz zu finden war. In Friedrich Engels' Nähe machte er 1849 den badiischen Aufstand um die in Frankfurt beschlossene Reichsverfassung bis zum allerletzten Augenblicke mit; während der Internationale gab er von 1866 bis 1871 den „Vorboten“, das Organ der internationalen Arbeiter-Assoziation, heraus und die Zeit des Sozialistengesetzes sah ihn wiederum dienst-eifrig an der Arbeit für die Sache des Proletariats.

Unter Weders Papieren befinden sich 35 Briefe, die Engels an ihn schrieb. Einen davon, der am 14. Oktober 1884 aus London abgegangen wurde, veröffentlicht jetzt N. Kjasonoff im Wiener „Kampf“. Darin ist auch von Marx und Bebel die Rede. Marx war seit anderthalb Jahren tot und Engels war daran, das verantwortungsvolle, schwere Amt des Testamentsvollstreckers zu erfüllen. Aus dieser Arbeit heraus schreibt er nun an Weder:

„Wegen meiner Gesundheit mach Dir keine Sorgen, ich habe ein lafales, manchmal störendes, aber keineswegs allgemein nachworfendes und nicht einmal unbedingt unheilbares Leiden, das mich schlimmstenfalls kriegsdienstuntauglich macht. Vielleicht kann ich aber doch wieder in einigen Jahren zu Pferd steigen. Ich habe nicht schreiben können seit vielen Monaten, aber distillieren, und bin mit dem zweiten Buch des „Kapital“ so ziemlich fertig, auch die englische Uebersetzung des ersten Buches (so weit sie fertig, drei Achte des Ganzen) durchgesehen. Auch habe ich jetzt Mittel gefunden, vermöge deren ich wieder einigermassen auf den Weinen bin und bald noch weiter zu kommen hoffe. Das Buch ist vielmehr, daß ich, seit wir Marx verloren, ihn vertretet soll. Ich habe mein Leben lang das getan, wozu ich gemacht war, nämlich zweite Violine spielen, und glaube auch, meine Sache ganz passabel gemacht zu haben. Und ich war froh, so eine famose erste Violine zu haben, wie Marx. Wenn ich nun aber plötzlich in Sachen der Theorie Marx' Stelle vertreten und erste Violine spielen soll, so kann das nicht ohne Böde abgehen, und niemand spürt das mehr als ich. Und wenn erit die Zeiten etwas besser werden, dann wird uns erit recht fühlbar werden, was wir an Marx verloren haben. Den Ueberblick, mit dem er im gegebenen Moment, wo rasch gehandelt werden mußte, stets das Richtige traf, und sofort auf den entscheidenden Punkt losging, den hat keiner von uns. In ruhigen Zeiten kam es wohl vor, daß die Ereignisse mir ihm gegenüber dann und wann recht gaben, aber in revolutionären Momenten war sein Urteil fast unfehlbar.“

Eine andere Stelle des Briefes betrifft Bebel. Da steht nun Engels das Urteil hin:

„Daß Bebel im Sommer bei Dir war, habe ich mit Freude von Dir gehört. Dein Urteil über ihn ist ganz das

meine. Er ist der klarste Kopf in der ganzen deutschen Partei und dabei durch und durch zuverlässig und nicht zu beirren. Was man selten findet, ist, daß sein großes Redner talent — alle Philister erkennen es, und zwar völlig an, und Wisnars hat seinem Papierfabrikasocié Behrend gesagt, Bebel sei der einzige Redner im ganzen Reichstag — ihn in keiner Weise verflacht. Das ist seit Demosthenes nicht mehr vorgekommen, alle anderen Redner sind flache Köpfe gewesen.“

Der Schlusatz an Weder zeichnet dann das Wesen des „Athen“ — damals trug Weder in der Bewegung diesen Namen — in ein paar kurzen Worten: „Also nun halt Dich recht wohl, tapfer hältst Du Dich von selbst.“ Der Unverwundliche, damals den Achtzigern nahe, hielt sich noch zwei Jahre lang. Im Dezember 1886 ist er in Genf gestorben.

Ibsen-Erinnerungen von Georg Brandes. Georg Brandes veröffentlicht im „Mercure de France“ einen Aufsatz über Ibsen, in dem er von einem eigentümlichen Dramenplan des nordischen Meisters erzählt. Brandes und Ibsen spielten zusammen, und als Lammbraten aufgetragen wurde, meinte Brandes, daß selbst das Lamm ein Tier sei, das so manchen Dichter angeregt habe. „Ganz meine Meinung“, sagte darauf Ibsen. „Ich hatte sogar einmal den Plan, ein Drama über das Lamm zu schreiben. Ein Mann ringt mit dem Tode, er kann nur gerettet werden, wenn es gelingt, sein Blut zu erneuern. Man transfundiert deswegen das Blut eines Lammes in seine Adern und auf diese Weise wird er geheilt. Von diesem Augenblick an träumt er unaufhörlich davon, das Lamm wiederzusehen, dem er sein Leben verdankt. Endlich findet er es in der Gestalt einer Frau. Er liebt sie. Ist es nicht unvermeidlich, daß er sie liebt?“ „Zweifellos“, entgegnete Brandes, „aber es ist sehr selten, daß man eine Frau findet, die ein Lamm ist.“ „Nichts desto weniger kommt es vor.“ schloß Ibsen, „es kommt vor.“

Der große dänische Kritiker verläßt in dieser Geschichte wie in seinen anderen Darlegungen hauptsächlich die wirklichen Elemente zu schildern, die Ibsens Phantasie in Bewegung brachten. Unter den zahlreichen Modellen zum Veer Ghynt befand sich ein junger Däne, ein phantastischer Jüngling, mit dem der Dichter in Italien zusammentraf. Den jungen Italienerinnen erzählte er, daß sein Vater, der in Wirklichkeit ein beiseitener Schuldirektor war, zu den intimen Freunden des Königs von Dänemark gehöre, und daß er selbst ein beider Herr sei; um das zu beweisen, trug er oft einen weißleidenen Anzug. Er hielt sich für einen Dichter, aber er bedurfte zur Inspiration gewisser grandioser Landschaften und erklärte, er könne nur im Hochgebirge tragisch fühlen. So reiste er einmal nach dem Gebirge von Areta, um eine Tragödie zu schreiben, lehrte aber ununterrichteter Sache zurück.“

Die Figur der Kora wurde in Ibsen durch die Briefe einer jungen Frau angeregt, mit der er korrespondierte. Sie deutete ihm allerlei Schwierigkeiten und Räte nur oberflächlich an und reizte so den Hang des Dichters zur Analyse, der aus den wenigen Anspielungen ein ganzes Frauenbild schuf, eben das der Kora, kombinierte. Später erfuhr er übrigens, daß er richtig geraten hatte.

Aus diesem Drang, sich in fremde Personen zu versetzen und über die Motive ihrer Handlungen nachzudenken, ist auch die Gestalt

des Eilert Löbborg geboren worden. Ein junger Gelehrter, der eine tiefe Verehrung für Ibsen besaß, schickte ihm eines Tages nach München ein Paket, das alle Briefe des Dichters an ihn und die Photographie Ibsens enthielt. Die räthselhafte Sendung konnte sich der scharfe Seelenkennner nicht anders erklären, als daß der junge Mann in einem Anfall von Geistesverwirrung ihn mit einer anderen geliebten Persönlichkeit verwechselt habe und wer konnte das sein als eine Frau, von der er so Abschied nahm. Diese Deutung mußte ihm der Gelehrte dann selbst als richtig bestätigen.

Die Persönlichkeit der Rebecka West und der Konflikt in Rosmersholm sind die dichterische Widerspiegelung eines Abenteurers, das ein skandinavischer Aristokrat durchlebte, der sich in seiner unglücklichen Ehe mit einer Verwandten seiner Frau tröstete. Selbst in dem so persönlichen Bekenntnis des Solness sind einzelne Züge dem Leben entnommen. So blieb Ibsen die Keuperung einer jungen Deutschen unergelblich, die zu ihm sagte: „Ich habe niemals begreifen können, wie man sich in einen unverheirateten Mann verlieben kann. Denn wenn er nicht verheiratet ist, hat man ja nicht das Vergnügen, ihn einer anderen zu rauben.“ Dieser einzige Ausruf eröffnete Ibsen einen tiefen Einblick in die Frauenseele.

Notizen.

Theaterchronik. Das Schiller-Theater O (Wallertheater) bringt heute Donnerstag zum erstenmal in dieser Saison eine Aufführung von Hebbels „Gyges und sein Ring“.

Russl. Der Verein für Frauen- und Mädchen der Arbeiterklasse veranstaltet am 21. September, nachmittags 4 Uhr, im Blüthner-Saal, Lützowstr. 76, ein Konzert, in dem Werke von Johann Sebastian Bach aufgeführt werden. Die Eintrittskarte kostet 60 Pfennig.

Die französische Nordpolexpedition Julius von Payers, des Sohnes des österreichischen Nordpolforschers, hat am Dienstag den Hafen von St. Servan auf dem Expeditionsschiff „Francois Joseph“ verlassen. Die Reise erfolgt unter dem Protektorat des Unterrichtsministeriums. Das Schiff, das mit Apparaten für drahtlose Telegraphie ausgerüstet ist, wird unterwegs in den nordischen Gewässern auch biologische Studien vornehmen.

Ein Meisterwerk! Turners nach Amerika verläuft. Das Museum der schönen Künste in Boston hat aus dem Besitze der Familie Tabbey des englischen Malers Turner berühmtes großes Gemälde „Die Fülle von Schaffhausen“ erworben. Der Meister selbst sah in diesem Bilde eine seiner besten Leistungen.

Eine Beobachtungsstelle für Sonnenphysik soll nach dem Plane der Engländerin Miss Procter auf Neuseeland errichtet werden.

Arabisches aus Nordnorwegen. Nördlich von Drontheim wurden auf einem Gehöft 57 arabische Silbermünzen, die wahrscheinlich um das Jahr 1000 vergraben worden sind, ans Tageslicht befördert. Bisher wurden arabische Münzen nur in den Ostseeländern gefunden. Man weiß, daß die Araber von Südoften her einen lebhaften Handel mit Nordnorwegen unterhielten; ihr Handel kreuzte Russland auf dem Wolgawege.

geraubt habe. Er habe von den ganzen Vorgängen später nichts gewußt, es habe sich ihm alles im Streife herumgedreht. — Verhandlungsführer: Haben Sie auch gerufen, daß Sie schwere Steuern zahlen müßten und daß Sie damit die Gendarmen füttern müßten? — Angell.: Jawohl. — Verhandlungsführer: Wieviel Steuern zahlen Sie denn? — Angell.: Gar keine. — Verhandlungsführer: Was sollen denn also die Redensarten? — Angell.: In der Trunkenheit sagt man so manches. — Verhandlungsführer: Na ja, das kommt davon.

Ihr seid aufsteht und lest in irgendeiner dummen Zeitung, daß Ihr die Gendarmen ernähren müßt. Wenn sie davon leben müßten, könnten sie Hungerpfoten saugen.

Haben Sie auch geschimpft? — Angell.: Jawohl. — Verhandlungsführer: Ein kleiner roter Mann soll sich im Hintergrunde aufgehalten und die anderen aufgeschreckt haben. Sie sind der einzige, der rote Haare hat, also müssen Sie dieser Mann gewesen sein. — Angell.: Das ist möglich, aber auch das liegt an der Trunkenheit. — Verhandlungsführer: Das kommt eben davon. Sie haben die anderen erst recht aufgebracht. Sie geben das also zu und bitten doch um mildernde Umstände? — Angell.: Jawohl.

Der vierte Angeklagte Bergarbeiter Kolbe ist wegen Störung eines öffentlichen Gottesdienstes verurteilt und hat im weitesten Maße Verurteilung eingelegt und das ganze erstinstanzliche Urteil angefochten. Er bestritt jede strafbare Handlung und will nicht gemußt haben, daß er den ganzen Tag über unter dem militärischen Strafgesetz stehe. Er will der Meinung gewesen sein, daß er nur während der Dauer der Kontrollversammlung selbst als aktiver Soldat galt, nicht während des ganzen Tages. Im übrigen betritt er die ihm von der Anklage vorgeworfenen Handlungen. — Auch der letzte Angeklagte Maurer Georges bestritt jede aktive Teilnahme an der Kauferei und gibt ebenfalls als Entschuldigung Trunkenheit an. — Zum Schluß der Vernehmung der Angeklagten werden ihre militärischen Zeugnisse verlesen, die sämtlich auf gute oder sehr gute Führung lauten.

Darauf beginnt die

Jugendvernehmung.

Der erste Zeuge war der Polizeisergeant Müller, der eine der beiden Beamten, die in dieser Affäre dienstlich zu tun hatten. Er bekennt, daß er herbeigekommen wurde, weil ein Streit zwischen einem Volkstramschäufler Landwehrmann und einem Feindoder jungen Mann wegen eines Mädchens ausgebrochen war. Es entstanden Streitigkeiten, so daß der Wirt sich genötigt sah, das Büfett zu schließen, die Leute riefen, sie wären Soldaten und ein Polizist hätte ihnen gar nichts zu sagen. Sie schimpften alles mögliche und daraufhin sah sich Müller genötigt, einen der Aufseher, den Angeklagten Dagemeier anzusprechen und ihn hinauszubringen. Die Folge war, daß die Angeklagten nunmehr gegen den Polizeibeamten vorgingen, und daß sie ihn kräftig ausschimpften. Sie sagten ihm, er wäre ein Lump, er solle sich in Acht nehmen, sie würden ihn verhauen, so daß er alle seine Knochen im Taschentuch nach Hause tragen könnte und er sei ein „Lunteemann“. — Verhandlungsführer: Was heißt das? — Angell.: Dagemeier: Lunteemann heißt ein Lumpenjammer, man gebraucht bei uns dieses Wort, wenn man ausdrücken will, daß jemand weniger ist, als man selbst ist. — Zeuge Müller: Nein, Lunteemann heißt soviel wie Lump. Ich habe telefonisch den Gendarmereiwachmeister Stod herbeigekommen, weil ich allein mit den Leuten nicht fertig werden konnte. Wir haben gemeinschaftlich das Lokal geräumt, dabei ist es wieder zu einem Handgemenge gekommen. Die Angeklagten packten nunmehr den Gendarm und hielten ihn fest. Sie wurden lässlich gegen den Gendarm und rissen ihm seinen Mantel herunter. Dabei tat sich der Angeklagte Schürmer besonders dadurch hervor, daß er die Angeklagten aufschickte, sich aber im Hintergrunde hielt. Die Leute waren wohl angezerrt, aber nicht betrunken; sie sind das Biertrinken gewohnt und wußten genau was sie taten.

Der nächste Zeuge, Gendarmereiwachmeister Stod, bestätigt zunächst im allgemeinen die Angaben des vorigen Zeugen. Er bekennt, daß er den Leuten zuerst im guten zugeredet und sie darauf aufmerksam gemacht habe, daß sie Soldaten seien, dem Befehlen der Vorgesetzten — und er sei ein Vorgesetzter — nachzukommen hätten. Die Angeklagten hätten sich aber gewiegert, das Lokal zu verlassen, hätten auf ihn eingeschlagen und ihm gedroht, ihm die Knochen laput zu schlagen; sie seien freie Arbeiter und wir hätten ihnen gar nichts zu sagen. Geschimpft haben sie alle ausnahmslos, so daß heute nicht mehr angegeben ist, was die Angeklagten im einzelnen gerufen haben: Lump, Lunteemann, Lumpensindel und ähnliches. Sie haben mich aufgefordert, einmal nach Volkstramschäufler zu kommen, da würden sie mich so bearbeiten, daß ich meine Knochen im Taschentuch nach Hause tragen könnte. Ich habe die Angeklagten zuerst im guten Ton aufgefordert, zu gehen, dann aber den Ton des militärischen Vorgesetzten angeschlagen und eine strenge Aufforderung an sie gerichtet. Aber das half auch nichts, sie hörten nicht auf zu schimpfen und wurden lässlich, und so habe ich mich genötigt gesehen, den Säbel zu ziehen. Einer der Angeklagten, so bekennt der Zeuge weiter, der Arbeiter See, habe ihm den Arm festgehalten und es sei erst nach vielen Mähen gelungen, die Arbeiter aus dem Lokal zu entfernen. Die Ständale nahmen erst ein Ende, als die Angeklagten der Angeklagten, vor allem die Frauen, erschienen und ihre Männer mit nach Hause nahmen. — Anklagevertreter Dr. Schröder: Wie lange kann der Konflikt gedauert haben? — Zeuge: Der militärische Aufbruch etwa 10 Minuten, dann haben die Leute noch eine halbe Stunde auf der Straße standhalten. — Vert. Justizrat Schmeichel: Sie behaupten, daß Sie erst in dem Augenblick, als Sie am Arm gepackt wurden, den Säbel zogen, während uns Ihre Aussage zeigt, daß Sie zuerst von den Leuten gepackt wurden und dann erst den Säbel gezogen haben. — Zeuge: Es ist so, wie ich es gesagt habe. — Verhandlungsführer: Waren die Leute betrunken? — Zeuge:

Betrunken waren Sie nicht, nicht einmal angeheitert.

Verhandlungsführer: Kann? — Zeuge: Sie waren sehr betrunken, traten energisch gegen mich auf und machten durchaus nicht den Eindruck betrunkenen Leute. Die Kraft, die sie gegen mich gebrauchten, war nicht die Kraft betrunkenen Menschen. Die Angeklagten sind mir seit langer Zeit als Pöbel und Stänkerer bekannt, als Leute, die sich schlecht benehmen. — Vert. Rechtsanwält Barnau: Was haben Sie dafür anzuführen? Positive Angaben müssen Sie machen! — Zeuge: Wenn irgend etwas los war, dann hatte man mit diesen Leuten zu tun. Sie versperrten mir zum Beispiel den Weg. — Angell.: Georges: Ich möchte den Gendarm fragen, wie er das begründen will, bin ich ihm jemals direkt entgegengetreten? — Zeuge: Direkt nicht, aber indirekt, es sind Leute, die gern Streitereien machen und der Polizist immer ein Schimpfchen schlagen wollen. — Verhandlungsführer: Das sind allgemeine Eindrücke, die Sie haben, Sie dürfen daraus keine ungünstigen Schlüsse auf die jetzigen Angeklagten ziehen, Sie müssen Tatsachen anführen. Haben sich die Angeklagten jemals lässlich an Ihnen vergriffen? — Zeuge: Nein, aber die Volkstramschäufler sind eine auflässige Gesellschaft. — Angell.: Georges: Früher hat der Zeuge niemals etwas gegen mich gesagt, heute aber bringt er diese Sachen vor. — Zeuge: Gerade Sie haben tüchtig mitgeschimpft und mitgehört. — Verhandlungsführer: Wir müssen hier objektiv sein, Sie bringen hier ganz allgemeine Eindrücke vor. Mit diesem hier zur Verhandlung stehenden Fall haben diese Eindrücke selbst nichts zu tun.

Der nächste Zeuge, Händler Dieter, bekennt, gehört zu haben, wie die Angeklagten schimpften, aber es sei nicht so schlimm gewesen, es habe lediglich ein lebhafter Meinungsaustausch zwischen den Angeklagten und den Polizisten stattgefunden. (Weiter.) Die Angeklagten haben sich natürlich, als sie herabgebracht wurden, gewehrt, aber von Widerstand könne man nicht sprechen,

sie hätten nur den Polizisten die Arbeit etwas schwer gemacht. — In der ersten Instanz war dieser Zeuge wegen offener Unglaubwürdigkeit nicht vereidigt worden, diesmal wird er vereidigt.

Zeuge Hausknecht Körner war in der Wirtschaft als Hausknecht tätig und bekennt, daß die Leute, die von der Kontrollversammlung kamen, ein Köchlein Bier aufgesetzt hätten und daß es zu dem bekannten Streit zwischen den Volkstramschäufler und einem Feindoder jungen Mann wegen eines Mädchens kam. Er habe auch gehört, daß der Gendarm Lump genannt wurde und daß die Redensart vom Steuerzahlen fiel. Aber im einzelnen kann dieser Zeuge ebensowenig bestimmte Angaben machen, wie eine Reihe weiterer Zeugen, die bezeugen, daß sie von den Widersehligkeiten und Täuschlichkeiten, die die Polizeibeamten bezuglich haben, nichts gesehen haben. Der Verhandlungsführer hielt diesen Zeugen jedoch vor, daß sie bei ihren früheren Vernehmungen viel bestimmtere Angaben gemacht haben und daß sie in der ersten Verhandlung die Angeklagten viel härter belasteten. Er entnimmt den Aussagen dieser Zeugen das Bestreben, die Sache recht abzumildern. Die Zeugen bleiben jedoch dabei, die Wahrheit gesagt zu haben.

Zeuge Tischler Ebel war in der Wirtschaft mit dabei, als die Vorgänge passierten, hat aber keine groben Ausschreitungen der Angeklagten gesehen. — Die Zeugin Anna Otto war Dienstmädchen in der Wirtschaft und bekennt, daß der Angeklagte Kolbe von der eigentlichen Prügelei weit entfernt stand und daß sie von den Schimpfworten nichts gehört habe. Auch diese Zeugin war voriges Mal nicht vereidigt worden und wird diesmal vereidigt. — Der Zeuge Landwirt Buhf kam von seinem Felde an der Wirtschaft vorbei, wo standhaft wurde. Er hat gesehen, daß die Leute den Gendarm beschimpften und versuchten, in das Lokal wieder einzudringen, er hat auch gesehen, daß mit einem Stock ein Fenster eingeschlagen wurde. Im einzelnen weiß er aber nicht, wie weit die Angeklagten hieran beteiligt waren. — Zeuge Hoppe bekennt, daß die Angeklagten gewalttätig verurteilt hätten, die Tür wieder zu öffnen und daß sie auf den Gendarm schimpften. Besonders tat sich Schürmer hervor, der sagte: „Immer feste drauf!“ — Der Zeuge Schwarz schließlich, ein Beamter des Volkstramschäufler Elektrizitätswerks, sagt aus, daß Schürmer den Gendarmereiwachmeister Stod bedroht und beschimpft, ihn an seinem Mantel gerüttelt und ihn so gezwungen habe, blank zu ziehen. Darauf wurde die Weiterverhandlung auf Donnerstag vertagt. Das Urteil ist Donnerstagsabend zu erwarten.

Gewerkchaftliches. Dienstbare Geister.

Bezeichnet man die christlichen Gewerkchaften als katholische oder Organisationen des Zentrums, dann sind die lieben Christen, die immer nur von sozialistischen Gewerkchaften reden, wenn sie die freien Verbände verunglimpfen wollen, höchst empört. Daß man die christlichen Gewerkchaften aber selbst als Anhängel kirchenpolitischer Vereine betrachtet, denen man lediglich aus taktischen Gründen ein neutrales Müntelchen umzuhängen sucht, das kam auf dem Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln handgreiflich deutlich zum Ausdruck. Die ganzen Verhandlungen standen fast ausschließlich im Zeichen der Agitation für die christlichen Gewerkchaften, deren Führer auch die rednerischen Unkosten der katholischen kirchlichen Veranstaltung deckten. Zum Jahresbericht gelangte eine Resolution zur Annahme, in der die Pflicht, das christliche Gewerkchaftswesen zu fördern, stark betont wird. Mitglieder nicht christlicher Gewerkchaften sollen aus dem konfessionellen Verein ausgeschlossen werden. Stärker kann man das Einsinken doch kaum betonen. Mit größtem Eifer sollen die kirchlichen Vereine sich der Aufgabe widmen, die Jugendlichen den christlichen Gewerkchaften zuzutreiben. Wegen der Zusammengehörigkeit von katholischen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkchaften ist auch von Interesse der von den ersteren offen ausgesprochene Zweck der politischen Beeinflussung. In der angenommenen Resolution wird weiter gefordert, daß die bereits im Vorjahre eingebrachten politischen Konferenzen für Zentrumsfunktionäre — einschließlich der christlichen Gewerkchaften — in den bestehenden Körperschaften und Kommunalverbänden weiter ausgebaut werden sollen.

Daß den Vertretern der christlichen Gewerkchaften hier Zentrumspolitik eingebläut werden soll, versteht sich am Rande. Die Abhängigkeit der christlichen Gewerkchaften vom Zentrum erklärt es auch einzig und allein, daß diese sich auf die agrarische Volkswirtschaft festlegen — obwohl aus Mitgliederkreisen vielfach dagegen opponiert worden war. Trotzdem: die christlichen Gewerkchaften sind keine Zentrumskongregationen, — sie sind nur dienstbare Geister des Zentrums.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Anoleumleger und Teppichnäher hat bisher zu dem Resultat geführt, daß sich bereits acht Firmen mit und über die neuen Arbeitsbedingungen verständigt haben. Um nun die notwendige Kontrolle über eventuelle Streitarbeit zu haben, sind die Kollegen, die zu geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen arbeiten, im Besitz einer roten Kontrollkarte. Sämtliche Leger, die eine solche Kontrollkarte nicht vorweisen können, verrichten Streitarbeit. Ganz besonders machen wir darauf aufmerksam, daß alle Arbeiten der Firma Duantmeyer u. Eile als Streitarbeiten zu betrachten sind, da ein Teil der Leger dieser Firma es vorgezogen hat, Raubereidienste zu leisten. Darauf gestützt hat Herr Kastei seinen ganzen Einfluß aufgebunden, um eine gemeinsame gütliche Verständigung mit allen Firmen zu hintertreiben.

Wie uns weiter mitgeteilt wurde, hat Herr Kastei von der Firma Duantmeyer u. Eile sich sogar anderen Firmen gegenüber bereit erklärt, Leger seiner Firma für die dringendsten Arbeiten zur Verfügung zu stellen. Ueberall also, wo Leute von Duantmeyer u. Eile arbeiten, handelt es sich um Streitarbeit.

Die Firma Lamiro m. u. Vogel hat sich ein paar Leger aus Hamburg verschrieben, die aber nach Kenntnis des Sachverhalts ebenfalls die Arbeit verweigert haben. Wir bitten, auch in Zukunft jeden Zugang von Anoleumlegern fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler und Portefeuliers.

Die Lohnbewegung der Militärkassierer in den Offiziersausstattungsbetrieben hat zu einer weiteren Verschärfung des Kampfes geführt. Bei der Firma Vose wurde nämlich den Kollegen in der Kommisabteilung zugemutet, Streitarbeit zu machen. Da dieses selbstverständlich verweigert wurde, sollte die Arbeit außer dem Hause gegeben werden und die Kollegen, die die Streitarbeit verweigert haben, die Entlassung bekommen. Um dem entgegen zu treten, haben auch die Kollegen der Kommisabteilung die Arbeit eingestellt. Damit ist nun auch diese Abteilung für Sattler gesperrt.

Die Firmen sind demnach, dringende Arbeiten in anderen Bezirken, besonders bei Kleinmetzern unterzubringen. Wir bitten, darauf ein gutes Augenmerk zu haben. Streikbrecher sind bisher so gut wie nicht zu verzeichnen, denn nur die Deutsche Militär-Ausstattungs-Gesellschaft in der Alexanderstraße 14 hat das „Glück“ gehabt, durch Vermittelung des Inhabers der Wustfaltenhandlung von Kaun, Grüner Weg 17, ein paar dieser unheimlichen Leute zu bekommen. Selbst der allbekannte Rachweiser des Herrn Kasse, Kaiser-Branz-Granadierplatz 1, hat bisher den bedrängten Unternehmern nicht helfen können. Einige Annoncen im „Lokal-Anzeiger“ deuten aber darauf hin, daß die Herren auch die Hilfe

von anderen gewerkschaftlichen Streikbrecherbermittlern in Anspruch nehmen. Wir ersuchen deswegen, alle diese Arbeitsangebote nicht zu beachten, sondern sich in erster Linie Auskunft bei der unterzeichneten Ortsverwaltung zu holen. Geipert ist ferner wegen Nichtanerkennung des allgemeinen Tarifs für die Militärkassierbranche die Firma Rudewig, Lindenstr. 98.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler und Portefeuliers.

Der Streik bei der Deutschen Dewargesellschaft ist durch Verhandlung erledigt und sind sämtliche Kolleginnen und Kollegen wieder eingestellt worden.

Die Ortsverwaltung des Verbandes der Glasarbeiter.

Achtung, Destillationsgehilfen! Die Großdestillation von A. Meyer, Fennstr. 1, ist für organisierte Gehilfen gesperrt. Einige Geschäftsinhaber in der Umgegend haben volles Verständnis für die Leiden des Herrn Meyer. Der Kohlenhändler Wilhelm Raas, Reinickendorfer Str. 120, ist am eifrigsten hinter den Streikposten her und demunziert sie fortwährend bei den Schülern. Er erreicht dann auch immer deren Verhaftung. Weiter scheint der Kohlenhändler Franz Ebert, Reinickendorfer Str. 122, aus seinem Laden eine fliegende Polizeiwache einrichten zu wollen. Von hier aus beobachtet die Kriminalbeamten und auch Herr Ebert selbst die Streikposten. Die Folge ist auch hier immer die Verhaftung. Trotzdem wird Herr Meyer sich daran gewöhnen müssen, seine Angestellten bei 15tündiger Arbeitszeit nicht mit 30 M. monatlich zu bezahlen, und sie obendrein noch als Spitzhuden hinzuzustellen.

Verband der Gastwirtsgehilfen.
Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Friseurgehilfen! Tarif anerkannt und geregelt sind die Arbeitsverhältnisse bei Corowski, Perleberger Straße 89, Kaminski, Oberberger Straße 31, Münzier, Türkenstraße 25, Binkler, Charlottenburg, Danabrüder Str. 3, Walter Müllin, Reimestraße 6. Das Tarifverhältnis ist aufgelöst und für die Verbandsmitglieder gesperrt bei: Fijurki, Petersburger Straße 65, Goya, Holzmarktstraße 68, Busse, Kasanien-Allee 15, Meile, Gultenstraße 30.
Verband der Friseurgehilfen.

Deutsches Reich.

Zur Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiter

nimmt die „Bergarbeiter-Zeitung“ in ihrer neuesten Nummer (8. September) Stellung. Sie zitiert zunächst eine Anzahl Briefstimmen zum Aufruf des christlichen Gewerkschaftsvereins, verweist noch einmal auf das unsozialistische Treiben der Christlichen in den letzten Jahren und sagt dann zum Schluß:

Aber noch ein weiterer, sehr wichtiger Faktor muß bei der Frage, ob der Gewerkschaft eine ehrliche und dauernde Arbeitsgemeinschaft mitmachen kann, in Rechnung gestellt werden: Die politische Konstellation im Ruhrrevier. Je mehr die Arbeiterpartei die beiden bürgerlichen Parteien zurückdrängt, um so fester verbündet sich Rom mit Wittenberg gegen die Arbeiterpartei. Die Zeiten, wo Johannes Fußangel die Feindschaft gegen die „liberalen Blutsauger“ und „Menschenschinder“ geschwungen hat und wo Bischof Ketteler gegen das „gottlose, liberale Freimaurettum“ donnerste, sind dahin. Die Zentrumsmissionäre und die „liberalen“ Industriekönige vertreten gemeinschaftlich ein und dasselbe Programm: Enrichissez vous! (Verechert Euch!)

Die Kämpfe und Arbeiten der Gewerkschaften spielen hinüber aufs politische Gebiet, werden beeinflusst von den Vorgängen, die sich in den gesetzgebenden Körperschaften abspielen und bei den scharfen Kämpfen der politischen Parteien in Wittenberg gezogen. Einsehend haben doch die Kämpfe um den Zolltarif 1902, die Erneuerung der Handelsverträge 1908, die Reichsfinanzreform 1909 und die Reichsversicherung 1911 in den Gewerkschaften gewirkt und mit welcher Erbitterung stehen sich seit 1908 die großen politischen Parteien gegenüber. Die Mitglieder der „christlichen“ Gewerkschaften im Ruhrrevier bilden die Kerntruppe der Zentrumspartei, die Generalsekretäre die Zureiter und Einseifer. Die Leute sind leiser der moralisch so unendlich tiefstehenden Zentrumslätter im Ruhrrevier, die seit dem großen Aufschwung der Arbeiterpartei von 1903 einen systematischen und infernalischen Verleumdungskampfs gegen die Sozialdemokratie führt und ihr urteilloser Anhang macht keinen Unterschied zwischen der politischen Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften. Mit demagogischer Verlogenheit und hochhaften Zynismus reden und schreiben sie nur von „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ und haben durch diese seit 10 Jahren systematisch betriebene Hege einen unersöhnlichen Haß in die Herzen der Arbeiter gepflanzt. Das ist im Interesse der Arbeiter sicherlich recht zu bedauern und samerzhaft, aber es ist eine Tatsache, die wie vorläufig nicht ändern können, und damit abfinden müssen. So lange die großen politischen Armeen in gegenseitigem Vernichtungskampfs stehen, wird es nicht möglich sein, einzelne Sektionen von diesen Armeen loszutrennen und zur Arbeitsgemeinschaft zu formieren. Das hat die Währungs-Geschichte gerade des christlichen Gewerkschafts bewiesen. Es war nicht der Eigeninn eines August Braust, nicht der Panatismus eines Imbusch, wodurch immer und immer wieder ein Druck herbeigeführt wurde, sondern es waren stets politische Ereignisse, die mit unserer Bewegung in gar keinem direkten Zusammenhang standen. Auch der Streikbruch 1912 entsprang parteipolitischen Motiven. Gewerkschaftsführer haben offen erklärt, daß wenn der Gewerkschaft mitgemacht habe, wäre es nicht um Streik gekommen, und der Gewerkschaft würde 20 000 Mitglieder gewonnen haben. Trotzdem die „Führer“ wußten, daß ihre Organisation 20 000 Mitglieder gewinnen würde, trotzdem sie durch diesen Kampf die bereits verdorrten Vorberzänge auf ihren Christenköpfen neu aufspritzen konnten, mußten sie den Streikbruch verüben, und wenn es Hals und Kragen kosten würde. Niemand darf die „Christensführer“ weber für so dumm noch für Herostreiter halten, die mutwillig ihre Organisation zerstören, sondern sie können nicht anders. Nicht von ihrem Willen hängt es auch in Zukunft ab, was geschieht, sondern davon, was in den Geheimkabinetten von den Zentrumsmissionären, dem Komtur des Binsordens, dem Attache am Apostolischen Stuhle a. D. dem Erzbischof Hartmann und anderen beschlossen wird. — Aus allen diesen Gründen sehen wir in dem Aufruf, wie auch in den weiteren „Friedensartikeln“ nichts als einen schlaun sein sollenden Agitationsbluff, Worte, hinter denen kein Wille zur Tat steht.

Die Führer der christlichen Organisation weichen denn auch wohl schon einige Schritte von ihrem Plan der Arbeitsgemeinschaft zurück. Schon werden die näheren Grenzen abgesteckt, damit der Gewerkschaft nicht etwa in den Verdaucht kommen könnte, mit dem „roten“ Bergarbeiterverband in gar zu enge Waffenbrüderschaft zu kommen. Die „Kölnische Volkszeitung“ läßt sich (Abendausgabe vom 30. August) aus „christlichen Gewerkschaftsreisen“ (Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften) schreiben:

„Von Fall zu Fall — und so nur will ja der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter seinen Vorschlag aufgelegt wissen —, z. B. in Anknüpfungsfällen, läßt sich doch wohl ein Zusammengehen durchführen, ohne daß die christliche Gewerkschaft ihre Eigenart aufgibt oder sie verliert. Das liegt schließlich auch im Interesse der Allgemeinheit selbst. Es kann nicht verlangt werden, daß die starre Intransigenz des Bergbaukapitals auf die Dauer zu einer schändlichen Drohung für das volkswirtschaftliche und soziale Leben wird. Je stärker aber auf beiden Seiten die sich gegenüberstehenden Kräfte sind, um so mehr Kräfte werden in der Allgemeinheit geweckt, die mit Macht auf den Frieden hinarbeiten.“

Diese Auffassung läßt gewissermaßen instinktiv in der christlich organisierten Arbeiterpartei, so daß ein Zusammengehen von Fall zu Fall leicht verwirklicht werden könnte. In eine wirkliche Arbeitsgemeinschaft im umfassenderen, tieferen Sinne des Wortes ist wohl nicht zu denken. Dafür wird die Gewerkschaftsarbeit auf christlicher Seite grundsätzlich zu verschieden aufgestellt im Vergleich zu der sozialistischen Auffassung. Die sozialistischen

Gewerkschaften wollen den gewerkschaftlichen Interessenkampf in möglichst weitem Umfange zum Klassenkampf hinüberleiten, während die aristokratischen Gewerkschaften eben nur an einen Kampf denken, wo und soweit er zum Ausgleich sich gegenüberstehender Interessen erforderlich ist.

Also nur von Fall zu Fall! Hoffentlich soll die Arbeitsgemeinschaft nicht aufgegeben werden, wenn es den Grubenbesitzern etwas kostet, und wenn der Gewerkschaften ernstlich Farbe bekennen soll. Für eine solche Art der Arbeitsgemeinschaft wäre in den Kreisen des alten Bergarbeiterverbandes sicherlich keine Stimmung zu machen.

Achtung, Emaillierer! Der Streik auf dem Emaillierwerk Rheuania in Düsseldorf währt bereits 19 Wochen. Eine Verständigung war durch den Herrenstandpunkt des Direktors noch nicht möglich. Bisher ist es gelungen, alle Versuche auf Erlangung von Arbeitswilligen zum Scheitern zu bringen.

Jetzt versucht man es mit einem neuen Trick. In der „Blechzeitung“, bürgerlichen und Arbeitgeber-Organen teilt man mit, daß der Streik erledigt sei, um auf diese Weise Arbeiter zu erlangen. Dies ist Schwindel. Da die Firma bisher jedes Entgegenkommen ablehnt, geht der Kampf weiter und wird nach wie vor erlucht, Junge fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.
Deutscher Metallarbeiterverband.
Verwaltung Düsseldorf.

Die Aussperrung im Karlsruher Fleischergewerbe ist nunmehr zur Tat geworden. Die Arbeiter der beiden Großfirmen Gebrüder Hansel und Stephan Gartner haben durch ihre Organisationsleitung und durch das Gewerkschaftsamt alles versucht, um einen friedlichen Ausgang der Tarifbewegung zu erlangen. Sie haben zunächst die von den Unternehmern besonders montierten Forderungen fallen gelassen, sie haben auch das Gewerbeamt als Einigungsamt angerufen. Doch alles das wurde von den Unternehmern trotzdem abgelehnt. An den Sekretär des Unternehmerverbandes wurden sie verwiesen, und als sie mit ihm verhandeln wollten und er die Firmen um Vollmacht dazu erluchte, lehnten die Firmen es ab. Sie erklärten, schon genügend Personal engagiert zu haben, sie könnten das neuengagierte Personal nicht wegschicken, dazu könnten sie sich nur im Notfalle verstehen, wenn sie durch die Situation dazu gezwungen würden. — Fast alle Arbeiter sind verheiratet und haben Frau und Kinder zu ernähren; die meisten sind schon jahrelang bei den Firmen beschäftigt. Die Firmen haben auf einen starken Umfall der Beschäftigten geredet, sie sind gekränkt worden; nur bei einer Firma verüben einige ältere Leute Streikbruch.

Das Gewerkschaftsamt hat sich bereits mit der Verhängung des Bohlotts über alle Produkte dieser Firmen befaßt. Die Firmen haben fast ausschließlich Arbeiterlundschaft. Ihre Hoffnung, daß der Wohlloht verlagert werde, weil die Arbeiterfrauen sich doch nicht „danach scheren“, wird sicher an der Solidarität der Arbeiterlundschaft zugrundegehen, und die Herren werden sich zu Verhandlungen und zu einem Tarifabschluß bequemen müssen. Bei ihren schlechten Ratgebern, den Schatzmachern im Innungsamt, mögen sie sich nachher für ihren Meißel bedanken.

Gerichts-Zeitung.

Vom Begriff der öffentlichen Kollekte.

Herr Lippka, Pfarrvikar an der katholischen Kirche zu Wittrod, hatte eines Sonntags die Gemeinde in der Kirche auf-

gefordert, an der Tilgung der Schulden der Kirche teilzunehmen. Er werde gelegentlich der Ausübung der Seelsorge Gaben entgegennehmen. Herr Lippka suchte dann auch in der Umgegend von Wittrod eine Reihe von Katholiken auf, um sie zur Vergabe von Beiträgen zu bestimmen. Verschiedene der angegangenen Leute kannte L. als Katholiken, andere waren ihm von Bekannten als solche bezeichnet worden. Wegen dieser Sammeltätigkeit wurde Lippka vom Landgericht in Neurruppin als Verurteilung wegen unbefugten Verankaltens und Abhaltens einer öffentlichen Kollekte zu einer Geldstrafe verurteilt. Er sollte die Verurteilung des Regierungspräsidenten vom 3. August 1892 übertritten haben, welche das Verankalten und Abhalten nichtigemittelter öffentlicher Kollekten mit Strafe bedroht.

Das Kammergericht verwarf die von Lippka hiergegen eingelegte Revision. Es verwarf die Auffassung des Angeklagten, daß es sich hier nicht um eine öffentliche Kollekte gehandelt hätte, weil er sich nur an einen kleineren Kreis von Personen, nur an seine Pfarrkinder gewandt habe. Es sei kein Rechtsirrtum, wenn die Strafkammer sage, es schließe die Annahme des öffentlichen Charakters dieser Kollekte nicht aus, daß Angeklagter als Pfarrer zu seinen Pfarrkindern in einem persönlichen Verhältnis gestanden habe. Allerdings könnten solche Beziehungen dazu führen, daß der Begriff der Öffentlichkeit ausgeschlossen werde. Aber hier sei er nicht ausgeschlossen worden, weil sich L. nach den Feststellungen nicht bloß an ihm persönlich als Katholiken bekannte Personen gewandt habe, sondern auch an solche, die ihm von anderen als Katholiken bezeichnet worden seien, die er selber aber nicht kannte. Nach dieser Feststellung ist die Zahl derjenigen, an die er sich wandte, als nicht begrenzt anzusehen, woraus die Öffentlichkeit der Kollekte folge. Mit Recht sei Angeklagter auf Grund der Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten verurteilt worden, die im Allgemeinen Landesrecht und in der Instruktion für die Oberpräsidenten vom 31. Dezember 1895 ihre Rechtsgrundlage habe.

Ein gemeingefährlicher Briefkastenmarber

stand in Hannover in der Person des angeblichen Arbeiters Johann Schmitz vor Gericht. Der Angeklagte hat durch seine Frevelthaten über viele Geschäftsleute großes Unglück gebracht. Die Anklage gegen ihn lautete auf schweren Diebstahl und schwere Urkundenfälschung in Verbindung mit Betrug und Betrugversuch. Der Angeklagte diente seit 1902 zwei Jahre beim Infanterieregiment Nr. 77, dann kapituliert er nach Südwesterfeld, diente dort 6 Jahre und wurde als Reservist entlassen. Da Schmitz als Militärantwörter eine Stellung nicht erlangen konnte, verfiel er auf die Idee der Ausraubung von Postbriefkästen. Er verschaffte sich einen zu einem Postbriefkasten passenden Schlüssel und betrat in den verschiedensten Straßen der Stadt die Briefkästen ihres Inhalts. Er nahm die sämtlichen Briefe mit in seine Wohnung und steckte fest, ob sich in ihnen Wechsel befanden. Hand er beim Öffnen oder Durchsehen der Briefe einen solchen mit einem Wechsel, dann eignete er sich das Original ab; an die Wechsel hauste er mit großer Fertigkeit durch, wobei er mit schauer Verrechnung die Fälligkeitstage der Wechsel mehrere Tage hinauschoß. Die durchgepausten Wechsel schickte er dann ruhig in den wiedergeschlossenen Briefen dem Bestimmungsort zu, während er die Originalakzepten am Fälligkeitstage den Akzeptanten zur Einlösung präsentierte. Er stahl und fälschte in dieser Weise 53 Wechsel, in 18 Fällen gelang es ihm, die

Wechselbeträge sich zu verschwindeln, während es in 4 Fällen bei einem Versuch blieb. Den Akzeptanten der Wechsel wurden natürlich kurz nacheinander zweimal derselbe Wechsel zur Einlösung präsentiert und die Folgen waren Prozesse zwischen den Wechselempfängern und Wechselschuldern. Die Prozesse fielen zuungunsten der Akzeptanten aus, die fahrlässig gehandelt hatten, indem sie die Akzepte anstatt per Einschreibebrief in einfachen Briefen auf ihre Verantwortung zur Vergebung gedruckt hatten. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten, indem es die Gemeingefährlichkeit des Angeklagten betonte, an einzelnen Strafen wegen Diebstahls, Urkundenfälschung und Unterdrückung 5 Jahre und 2 Wochen Zuchthaus und setzte diese einzelnen Strafen zu einer Gesamtsstrafe von 4 Jahren Zuchthaus zusammen; es erkannte ferner auf 5 Jahre Ehrverlust und wegen unbefugten Tragens von Waffen auf 20 W. Geldstrafe eventuell 4 Tage Haft.

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands (Zweigverein Berlin und Vororte.) Donnerstag, den 4. September, abends 9^{1/2} Uhr: Versammlung und Vortrag im Lokal Rosenthaler Str. 11/12.

Witterungsbericht vom 3. September 1913.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in °C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in °C
Swinemünde	761.80		2 Dunst	17	Saparanda	771.8		4 wolklos	8
Hamburg	763.80		3 bedeckt	15	Petersburg	763.80		1 Regen	15
Berlin	762.5		1 bedeckt	17	Seily	788.0		8 bedeckt	15
Frankf. a. M.	764.9		1 Dunst	15	Aberdeen	770.90		1 halb bb.	11
München	764.5		2 wolklos	16	Paris	763.9		2 bedeckt	15
Wien	762.5		1 wolklos	19					

Wetterprognose für Donnerstag, den 4. September 1913.
Etwas kühler, zeitweise neblig, sonst ziemlich heiter, bei mäßigen nördlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	2.9.	1.9.	cm	cm ¹		2.9.	1.9.	cm	cm ¹
Remel, Müst	195	-9			Saale, Großhitz	62	-6		
Bregel, Jüterburg	64	-8			Saale, Spandau	16	+2		
Weißel, Thorn	315	-6			Rathenow	-11	+4		
Oder, Ratibor	272	-26			Spree, Spremberg	84	-4		
„ „ „ „	260	+8			Raub	81	-1		
„ „ „ „	243	-19			Weser, Wünnen	107	+7		
„ „ „ „	78	0			Raub	180	0		
„ „ „ „	20	+3			Rhein, Rheinfelden	470	+8		
„ „ „ „	-20	-2			„ „ „ „	225	-6		
„ „ „ „	-17	-6			„ „ „ „	202	-6		
„ „ „ „	-135	-6			„ „ „ „	117	-11		
„ „ „ „	137	-10			„ „ „ „	49	-2		
„ „ „ „	116	-7			„ „ „ „	12	0		

1) + bedeutet Hoch, - Fall. — 2) Unterpegel.
Nach telegraphischer Meldung ist die Weichsel heute bei Thorn auf 350 cm gestiegen, das Steigen wird dort voraussichtlich bis morgen anhalten. Der Wasserstand der Oder bei Ratibor betrug heute morgen 244 cm.

Unserem langjährigen Mitgliede
Karl Knoth
zum 50. Geburtstag die besten Glückwünsche.
Die Branchenkommision der Küchenmöbelschneider.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Groß-Berlin.
Am Montag, den 1. Sept., verstarb unser Mitglied
Georg Kasper.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. September, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Gemeindefriedhofes, Welkenfer, Hildestraße, aus statt. 87/8
Die Ortsverwaltung.

Am 1. September verstarb nach langem Leiden unser verehrter guter Kollege
Hermann Röhn
im 58. Lebensjahre. Seine selbstlose Tätigkeit als Mensch und Kollege wird ihm ein dauerndes Andenken bei den Berliner Buchdruckern sichern.
Personal der Buchdruckerei Otto Eisner.
Die Trauerfeier findet am 4. September, nachmittags 4 Uhr, auf dem Zentralfriedhofe in Friedrichshagen statt.

Dankfagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters
Paul Jodenschwager
sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Hausgenossen der Ansiedlung Nordufer des Berliner Spar- und Bauvereins, den Kollegen der Firmen Kurt von Grueber und den Genossen des Wahlvereins unseren besten Dank.
Anna Jodenschwager nebst Kinder. 78/4

Todes-Anzeigen
Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Am 1. d. M. verstarb unser Genosse, der Sigarenmacher
Wilhelm Blank
Käferstr. 119. Bezirk 628.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 5^{1/2} Uhr, von der Halle des Elisabeth-Kirchhofes, Pringensallee, aus statt.
Um rege Beteiligung erlucht
Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau
Anna Briese
sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie den Kollegen der Filiale Berlin auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.
C. Briese nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Karl Pritzkow
sagen allen Beteiligten, insbesondere den Kollegen des Neubaus Kohnmann (Charlottenburg) meinen herzlichsten Dank.
Witwe Pritzkow.

Spezialarzt
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Mata. Blutuntersuchung. Schnell, sich. Heilung. Mäßige Preise.
Dr. med. Weckenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) 8-9, 12-3, 6-8, Sonnt. 8-10, Potsdamer Str. 4 (Potsdamer Platz) Spr. 10-11, 4-5, Sonnt. 10-11.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Revolverbrecher
Karl Haamann,
Hebenwalder Straße 5, am 2. September an Lungenerkrankung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. September, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Razareth-Kirchhofes in Reinickendorf, Adolfsstraße, aus statt. 125/6
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

PUCK CIGARETTES
GEORG A. JASMATZKI AG DRESDEN



Die neue 3 Pfg. Qualitäts Cigarette
mit Goldmundst. mit Perlmundst. Stück
GEORG A. JASMATZKI AG DRESDEN GRÖSSTE DEUTSCHE CIGARETTE-FABRIK

Augusta-Bad
Köpenicker Straße 60.
Sämtliche Überarten — Restaurant aller Klassenkassen. 16896*

Reiseführer, Wanderkarten und Bücher, Kursbücher
hält stets am Lager
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69.

Kleingemusterte imitierte **Boucle-Teppiche**
grau, blau, oliv oder rot Fond Größe zirka
130x190 cm M. 7.50
160x225 . . . 11.50
190x290 . . . 16.50
Vorlag. Größe 50x100 cm 1.25
Nach answ. per Nachnahme.
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158
Spezial-Katalog
850 Abbildungen, gratis u. franko.

Schumachers Festsäle
Skaltizer Straße 126
sind noch für einige Sonnabende und Sonntage zu vergeben. 19396*

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“
Berlin C. H. Bahnh., Adlerstr. 174.
W. G. Schmidt, Reichsstr. 14.
O. R. Gabelsch, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Köpenick, Straße 82. R. Wengel, Gr. Frankfurter Str. 120.
NO. 2. Zucht, Immanuelstr. 12. J. Reul, Bernauerstr. 42.
N. B. Baumann, Rheinsberger Str. 67. G. Fischer, Scharnhaferstr. 6. Karl Mars, Gieselerstr. 22. J. Günzig, Müllerstr. 4a. G. Vogel, Vorplatz. 37. H. Kieg, Zwoilkenstr. 124.
NW. Salomon Joseph, Salzwedelerstr. 8.
SW. P. Werner, Wollanauer 72. Tauch, Hageberger Str. 27.
S. St. Preis, Pringensstr. 31. G. Lehmann, Rottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lauffer Platz 14/15. P. Horst, Engelstr. 15. Adlershof, Karl Schwarzsche, Bismarckstr. 50.
Baumschulenweg. G. Dornig, Marienhalerstr. 13, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Rühlstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Eichenheimer Str. 1. Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 13.
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Max Goussier, Parkstr. 6.
Karlshorst. Richard Küter, Adelsstr. 9. II.
Köpenick. Emil Wisler, Rieperstr. 6. Laden.
Lichtenberg. Otto Seidel, Wartenbergstr. 1.
Nieder-Schöneweide. Wilh. Unruh, Bräuerstr. 10.
Nowawes. Wilhelm Japde, Lutherstr. 2.
Ober-Schöneweide. Alfred Haber, Wilhelmshofstr. 14. Laden.
Pankow. Otto Rißmann, Mühlentstr. 30.
Reinickendorf. P. Gurich, Brodowitzer Str. 66. Laden.
Neukölln. W. Heinrich, Redarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 60. G. Rohr, Siegfriedstr. 28/29.
Rummelsburg. H. Rosentrans, Alt-Borsigweg 66.
Schöneberg. Wilhelm Dämmert, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
Spandau. Köpenick, Breitestr. 64.
Steglitz. G. Bernsee, Wilmstr. 5.
Tempelhof. Joh. Krohn, Dorffstr. 62.
Treptow. Robert Gramenz, Sieboldstr. 412. Laden.
Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. Schillerstr. Berliner Allee 253.
Wilmerdorf. Paul Schubert, Wilhelmstraße 27.

Die Persönlichkeit des Frauenmörders festgestellt.

Der Mörder der Räherin Schäfer, der sich dieser unter Heiratsversprechungen genähert hatte, ist nach den neueren Feststellungen der am 4. Oktober 1881 zu Berlin geborene Schneider Max Kirchstein aus der Bernauer Straße 47c. Ueber seine Verfolgung und die Feststellung seiner Persönlichkeit erfahren wir folgende Einzelheiten:

Beim Durchsuchen der Wohnung der Ermordeten fand die Kriminalpolizei in einem Buche zwei Briefe, die Karl S. unterzeichnet waren und von niemand anders herrühren konnten als von dem Mann, der die Beziehungen mit der Räherin angeknüpft und sie ermordet hat. Er redet seine Geliebte darin mit „Liebes Schätzchen“ an und schreibt in dem ersten Brief, daß sie ihm nicht böse sein solle, weil er ihr das Geld genommen habe. Er würde sie heiraten und dann sei alles wieder gut. In dem zweiten Schreiben läßt er sie zu einem Spaziergange nach Tegel ein. Die Räherin hat dem Manne postlagernd unter der Chiffre „Karl“ nach dem Postamt 28 geantwortet. Diese Briefe wurden beschlagnahmt, um damit weitere Ermittlungen anzustellen. Während man mit diesen beschäftigt war, erschien ein Zeuge, der ausfragte, daß er einen Mann kenne, der im Besitze des Hammers mit dem eingeschnittenen M im Stiel gewesen sei. Es sei dies ein Schneider Kirchstein, der zuletzt in der Bernauer Straße gewohnt habe. Daraufhin wurden sofort die Akten im Polizeipräsidium eingesehen und hierbei stellte sich heraus, daß Kirchstein ein schon wiederholt vorbestrafter Mensch ist, der zuletzt 3 Jahre Zuchthaus verbüßt hat. Es wurde nun die Handschrift des Kirchstein in den Akten und die der beschlagnahmten Briefe verglichen. Schon diese Schriftvergleichung ergab, daß Kirchstein ohne Zweifel der Täter war, denn die Schriftzüge paßten ganz genau überein. Inzwischen wurden auch in der Wohnung Kirchsteins, der von seiner Frau getrennt lebt und ein arbeitsloser und lüderlicher Mensch ist, Ermittlungen angestellt und eine Durchsuchung vorgenommen. Die Nachforschungen ergaben, daß Kirchstein, in der Nacht vom Montag zum Dienstag um 3 Uhr zurückgekehrt, sich dort einen neuen Anzug angezogen hatte und dann sofort auf und davongegangen war. Dienstagabend war er dann noch einmal dorthin zurückgekehrt, hatte sich aber nur wenige Minuten aufgehalten und sich gleich wieder entfernt. Seitdem hatte er sich nicht mehr sehen lassen. In seiner Behausung, wo er sich die Hände von Blut gereinigt hat, die jedoch jetzt noch deutlich Aramwunden aufweisen dürften, wurde auch eine Hofe gefunden, die von einem anderen Manne schon vorher beschrieben wurde. Auf der Straßenbahnstrecke von Heiligensee nach Tegel hat sich Kirchstein oft in den frühen Morgenstunden aufgehalten. Er war dort als pervertierter Mann bekannt und hat wegen seines schändlichen Treibens auch schon wiederholt von Arbeitern, die ihn dabei betrafen, eine gehörige Tracht Prügel erhalten. Kirchstein, der dabei die in seiner Wohnung gefundene Hofe trug, machte sich in ganz schamloser Weise an Fabrikmädchen heran, die sich auf dem Wege nach ihren Arbeitsstätten in Berlin befanden. Auf ihn war deshalb auch schon von anderer Seite aufmerksam gemacht und der Verdacht geäußert worden, daß er der Mörder der Frau sein könne, was sich jetzt denn auch bestätigt hat.

Kirchstein hatte der Räherin vorgeschwindelt, daß er ein Zigarrengeschäft in der Königsstraße einrichten wolle und die Ladeneinrichtung bereits bestellt habe. Ehe das Fräulein ihm jedoch das Geld dazu hergab, erkundigte sie sich in der Möbelhandlung und erfuhr nun, daß die Angaben ihres Geliebten auf Schwindel beruhten. Jetzt wußte er die heiratslustige Räherin dahin zu bereben, daß er sie veranlaßte, mit ihm nach dem Amtsgericht zu gehen, um dort eine gerichtliche Bescheinigung zu erhalten, daß er das Geld von ihr erhalten habe. Ehe sie aber dort noch einen Richter gesprochen hatte, hatte der Schwindler sie zu betrogen gewußt, ihm das Geld anzubetrüben. Er entfernte sich dann unter Zurücklassung seines Hutens, um die Toilette aufzusuchen. Von diesem Gange kehrte er jedoch nicht wieder zurück, sondern ließ seinen Hut im Stuhl. Die Betrogene war jetzt wutentbrannt und wollte Anzeige erstatten. Er wußte sie jedoch mit dem vorhandenen Brief zu beschwichtigen. Ohne Zweifel hat der Mörder bei der Durchsichtung der Briefe nach diesen Briefen sowie nach Geld gesucht. Während er die ihn belastenden Briefe nicht fand, weil sie in einem Buche versteckt waren, muß ihm jedoch noch Geld in die Hände gefallen sein. Man schließt dies daraus, daß ein kleiner Junge, der in der Nacht erwauchte, als Kirchstein seine Behausung aufsuchte, gesehen hat, wie dieser eine blaue Fahne mit einer Tante drauf, also wahrscheinlich einen Hundertmarkschein bei sich hatte.

Partei-Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Wegen Verlegung des Bureaus bleibt die Bibliothek des Wahlvereins bis 1. Oktober geschlossen. Die entliehenen Bücher sind bis zum 12. September in das Bureau, Stralauer Platz 1/2, zurückzuliefern.

Stralau. Heute, Donnerstag, den 4. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Steinicke, Alt Stralau 5, Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Wichtige Tagesordnung.

Berliner Nachrichten.

Aus der Gesundheitsstatistik. Im Monat August nächstigen im Männerzahl 15 231 Personen, wovon 7987 badeten, im Frauenzahl 2498 Personen, wovon 770 badeten. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer und für Frauen: Wiesenstr. 55-56.

Die Stadt Berlin im Joche der Scharfmacher.

Der Verband der Berliner Metallindustriellen unterhält in der Wustertorstraße sein schwarzes Kabinett. Wer in den Fabriken der Metallindustriellen Arbeit haben will, muß erst einen Schein von dem genannten Verbände haben. Im Arbeitsnachweisbureau dieses Verbandes wird derjenige Arbeiter, der den Unternehmern nicht genehm ist, verweist, von der Arbeitsvermittlung ausgeschlossen. So kommt es, daß dieses Bureau bei den Arbeitern in Verruf steht und nur die bitterste Not treibt die Arbeiter in die Räume des Bureaus der Metallindustriellen.

Gestern wurde uns zu unserm Erstaunen ein Schein vorgelegt, aus dem hervorgeht, daß auch die Direktion der Städtischen Straßenbahn ihre Arbeitskräfte durch das Bureau der Berliner Metallindustriellen bezieht. Das hat gerade noch gefehlt, daß die Stadt Berlin sich unter die Vormachtigkeit der Scharfmacher stellt, die Stadt Berlin, die erhebliche Mittel aufwendet zur Erhaltung

des Arbeitsnachweises in der Gormannstraße. Ein solches Verhalten ist aber auch nur noch bei der Direktion der Städtischen Straßenbahn möglich, deren Leitung sich bisher als geradezu arbeiterfeindlich erwiesen hat. Hoffentlich wird diese Angelegenheit im Rathause in das rechte Licht gerückt.

Die verschwundene Wirtschafterin.

Das rätselhafte Verschwinden der Wirtschafterin Galle, die wahrscheinlich ebenso wie die Räherin Schäfer ein Opfer ihrer Heiratslust geworden und von ihrem Liebhaber ermordet worden ist, veranlaßt die Kriminalpolizei, die sich noch unausgesetzt mit der Angelegenheit beschäftigt, zu einem amtlichen Ausschreiben. Es lautet:

Berlin, den 3. September 1913.

Seit dem 29. Juli d. J. verschwunden und wahrscheinlich ermordet ist die Stütze Gertrud Galle, am 30. 9. 77 zu Krossen a. D. geboren, die am Morgen des 29. Juli d. J. das Erholungsheim vom Roten Kreuz in Schönholz bei Berlin verlassen hat und seitdem weder dorthin noch an ihre Verwandten ein Lebenszeichen hat gelangen lassen.

Die Galle ist von einwandfreien Zeugen zuletzt am 29. Juli dieses Jahres, nachmittags gegen 3 Uhr, zu Reinickendorf in Begleitung des inzwischen wegen verschiedener Straftaten festgenommenen, jetzt in Untersuchungshaft befindlichen Formers Hermann Henk, am 26. April 1867 zu Lenschow geboren, gesehen worden. Dieser hat das Sparlassenbuch der Galle über circa 1600 M. zusammen mit ihrer Invalidenquittungsliste am 30. Juli dieses Jahres von Berlin aus an die Sparkasse in Krossen a. D. eingeliefert mit einem von ihm mit Gertrud Galle unterzeichneten Anschreiben, in dem er um Ueberfindung des Guthabens bittet. Henk, der die Galle zunächst gar nicht gekannt haben wollte, macht über den Erwerb des Sparlassenbuches ganz unglaubwürdige Angaben, so daß nach Lage der Sache damit gerechnet werden muß, daß er die Galle ermordet hat, um sich in den Besitz des Sparlassenbuches zu bringen.

Bei der Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. O. ist unter diesen Umständen gegen Henk ein Vermittlungsverfahren wegen Verdachts des Mordes an der Galle eröffnet worden.

Von besonderer Wichtigkeit für den weiteren Verlauf der Ermittlungen ist es nun, festzustellen, wo die Galle seit dem 29. Juli dieses Jahres, nachmittags 3 Uhr, sich aufgehalten hat und ob sie event. in Begleitung des Henk gesehen worden ist. Mit Rücksicht darauf, daß Henk andere Frauen, mit denen er in Verkehr gestanden hat, stets in die Umgegend von Fürstentwalde — seine angebliche Arbeitsstelle — und zwar meist in den späten Abendstunden mit ihm zu fahren veranlaßt hat, erscheint es ziemlich sicher, daß auf seine Verpflegung hin auch die Galle sich hat bereisfinden lassen, dorthin ihm zu folgen.

Für sachdienliche Mitteilungen, welche auf die Spur der Galle bezw. zur Auffindung ihrer Leiche führen, wird seitens der Kriminalpolizei Berlin eine der Wichtigkeit der einzelnen Nachricht entsprechende Belohnung ausgesetzt. Bezügliche Mitteilungen werden zu 2707. IV. 19. 13 an Kriminalkommissar Ruhn erbeten.

Die Galle ist 1,65 Meter groß, hat volles, schwarzes Haar längliches, zuletzt stark gebräuntes Gesicht, dunkle Augen, einige künstliche Zähne, trägt blaues Kostüm, gelben, runden Strohhut in Glockenform mit schwarzem Bande, schwarze Schürstiefel mit Lackspitzen, mit G. G. gezeichnete Wäsche und führte einen schwarzen Schirm und eine schwarze Handtasche mit sich.

Henk ist 1,76 Meter groß, schlank, hat graumeliertes Haar, rot-blonden Schurrebart, blaugraue Augen, mittelgroße, eingedrückte Nase, etwas stehenden Mund, absteigende Ohren, vollständige Zähne trägt danken Anzug und braune Automilg.

Ueber die bisherigen Ermittlungen der Kriminalpolizei und den Fortgang der Untersuchung gegen den wegen Mordverdachts in Haft sitzenden Heiratschwindler Henk erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Bei ihren Nachforschungen nach dem Verbleib und dem Aufenthalt der Galle nach dem Verlassen der Heilstätte, zeigten die Beamten ihr Bild sowie das des Henk auch in den Straßenbahnhöfen umher. Hierbei stießen sie auf einen Schaffner, der in dem Wände des Henk einen Mann mit aller Bestimmtheit wiedererkannte, den er am Nachmittag des 29. Juli in einer Schankwirtschaft in Reinickendorf gesehen hatte. Er erinnert sich deshalb so genau, weil der Mann, der in einem Hinterzimmer saß, verschiedentlich nach vorn kam und sich darüber beschwerte, daß es so lange dauere, bis er seinen bestellten Kaffee erhalten. Um ganz sicher zu gehen, wurde das Bild Gents auch der Schankwirtin gezeigt. Sowohl diese wie ihre Tochter erkannten in dem Bild einen Gast wieder, der mit einer Dame in dem Hinterzimmer ihres Lokals Kaffee getrunken habe. Als man ihnen nun auch die Photographie der Galle zeigte, erkannte sie auch in dieser die Begleiterin des Gastes. Allen Anschein nach hat das Paar von dort aus den Ausflug unternommen, bei dem die Galle ermordet ist, denn Fräulein Galle ließ sich Butterbrote geben mit dem Hinweis, daß sie nach außerhalb fahren wollten. Als diese wichtige Feststellung Henk entgegengehalten wurde, blieb er zuerst immer noch bei der Behauptung, die Galle weder gesehen noch gesprochen zu haben, bis er doch schließlich einsah, daß er dies nicht mehr leugnen konnte. Er gab jetzt zu, mit der Galle sich bei einer Heiratsvermittlerin getroffen zu haben, jedoch habe er diese nicht heiraten wollen, sondern sein Freund Darge. Er habe nur den Vermittler spielen und die Galle mit diesem belannt machen wollen. Darge habe ihm gesagt, daß er tief im Dalles stehe und unbedingt heiraten müsse. Er sei denn auch mit der Galle nach Fürstentwalde an der Spree gefahren, wo sie mit Darge zusammengetroffen seien. Ohne sich dort aber länger aufzuhalten, seien sie dann nach Frankfurt a. D. weitergefahren. Unterwegs habe Darge ihm zu verstehen gegeben, daß er nicht ans Heiraten denke, ihm es nur um das Sparlassenbuch zu tun gewesen sei. Während nun Darge mit der Galle in seine Wohnung gegangen ist, habe er unten gewartet. Nach einer Weile sei sein Freund gekommen und habe ihm das Sparlassenbuch gegeben. Weil er jedoch damit nichts anfangen könne, habe er ihn um eine Legitimation gebeten. Daraufhin habe ihm Darge dann auch noch die Invalidenquittung gebracht. Für das Buch habe er dann Darge einen Geldbetrag gegeben, den dieser angeblich benötigte, um mit der Galle nach Zopott zu fahren. Dieser Betrag sei allerdings, wie er jetzt ausfragt, nicht so hoch gewesen, wie er zuerst angegeben habe. Er meint nun, daß es gar nicht ausgeschlossen sei, weil doch Fräulein Galle verschwunden ist, Darge sie unterwegs beiseite geschafft hat. Danach befragt, wo denn die Wohnung Darges in Frankfurt a. D. liege, läßt er die Antwort schuldig. Er gibt an, Darge früher im Gefängnis kennen gelernt zu haben. Alle Nachforschungen nach einem Namen dieses Namens oder mit dem von ihm beschriebenen Aussehen, haben sich jedoch als ergebnislos herausgestellt, sodaß unbedingt damit gerechnet werden muß, daß diese Person gar nicht existiert und nur in der Phantasie Henks, der eine schwere Bluttat von sich abwälgen will, vorhanden ist.

Nach dem Verschwinden der Galle war Henk auch noch mit einer anderen Heiratslustigen zusammengetroffen. Diese Zeugin ist der Ansicht, daß Henk, als er in dem Walde in der Nähe eines Sees hinter Fürstentwalde den Revolver gezogen und sie nach ihrer Barschaft gefragt habe, auch sie habe umbringen wollen und nur davon abgesehen hat, weil sie außer dem Fahrgehalt nach Berlin kein Geld bei sich hatte. Sie spricht auch die Vermutung aus, daß hier Fräulein Galle von ihm ermordet worden ist. Alle Nachforschungen nach deren Leiche sind jedoch bisher resultatlos verlaufen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß er sie in den See versenkt hat und sie vielleicht erst später zum Vorschein kommt.

Krieg im Frieden.

In Aufregung wurden gestern nachmittag die Angestellten der Firma A. Drudenmüller in Tempelhof, Gottlieb-Dunkestr. 50-52, verlegt. Ein Fenster des Bureaus wurde plötzlich von einem Geschloß durchschlagen und fiel dann, ohne weiteren Schaden angerichtet zu haben, nieder. Es war, wie sich bei der Untersuchung ergab, eine Kugel, die aus einem Infanteriegewehr, Modell 98, herrührt. Höchstwahrscheinlich kam das Geschloß von den Schießständen in der Paikheide her.

Und dabei leben wir noch im größten Frieden!

Eisenbahnfreuden.

Ueber zu kurzen Aufenthalt eines Stadtbahnzuges geht uns folgende Mitteilung zu. Ich war am Sonntag, den 31. August, im Begriff mit meiner Frau und drei Kindern bestehende Familie einen Ausflug nach Westend zu machen. Zu diesem Zwecke wollte ich den vom Bahnhof Wedding gegen 1 1/4 Uhr nachmittags abgehenden Zug benutzen. Ich war rechtzeitig am Bahnhof und wartete die Ankunft des Zuges ab. Als ich nun im Begriff war mit meiner Familie einzusteigen und auch schon meine beiden ältesten Kinder im Abteil Platz genommen, wollte ich mit einem vierjährigen Kinde auf dem Arm ebenfalls einsteigen. Ich wurde aber von einem Beamten durch einen Jurist daran verhindert und mußte von dem sich inzwischen in Bewegung setzenden Zuge wieder abspringen. Der Zug fuhr noch mit einigen offenen Coupés ab. Infolge des kurzen Aufenthaltes war es mir und meiner Frau nicht mehr möglich, gemeinsam mit den beiden anderen bereits im Zuge befindlichen Kindern die Fahrt zu betheiligen. Auf meine mündliche Beschwerde beim Stationsvorsteher wies mich dieser an den Zugführer, da dieser das Signal zur Abfahrt gegeben habe. Verschiedene Personen mußten dann auf den nächsten Zug warten. Der Zug hat nach meiner Ueberzeugung höchstens ein paar Sekunden gehalten. Auf telephonischen Anrufen nach Westend wurden die Kinder davon verständigt und konnten dann beim Eintreffen ihrer Eltern diesen zugeführt werden.

Durch einen Sturz aus dem Fenster

nahm sich Dienstagmittag die 21 Jahre alte Ehefrau des Arbeiters Kändler aus der Ransstr. 72 das Leben. Die junge Frau hatte vor acht Tagen einem Kinde das Leben geschenkt. Nach der Geburt scheint sie gemütskrank geworden zu sein und auch in einem Anfälle ihres Leidens den verhängnisvollen Schritt getan zu haben. Sie stürzte sich aus ihrer im vierten Stock belegenen Wohnung auf den Hof hinab, wo sie mit zerstückelten Gliedern tot liegen blieb. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Selbstmord eines Fabrikanten.

Der 38 Jahre alte Fabrikant Franz Fuchs, Mitinhaber der Kartonfabrik und des Postkartenverlages von Fuchs u. Korn am Wichmannsplatz 2, wurde gestern früh in einem mit Gas angefüllten Räume neben dem Bureau selbstmordlich aufgefunden. Er hatte die Gasabnahme geöffnet und so den Tod gesucht. Da er nach längeren Wiederbelebungsbemühungen noch schwache Lebenszeichen von sich gab, wurde er nach dem Krankenhaus in Verbanen gebracht, wo er aber noch im Laufe des Tages infolge der Vergiftung verstarb.

Ein weiterer Fortschritt auf dem Gebiete des Arbeitergefängnisses ist in Berlin zu verzeichnen. Die Vereine „Berliner Männerchor“, „Vibris“ und „Senefelder“ haben sich zu einem Chor verschmolzen, der unter dem Namen „Berliner Sängerkor“, circa 200 Mann stark, seine Uebungsstunden jeden Freitag abend im Gewerkschaftshause abhält. Die gefangliche Leitung ist Herrn Franz Vothe übertragen.

Großfeuer in der Schibelbeiner Straße. In der zweiten Morgenstunde kam gestern in der Schibelbeiner Str. 28 im Norden Berlins ein gewaltiger Dachstuhlbrand zum Ausbruch. Das Feuer muß schon längere Zeit unbemerkt geschwelt haben, denn als man es wahrnahm, fanden schon fast alle Vordächer des Vorderhauses und Seitenschlägel in Flammen. Bei Ankunft der Feuerwehr mit dem 19. Zuge war dann der Brand auch schon auf die beiden Dachstühle übergesprungen. Da Gefahr für die Nachbargebäude bestand, so wurde schleunigst noch ein zweiter Löschiug zu Hilfe geholt. Es wurde mit insgesamt sechs Rohren Wasser gegeben. Von den beiden Dachstühlen konnte aber trotzdem nur wenig gerettet werden. Mit den Aufräumungsarbeiten hatte die Wehr mehrere Stunden lang zu tun. Zahlreiche Meter sind durch das Feuer in Mitleidenschaft gezogen worden, da sie ihre Hahnelöhren, die in den Bodenkammern lagerten, verloren haben. Ueber die Ursache des Feuers konnte nichts festgestellt werden. — Außerdem hatte die Feuerwehr in der letzten Nacht auf dem Güterbahnhof Frankfurt Allee zu tun, wo ein größerer Posten Preßlohlen auf einem Lagerplatz brannte. Die Ablösung erfolgte mit einer Schlauchleitung.

Nadrennen in Treptow. Dienstag, 2. September. Zur Belebung der Fliegerrennen will die Direktion jetzt wöchentlich ein Abendrennen veranstalten, das als Hauptnummer den Titel „Meisterschaft der Nacht“ führen soll. Der Sieger erhält eine goldene Medaille im Werte von 200 M. und eine tägliche Rente von 20 M., die am nächsten Renntag auf den neuen Sieger übergeht. Am Schluß der Saison wird die Medaille unter den bisherigen Siegern ausgefahren. Die heutigen Rennen waren trotz des schönen Wetters nur mäßig besucht. Einige andere Fliegerrennen verbollständigten das Programm. Leider starteten nicht alle auf der Liste stehenden Fahrer, so daß das Hauptrennen einseitig verlief. — Ergebnisse:

Meisterschaft der Nacht. Dem Sieger die goldene Medaille im Werte von 200 M. und eine tägliche Rente von 20 M. 1. E. Stabe, 2. Moretti, 3. Garbellin, 4. Malafre, 5. Klasse B. 100, 80, 60, 40 M. 1. Patke, 2. Rudel, 3. Fodmer, 4. Grohmann. Klasse C. 20, 15, 10, 5 M. 1. Lehmann, 2. Krupat, 3. Freiwald, 4. Mehra. Prämienfahren über 20 Stunden. 30, 20, 10 M., jede Runde 2 M. 1. Rudel, 2. Fodmer, 3. A. Müller, 4. Mehra. Prämien: Krupat 5, Grohmann 4, Fodmer 3, Theis 2, Rudel, Purka, Rabe und Schmitzen je 1.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln. Was wird beabsichtigt? Bekanntlich ist in der Ferienzeit der kommunalfortschrittliche Stadtverordnete Mebe gestorben, so daß eine Neuwahl im 2. Bezirk der zweiten Wählerklasse stattfinden muß. Bisher hat es der Magistrat immer nicht sehr eilig gehabt mit der Ansetzung des Wahltermins,

Um so mehr war man überrascht, als plötzlich bekannt wurde, daß die Ersatzwahl schon am 12. September stattfinden soll. Da vom 15. bis 30. September bereits die neuen Listen ausliegen und die alten Wählerlisten schon sehr unvollständig sind, so hätte erst recht kein Mensch geglaubt, daß die Wahl noch auf Grund der alten Liste stattfinden sollte. Doch der Magistrat hatte es anders beschloffen. Als bekannt wurde, was beabsichtigt war, hatte sich der sozialdemokratische Wahlverein an den Magistrat gewendet mit dem Ersuchen, die Wahl erst im Oktober stattfinden zu lassen, wenn die neue Wählerliste Rechtskraft erlangt habe, um so mehr, als bei einer Wahl nach der alten Wählerliste der Wille der Wähler nicht unverfälscht zum Ausdruck kommt.

Darauf hat der Magistrat an die Organisation ein Schreiben gerichtet, in dem unter anderem ausgeführt wird:

„Im übrigen ist als wesentlicher Grund für die schleunige Aenderung des Wahltermins in Betracht gekommen, daß die jetzt geltende Liste hinsichtlich ihrer Richtigkeit nicht anzusehen ist. Bei den scharf umfrittenen Wahlen der II. Wählerabteilung ist anzunehmen, daß wegen der noch nicht ausgetragenen Frage über die Wahlberechtigung öffentlicher Körperschaften entweder von der einen oder von der anderen Seite Einsprüche gegen die neue Wählerliste erhoben werden. Nach der ergangenen Rechtsprechung des O. V. G. halten wir es aber nicht für angebracht, Wahlen auf Grund einer Wählerliste vorzunehmen, deren Gültigkeit zweifelhaft ist.“

An diesen Schreiben des Magistrats ist zunächst richtig, daß die jetzt bestehende Wählerliste nicht angefochten ist, doch damit ist noch nicht gesagt, daß sie auch wirklich richtig ist. Ja, der Magistrat weiß sogar genau, daß in der Wählerliste mehrere der ersten Abteilung zugewiesene Wähler enthalten sind, welche auf Grund einer Oberverwaltungsgerichts-Entscheidung, die in einem Lichtenberger Wahlrechtsprozeß erlassen wurde, zu Unrecht in der Liste stehen.

Da unser Magistrat Wahlrechtsprozesse sehr aufmerksam verfolgt, wenn er sich auch nur schwer einschließen kann, die Entscheidungen zu befolgen, — so muß er wissen, daß die jetzt bestehende Wählerliste nicht den Anforderungen des Gesetzgebers genügt.

Der Magistrat will nun aber die Wahl nach dieser Liste vornehmen, da er selber im Zweifel zu sein scheint, ob die neue Liste, die er aufstellt, nicht angefochten wird, und zwar handelt es sich wieder um die Frage, ob die Stadtgemeinde gegen sich selbst als Wähler auftreten kann.

Hätte der Magistrat die Absicht, die Stadtgemeinde nicht in die Wählerliste aufzunehmen, so könnte gar kein Zweifel über die Rechtsgültigkeit der Liste bestehen, da ja nirgends im Gesetz oder von den Verwaltungsinstanzen ausgesprochen ist, daß die Stadt Wahlrecht besitzt. Wer von den Bürgerlichen damit nicht einverstanden ist, könnte ja gegen die Richtigkeit klagen.

Aber der Magistrat scheint die Absicht zu haben, seinen Versuch vom vorigen Jahre wieder neu aufzunehmen und die Stadtgemeinde als Wähler einzutragen. Dadurch würde allerdings der Liste die Rechtskraft fehlen, da ja eine Oberverwaltungsgerichts-Entscheidung in einer Spandauer Sache vorliegt, wonach die Stadt nicht an sich selbst Steuern zahlen kann. Hat der Magistrat die Absicht, dann bengt er das bestehende Recht, und er kann sich darauf verlassen, daß die Sozialdemokratie alles versuchen wird, auch diesen neuen Wahlrechtsbetrug illusorisch zu machen. Besteht jedoch die Absicht, in diesem Jahre so vorzugehen, so ist auch das Schicksal der Wählerliste von 1914 schon entschieden, da es ja gar nicht möglich ist, bis zum Sommer 1914 eine Oberverwaltungsgerichts-Entscheidung herauszubekommen. Der Magistrat wird dann jedenfalls wieder den Standpunkt einnehmen, den er bei den früheren Wahlrechtsverhandlungen vertreten hat, nämlich, so lange eine Sache nicht prinzipiell entschieden ist, er an seiner Auffassung festhält. So würden die Wahlen im nächsten Jahre wieder auf Grund einer unzulässigen Liste vor sich gehen.

Deshalb hat die Wählerliste alle Veranlassung, bei der bevorstehenden Ersatzwahl nur solche Kandidaten zu wählen, die genügende Gewähr bieten, daß das an sich schon miserable Wahlrecht nicht noch mehr verschlechtert wird.

Aber auch bei der vom 15.—30. September stattfindenden Auslegung der Wählerlisten sollte sich jeder Wähler davon überzeugen, daß er überhaupt in die Wählerliste eingetragen ist und auch an der richtigen Stelle steht.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins nahm am Dienstag den Bericht der Stadtverordnetenfraktion entgegen. Der Referent Genosse Dr. Silberstein entwarf in großen Zügen ein Bild der Tätigkeit unserer Genossen, die jetzt in einer Zahl von 31 im Stadtparlament vertreten sind. Abgesehen des jüngst verstorbenen Kommunalratsvorsitzlichen Klebe beträgt die Gesamtzahl der Stadtverordneten 71. Hoffentlich gelingt es bei den kommenden Wahlen die Mehrheit zu erreichen, denn dann erst werde es möglich sein, mehr als bisher unseren Grundfragen gemäß positive Arbeit zu leisten. Betont zu werden verdient es, daß unsere Genossen jetzt in den Kommissionen, in denen die Hauptarbeit liegt, eine der Kraftvollsten und entsprechend Vertretung gefunden haben. Ausgeschlossen seien unsere Vertreter immer noch von der Schuldeputation. Im Laufe der Verichtszeit habe man der sozialdemokratischen Fraktion auch den zweiten Vorsitzenden konzedieren müssen, so daß dieselbe nunmehr auch Einfluß auf die Geschäftsführung erlangt habe. Bemerkenswert sei die beschlossene Anstellung von Schulärzten, der Erweiterungsbau des Krankenhauses, durch den die Bettenzahl von 430 auf 650 erhöht worden sei. Für die Schülerleistungen habe man leider wieder nichts erreichen können, obwohl gerade in Neudamm ein dringendes Bedürfnis auf diesem Gebiete vorliege. Die bürgerliche Mehrheit verhalte sich hinter der finanziellen Notlage der Gemeinde, in Wirklichkeit ermangele ihr das nötige Verständnis, denn die Ausführung der Schulplanung könnte auf den Etat der Stadt nicht eine so große Rolle spielen. Auf diesem Gebiete werde auch erst etwas erreicht werden können, wenn es gelungem sei, ein einheitliches Groß-Berlin herbeizuführen. Der Juedenverband könne da nichts helfen. In der Einverleibungsfrage nach Berlin sei allerdings die bürgerliche Mehrheit mit dem Oberbürgermeister entgegengefeilter Meinung. Auch die Badeanstalt gehe ihrer Vollendung entgegen; zeitweise habe es so ausgesehen, als ob dieselbe wieder abgebrochen werden sollte. In der Frage der Arbeitslosenunterstützung habe einzig und allein die sozialdemokratische Fraktion die Initiative ergriffen; die Sache sei bisher jahrelang in einer Kommission verschleppt worden. Jetzt sei es endlich zu einem Antrag an Groß-Berlin gekommen. Was nunmehr herauskommen werde, müsse die Zukunft lehren. Darauf zu dringen sei, daß die größte Not gelindert werde und außerdem mühten Notstandsarbeiten in umfassendem Maße in Angriff genommen werden. Nicht vergessen werden dürfe, daß auch Maßnahmen gegen den Rohungsmittelwucher unternommen werden müssen. Die Fraktion habe daher feinerzeit bereits beantragt, den Fleischverkauf in eigene Regie zu nehmen. Letzteres geschah zuerst nicht, erst als die Mißstände immer größer wurden, betraute man die Konsumgenossenschaft mit dem Verkauf des Fleisches. Auch der Seefischverkauf müsse in der künftigen Jahreszeit wieder aufgenommen werden. Für die städtischen Arbeiter seien 50 000 M. mehr in den Etat eingelegt worden. Zu erwähnen sei noch, daß auch die Fraktion für die Verkehrsverbände ihr Möglichstes getan habe, dazu gehöre die Festlegung des Neypfennig-Tarifs für die Nord-Südbahn, die Einführung der Automobilliste, die einen schnelleren Verkehr bringen und die Verlängerung der Straßenbahn bis zum Krankenhaus. Auf Antrag der Fraktion seien des weiteren die Zinsen mit einem Einkommen von 900 Mark von der Steuer befreit worden. Die Fraktion werde auch in Zukunft bemüht sein, soweit es in ihren Kräften stehe, das Kommunalleben vorwärts zu drängen.

In der Diskussion wurden zahlreiche Wünsche zum Vortrag gebracht. Insbesondere wurde gefordert, daß die proletarische Jugend von der Stadtverwaltung mit demselben Maße gemessen werde, wie die bürgerlichen Vereine. Während letzteren alle Plätze für ihre Veranstaltungen zur Verfügung gestellt würden, sei auch in jeder Weise entgegenkommen zu finden, speziell man die Arbeiterjugend ab. Das sei erklärlich, wenn man bedenke, daß der zweite Bürgermeister der bürgerlichen Jugendbewegung sein besonderes Interesse wende. Bei der Beschaffung des neuen Spielplatzes und der Bereitstellung der Abtei müsse darauf gedrungen werden, volle Gleichberechtigung aller Jugendvereine zu erlangen. Auch könnten die Kisten der Jugend zur Verfügung gestellt werden. Weiter solle die Fraktion beantragen, die Jugendheim zu subventionieren. Eine eingegangene Resolution fordert, daß die Stadt bei Vergabung ihrer Arbeiten die Unternehmer verpflichten solle, die bestehenden Tarife einzubehalten und auch die Einmücherei-Kontrollen bei den Arbeiten gebührend zu berücksichtigen. Es wurde betont, daß es in Bezug auf familiäre Maßnahmen und Entlohnung der Arbeiter gerade auf städtischen Bauten sehr trübe aussähe. Bei dem Bau der Pausenwerkstatt befänden so niedrige Löhne, daß kein hiesiger Arbeiter dafür arbeiten könne, man hole daher Polen usw. Scharf kritisiert wurden die vom Magistrat bereitgestellten Ferienspielplätze, die auch nicht den bestehenden Anforderungen genügt hätten. Wenn das Geld hierfür so knapp sei, so hätte man die Summe, die für die Anschaffung des Rathauses verwendet worden sei, zur Herrichtung der Plätze für die 26 000 Kinder nehmen sollen. In seinem Schlusswort ging Genosse Silberstein auf die einzelnen Wünsche ein. Zum Anlauf der Abtei habe die Fraktion ihre Zustimmung gegeben unter der Bedingung, daß unsere Schuljugend gleichfalls Anteil daran haben solle; auf einen Zwischenruf: „Auch der älteren Jugend?“ erwidert der Redner: „Ja, wohl, auch der älteren Jugend“. Wenn die Abtei, wie verlautet, zu einer Flottenstation für die bürgerlichen Vereine hergestellt werden solle, so werde die Fraktion dem entgegenzutreten. Des weiteren werde die Fraktion für die Gleichberechtigung auch bei dem Platz an der Grenzallee eintreten. In der Theaterfrage sei zu bedenken, ob die dafür erforderlichen 88 000 M. ausgegeben werden sollen oder ob diese Summe nicht besser für die Arbeitslosen zu verwenden sei. Die Versammlung stimmte hierauf der Resolution betreffend die Vergabung von Arbeiten zu. Als Kandidat für die zweite Abteilung im zweiten Bezirk wurde der Restaurateur Genosse Richard Felsch einstimmig aufgestellt. Außerdem wurden noch die Abrechnungen von der Landtagswahl und der Raiffeier entgegengenommen.

Charlottenburg.

Elternverein für freie Erziehung. Sonntag, den 7. d. Mts., findet ein großer Familienausflug nach dem Grunewald statt. Treffpunkt: Nachmittags 2 Uhr vor dem Kaiser-Friedrich-Denkmal (Luisenpark). Abmarsch pünktlich 2 1/2 Uhr. Für Rucksäcke zur Kaffeepause auf dem Spandauer Bod. Auch Richtigkeitsblätter und deren Kinder können daran teilnehmen. Gleichzeitigkeit wird noch auf die jeden Mittwoch nach der Jungfernhöhe stattfindenden Ausflüge hingewiesen. Treffpunkt: 2 1/2 Uhr vor dem Kaiser-Friedrich-Denkmal. Gäste willkommen.

Reinickendorf.

Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung auf Antrag unserer Genossen, zu dem am 18., 19. und 20. September in Leipzig stattfindenden Verbandstag der deutschen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte außer dem Vorstehenden Herrn Stadtrat a. D. Reichhelm noch je einen Arbeitgeber und Arbeitnehmer des hiesigen Gewerbe- und Kaufmannsgerichts und zwar die Herren Ladner, Wärfner, Thater und Heiler zu entsenden. Eine längere Debatte zeitigte der Antrag des Gemeindevorstandes, dem bisherigen Gemeindevorstande Busch die Gemeindevorte zu verleihe. Herr Busch ist zurzeit Direktor der Grundstücks-Gesellschaft Berlin-Nord, die in Reinickendorf größere Terrains erschlossen hat. Als Vertreter dieser Gesellschaft — und noiabene deren Interessen — ließ sich Herr Busch im vorigen Jahre in die Gemeindevertretung wählen. Er betätigte sich hier vornehmlich im Interesse der privaten Grundbesitzerinteressen. Am 1. Oktober scheidet er aber aus seiner Stellung aus. Die Voraussetzungen, auf Grund deren er zum Gemeindevorstande gewählt werden konnte, treffen also nicht mehr zu. Die Vertreter der Großgrundbesitzerinteressen hätten ihn sich aber gern erhalten. Beim Gemeindevorstand fanden sie bereitwilliges Entgegenkommen. Jedoch sofort nach Bekanntwerden der Absicht machte sich ein lebhafter Unwille in der Öffentlichkeit bemerkbar. Herr Busch hatte seine Absichten zu deutlich enthüllt.

Auch unsere Genossen in der Gemeindevertretung lehnten das Ansuchen des Gemeindevorstandes ab. Genosse Schönborn wies nach, daß der § 42 der Landgemeindeordnung hier nicht zutrafte, da das Gemeindevorte nur den von anderen Landgemeinden zuziehenden oder den Besitzern bisheriger selbständiger Gutsbezirke, nicht aber den aus einer Stadtgemeinde Zuziehenden verliehen werden könne. Er belegte das unter Hinweis auf den § 8 der Städteordnung. Aber auch aus moralischen Gründen mühten unsere Genossen die Verleihung der Gemeindevorte, die eine unbedingte Entlohnung für Herrn Busch bedeute, ablehnen. Herr Rechtsanwält Pinus erkannte die erhobenen juristischen Bedenken als berechtigt an. Auch er lege die Landgemeindeordnung zu aus. Wo bisher anders entschieden worden sei, habe zweifellos ein Verstoß stattgefunden. Er beantragte, eine Kommission einzusetzen, die diese Frage studieren und allgemeine gültige Regeln für die Verleihung des Gemeindevortes aufstellen solle. Schöffe Reinkens erklärte, daß und warum er den Direktor Busch veranlaßt habe, den Antrag zu stellen. Da er jetzt die Stimmung der Versammlung kenne, werde er ihn veranlassen, den Antrag zurückzuziehen. Er eruchte daher um Vertagung. Genosse Busch erwiderte eine glatte Ablehnung. Mit den Stimmen sämtlicher bürgerlicher Vertreter wurde Vertagung beschlossen. Einig war sich aber die große Mehrheit darin, den Antrag des Gemeindevorstandes abzulehnen, falls Herr Busch nicht verzichtet. Eine vom Gemeindevorstand vorgelegte neue Prüfungsordnung für Amtswärter und Sekretärstellen erfuhr sowohl von bürgerlicher, als auch von sozialdemokratischer Seite erhebliche Äußerungen. Während alle die bürgerlichen Herren einige Erleichterungen und, speziell für bereits vorhandene Militärveterane, Uebergangsbestimmungen wünschten, lebte Genosse Kühn im Austrage der sozialdemokratischen Gemeindevorstande die ganze Prüfungsordnung als nicht mehr zeitgemäß gänzlich ab. Schließlich wurde jedoch die Ordnung gegen die Stimmen unserer Genossen unverändert angenommen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf den Verkauf von Gemeinde-Grundstücken. Endlich hatten sich die ersten Käufer eingefunden. Die Sehnsucht unserer Bürgerlichen — sich der Gemeindevorte zu entledigen — sollte in Erfüllung gehen. Den Gemeindevorstandern war mit der Vorlage zugleich ein „Verkaufsvertrag nebst Laubeschreibung“ zur Kenntnisnahme“ zugegangen. Vorgelesen wird, daß in den Vorderhäusern seine Wohnung unter drei und in den Hinterhäusern solche nicht unter zwei Zimmern gebaut werden dürfen. Ueber die Bauausführung sind bis ins kleinste gehende Details vorgeschrieben. Die Absicht geht dahin, auf diesem Gemeindevorte ein besseres Wohnviertel zu errichten und dadurch besser situierte Steuerzahler anzulocken. — Also kommunale Wohnungspolitik für die Mittelmittel und Wohlhabenden. Nochmals machten unsere Genossen den Versuch, die Verkleinerung des Gemeindevortes zu verhindern. Letzmal protestierte Genosse Höpfner gegen diese „Verwertung“ des Gemeindevorte. Genosse Schönberg forderte den Bau von „Arbeiterwohnungen“ in eigener Regie der Gemeinde; er wies die Ausrede, daß die Terrains für eine kommunale Wohnungspolitik zu teuer seien, zurück. Da die Gemeinde den Käufern außer dem Grund und Boden sowohl die erste als auch die zweite Hypothek zur Verfügung stelle, könne sie getrost noch einen Schritt weiter gehen. Bei einem Scheitern der jetzigen Pläne falle das Odium schlechter Delonomie doch auf die Gemeinde. Die Gemeinde habe es in der Hand, sich ein soziales Verdienst zu erwerben. Obgleich der Direktor einer Grundstücks-Gesellschaft, Herr Thielcke, teilweise die Ausführungen unserer Genossen unterstügte,

eingringlich aber von einem Verkauf bei der jetzigen Situation auf dem Bauplatz warnte, vermochten die Bürgerlichen ihren Verkaufseifer nicht mehr zu dämpfen. Doch bald ließen sich bei der Verhandlung der einzelnen Objekte einige Bedenken nicht ganz unterdrücken, so daß von den vorliegenden drei Kaufofferten nur eine angenommen, eine zweite dagegen verworfen wurde und bei einer dritten eine Kommission prüfen soll, ob das Objekt (ein in der Substation erworbenes behaute Grundstück, das von der Gemeinde-Sparkasse zur ersten Stelle hypothekarisch beliehen war) nicht doch vorteilhafter im Besitz der Gemeinde verwertet werden kann. Dieser Kommission gehört auch unser Genosse Bahran.

Wiesdorf.

Zu dem Bericht über die Wiesdorfer Schulverhältnisse sendet uns der Gemeindevorstand Herr August Müller eine kurze Zuschrift, worin er festzustellen erucht, daß die Bemerkung, ein Mitglied des Schulvorstandes habe den Grundtag verteidigt; auf einen groben Mißverständnis ein grober Keil, nicht den Tatsachen entspreche. Diese Meinung sei vielmehr von einem in der Versammlung anwesenden Vater getan worden.

Kinderkommission für Teltow-Beeskow-Charlottenburg. Am Freitag, den 5. September, abends 7 1/2 Uhr, Sitzung der Kontrollen- rinnen resp. Kontrollen im Kreisbureau, Berlin SW., Lindenstraße 3, 2. Hof, Aufgang III, 4 Treppen. — Jeder Ort muß vertreten sein.

Sitzung von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Reinickendorf. Heute Donnerstag, abends 6 Uhr, in der Aula der Gemeindevorstande Schillerstraße. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindevorstande ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Aus aller Welt.

Die Cholera in Rumänien.

Das furchtbare Morden auf dem Balkan mußte schwere Seuchen im Gefolge haben. Für die am Kriege beteiligten Staaten besteht vor allem die Gefahr, daß die Cholera, die während des Krieges bereits zahlreiche Opfer forderte, mit den zurückkehrenden Truppen ins Land eingeschleppt wird. Auch das am Kriege beteiligte Rumänien ist jetzt ein Herz der Cholera geworden. Aus allen möglichen Teilen des Landes, besonders aber unter den aus Bulgarien zurückkommenden Regimentern werden Cholera-erkrankungen gemeldet. Zwar bemüht sich die rumänische Regierung, die Wirkungen der furchtbaren Epidemie nach Möglichkeit zu vermindern, jedoch mußte amtlich zugegeben werden, daß bereits am 28. August 189 Choleraerkrankungen, wovon 53 tödlich verliefen, festgestellt wurden. Das Wasser der Donau ist infiziert, so daß die Seuche noch größeren Umfang annehmen dürfte. Von befreundeter Seite geht uns aus Bukarest eine Warnung an deutsche Arbeiter zu, in Rumänien Arbeitsgelegenheit zu nehmen. Die Gefahr einer Verlebung des Landes sei um so größer, als die sanitären Zustände alles zu wünschen übrig lassen. Unter der armen Bevölkerung, die noch ganz unter dem Einfluß der Geistlichkeit stehe, sei durch die Erhaltung in völliger Dummheit und Unwissenheit eine große Gleichgültigkeit gegen Schmutz zu finden. Es bestehe daher die Gefahr, daß deutsche Arbeiter, die in Rumänien Arbeitsgelegenheit nehmen, diesen unglücklich schlechten sanitären Zuständen zum Opfer fallen.

Einsturz-Katastrophe in Dublin.

Ein von 18 Familien bewohntes Mietshaus in der Churchstreet in Dublin stürzte Dienstagabend gegen zehn Uhr mit gewaltigem Krachen zusammen. Da die Trümmer nachgaben, konnte nur mit äußerster Voricht vorgegangen werden. Gegen 11 Uhr waren 2 Personen unterbeehrt geborgen. Bis Mittwochmorgen hatte man weitere sieben Personen unter den Trümmern hervorgezogen, die jedoch teils tot waren, teils auf dem Transport nach dem Krankenhaus starben. Unter den Trümmern liegen noch zahlreiche Personen. Das Wimmern und Klagen aus den Trümmern läßt darauf schließen, daß sich noch eine Anzahl von ihnen am Leben befindet. Das Rettungswerk wird mit Hilfe von Militär fieberhaft fortgesetzt.

Kleine Notizen.

Ungetreuer Beamter. Der langjährige Gemeindevorstand Wenzel in Starnberg hat große Veruntreuungen zum Schaden der Gemeinde verübt. Bei einer Revision wurde ein Fehlbetrag von über 10000 Mark festgestellt.

Fliegerabsturz. Der französische Flieger Dilibier, der während des Balkankrieges als Flieger im Dienste der Bulgaren stand, ist bei Melun während eines Nachtfluges mit Passagier abgestürzt. Dilibier wurde dabei lebensgefährlich verletzt, sein Passagier, ein Kaufmann, getötet.

Die Opfer der amerikanischen Eisenbahnkatastrophe. Nach neueren Meldungen beträgt die Zahl der Todesopfer bei dem Eisenbahnunglück bei Wallingford 18; außerdem wurden etwa 80 Reisende verletzt, darunter mehrere so schwer, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 8. September, 8 1/2 Uhr, in Kellers Neuer Silbharmonie, Adersfelder Straße 96/97. Vortrag: „Wanderungen durch Italien“. Referent: Joh. Sassenbach. Gäste (Männer und Frauen) willkommen.

Jugendveranstaltungen.

Lichtenberg. Am Sonntag, den 7. d. Mts.: Tagespartie nach Rahnsdorf, Friedersdorf, Niedersdorf. Beschäftigung der Halberge. Treffpunkt 1/2 Uhr früh. Bahnhof Stralau-Rahnsdorf. Umlauf des Tages 6.42. Fahrgehalt 70 Pf. Trümpfgehe und Niederbächer nicht vergessen. Die Eltern sind freundlichst eingeladen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, unten vier Treppen — Bahnhofs —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Umschlag aus einer Zehnmarken beizulegen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Annoncenbezahlung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Wichtige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

Schuldner 180. Eine Klage gegen den Sohn erscheint durchführbar. — Alter Abonnent 6. Ja, beim Armenvorsteher Ihres Bezirks. — H. 9. 11. Richterfelde. Ja. — H. 3. 100. 1. Rein. 2. Der Betrag dürfte gültig sein, doch ist eine Umschreibung zweckmäßig. — R. 4. 1. und 2. Ja. 3. Jede Gemeinde hat den sofortigen Erstattungsanspruch. Es ist ratsam, auch bei der Charlottenburger Gemeinde Ratenszahlungen zu beantragen und dann zu eruchen, mit Beginn derselben zu warten, bis die Schuld an die Panlower Gemeinde abgetragen ist. 4. Da die Kosten von beiden Armenvorständen an die Krankenhausverwaltung zu erstatten sind. W. B. Wenn nichts anderes vorkommt, kann die Kündigung nur bis zum 15. eines Monats mit Wirkung zum darauffolgenden ersten erfolgen, sofern die Mietverhältnisse nach Monaten bemessen ist.

Wartpreise von Berlin am 2. September 1913, nach Ermittlungen des Igl. Polizeipräsidiums. Preis (mitred), gute Sorte 16,00—17,00. Maß (runder), gute Sorte 14,80—15,80. Richtig 4,80—5,00. Neu 5,90—7,50. Kartoffelallergische. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, von Roden 30,00—30,00. Spelzbohnen, weiße 35,00—40,00. Linsen 36,00—40,00. Kartoffeln (Kleinbl.) 4,00—5,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Reule 1,70—2,40. Rindfleisch, Durchschnitt 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,50—2,10. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,80—2,40. Butter 2,30—3,00. Kalbfleisch 3,60—5,50. 1 Kilogramm Karben 1,40—2,60. Sale 1,40—3,00. Rander 1,40—3,20. Geste 1,40—2,50. Barste 0,80—2,40. Schale 1,70—3,50. Mele 0,90—1,80. 60 Stück Apfel 1,00—15,00.

Krankheit und Sterblichkeit der Frau.

In dem Sammelwerke „Krankheit und soziale Lage“, herausgegeben von Professor Dr. M. Koffe und Dr. med. G. Tugendreich (H. F. Lehmanns Verlag, München 1912) hat Sanitätstakt Dr. med. Wilhelm Weinberg, Stuttgart, den dankenswerten Versuch unternommen, aus dem verhältnismäßig dürftigen Material, das die Statistik bisher geliefert hat, den Einfluss der sozialen Lage auf Krankheit und Sterblichkeit der Frau festzustellen. Ein Ergebnis dieser interessanten Untersuchung ist — um es gleich vorweg zu sagen —, daß die Erwerbsarbeit verrichtende Frau gesundheitlich weit mehr gefährdet ist als der Mann, und zwar sowohl bei körperlicher wie bei geistiger Arbeit. Ganz besonders ungünstig ist der Gesundheitszustand der Lehrkräfte; sie erkranken doppelt so häufig und doppelt so lange als die Lehrer, wie statistische Vergleiche aus Stettin, Kiel, Mannheim, München, Hamburg und Magdeburg ergeben. Schuld daran sind unseres Erachtens verschiedene Umstände, vor allem die kostspieligere Ausbildung und die niedrigere Befoldung der Lehrerinnen gegenüber der der Lehrer. Beide Faktoren verhindern nur zu oft eine rationelle Ernährung, die bei dem überaus anstrengenden Beruf besonders nötig wäre. Dazu kommen später die nervenschädigenden Wirkungen des Alkohols. Nicht in demselben Maße wie diese Proletarierin der Kopfarbeit ist die Lohnarbeiterin dem Arbeiter gegenüber in bezug auf Erkrankungsbefähigkeit und Krankheitsdauer benachteiligt; doch läßt sich die ungemein wichtige Tatsache aus den statistischen Zahlenreihen ablesen, daß es die Zeit der Entwicklung der Fruchtbarkeit und des Erlöschens der Geschlechtsreife, im besonderen das Alter von 20 bis 55 Jahren ist, in dem die Frauen besonders leicht erkranken. Ein ähnliches Bild zeigt die weibliche Sterblichkeit im Vergleich zur männlichen. Dagegen steht die Frau nach den Wechseljahren erheblich günstiger da als der Mann. Vergleichen wir aber verschiedene Bevölkerungsschichten miteinander, dann erweist die Statistik die aufregende Tatsache, daß die Uebersterblichkeit der Frau nur auf die ärmere Bevölkerungsschicht beschränkt ist. So ergibt ein Vergleich der Frauensterblichkeit in verschiedenen sozialen Schichten Bremens, daß im Alter von 15 bis 30 Jahren die Sterblichkeit der armen Frauen 7mal und im Alter von 30 bis 60 Jahren mehr als doppelt so groß war, als die der wohlhabenden Frauen.

Bekannt ist die größere Fruchtbarkeit des Proletariats im Vergleich zu der der Bourgeoisie. Allein gerade die fruchtbaren Mütter, die Frauen der Armen, die dem Staate unermüdet neue Bürger schenken, sind es, die Krankheit und Tod am schwersten bedrohen, weil jene — nicht genug der ungeheuren Kraftausgabe des Tragens, Gebärens und der Aufzucht der Kinder — häufig auch noch zu schwerer Erwerbsarbeit gezwungen sind. Diese Doppelbelastung der Proletarierin rächt sich frühzeitig durch Erschütterung der Gesundheit. Wir sehen, daß die Frau infolge von Leiden und Krankheiten, die in irgendeiner Beziehung zu ihrer Geschlechtsphase stehen, eine erheblich höhere Krankheitsziffer aufweist als der Mann. Nicht nur bei den Folgekrankheiten von Geburt und Wochenbett ist dies der Fall, sondern auch bei den Krankheiten des Erwachsenenalters. In der Leipziger Krankenkassenstatistik kamen z. B. auf 10 000 Pflichtmitglieder 28 Erkrankungen an Blutzucker bei den Männern gegen 676 bei den weiblichen Mitgliedern; es kamen ferner 0,2 Fälle von anderen Entwicklungsstörungen bei Männern vor gegen 121 Fälle bei Frauen. Blutzucker und Blutzucker, die so oft die Grundlage zu Tuberkulose bilden, sind häufige Entwicklungsstörungen bei jugendlichen Arbeiterinnen, denen Ueberarbeit bei gleichzeitiger Unterernährung zugemutet wird. Kein Wunder, da unsere Gesehung die Kinder nur bis zum 13. Lebensjahre vor der Ausbeutung in den dumpfen Erwerbshöhlen der Industrie schützt! Die Blutzucker hängt wiederum häufig zusammen mit den bei arbeitenden Frauen so zahlreichen Krankheiten der Verdauungsorgane. Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane, die bei Frauen vielfach Folgen von Geburten sind, zeigten bei den weiblichen Mitgliedern der Leipziger Krankenkasse die enorme Ziffer von 255 gegen 49 Erkrankungen bei den Männern. Dieses Verhältnis war besonders ungünstig in der Altersklasse vom 20. bis 35. Lebensjahre, also den Jahren der höchsten Fruchtbarkeit des Weibes.

Ein direkter Zusammenhang besteht ferner zwischen Latgeburten und sozialer Lage. Die bis unmittelbar vor der Niederkunft hart arbeitenden Frauen haben häufiger Totgeburten als solche Frauen, die in auskömmlichen Verhältnissen leben und sich schonen können. Eine österreichische Statistik erweist, daß die Sterblichkeit an Kindbettfieber bei unehelichen Müttern — und das sind gumeist die ärmsten der armen — um 22 Proz. höher ist als die der ehelich Gebärenden. Klaffen treten die sozialen Unterschiede zutage im Vergleich der Wochenbettsterblichkeit der wohlhabenden und der armen Frauen in einer österreichischen Tabelle. Die Sterblichkeit der Frauen der Industrie- und Lohnarbeiter an Kindbettfieber war fast doppelt so hoch, die der landwirtschaftlichen Arbeiterinnen gar 4mal so hoch, wie die der Frauen von selbständigen Industriellen. Die antiseptischen Schutzmaßnahmen bei der Entbindung verlangen einen gewissen Komfort“, sagt Dr. Brennecke, der bekannte Vorkämpfer einer Reform der Geburtshilfe. Wo wäre dieser Komfort, der der wohlhabenden Frau ohne weiteres zu Gebote steht, in den Wohnstuben der Armut zu finden?

Noch mehr der erschütternden Tatsache: eine der am meisten gefährdeten Krankheiten, gegen die ärztliche Wissenschaft noch wenig ausrichten kann, der Krebs, vor allem der Krebs der Gebärmutter, ist bei armen vielgebärenden Frauen weit häufiger als bei wohlhabenden Frauen mit wenigen oder gar keinen Kindern. Die Tuberkulose wütet unter den Frauen im Alter von 25 bis 35 Jahren mörderischer als in derselben Altersklasse von Männern. Vergleichen wir aber verschiedene soziale Schichten der Frauen miteinander, so finden wir von neuem die alte Wahrheit bestätigt, die nur ein Kugban leugnen kann, daß die Tuberkulose die Proletarierkrankheit ist. Nach der Bremer Statistik von Junk fanden von je 10 000 Frauen

im Alter von	der wohlhabenden Klasse	der mittleren Klasse	der ärmeren Klasse
15—30 Jahren	1,6	11	40
30—60	2,9	11	84
über 60	10	18	81

Auch andere Berechnungen zeigen eins, wenn auch nicht so krafft, so doch sehr erhebliche Uebersterblichkeit an Tuberkulose bei den Frauen der Armen, besonders bei den vielgebärenden.

Diese oft ungeheuerlichen Zahlenkontraste bedürfen kaum eines Kommentars, denn sie offenbaren — auch dem blödesten Auge sichtbar — die letzten Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaft mit ihren bis aus äußerster zugespitzten Massengegenständen. Diese können wir nicht anders überwinden als im Klassenkampf, im Kampf der Weislosen gegen die Besitzenden, der Unterdrückten gegen die Unterdrücker. Die Frauen des Proletariats wollen nur ihre eigenen, von der heutigen Gesellschaftsordnung am ver-

hängnisvollsten bedrohten Interessen, wenn sie als sozialdemokratische Klassenkämpferinnen tatkräftig mitwirken, allen Angehörigen des Volkes die gleichen Existenzmöglichkeiten zu erringen.

Die bürgerlichen Frauen zum Code Bebel.

Die gesamte Frauenwelt hat den tapferen Vorkämpfer für ihre Rechte auf allen Gebieten nur den wärmsten Dank zu widmen und sein Andenken hoch in Ehren zu halten. Wird sie es tun, wird die bürgerliche Frauenwelt wenigstens in diesem Augenblick, alle Gegenseite beiseite setzen, um diesem Dank Ausdruck zu geben, wo der große Kämpfer für ihre Rechte nicht mehr seine flammenden Worte für sie in die Wagschale zu ihren Gunsten hineinwerfen kann? Wird die bürgerliche Frauenwelt großtun und damit dankbare Worte dem Kämpfer auch für ihre Rechte zu widmen verstehen? So fragt die bürgerliche Frauenrechtlerin Minna Cauer in ihrem Organ „Die Frauenbewegung“ (Nr. 17 vom 1. September). Aber vergeblich haben wir die Frauenbeilagen der bürgerlichen Tageszeitungen durchsucht. Nicht eine Zeile auch nur der Mitteilung von der Tatsache des Todes, geschweige denn die Würdigung über Bebel's Arbeit für die gesamte Frauenwelt. Auch die meisten bürgerlichen Frauenzeitschriften ziehen es vor, über Bebel's Tod zu schweigen. Diese Feigheit charakterisiert sich von selbst. Sie ist umso auffälliger, als Bebel nach dem Zeugnis bürgerlicher Frauen auch ihnen gern Rat und Hilfe brachte. Bisher liegen nur zwei Stimmen aus bürgerlichen Frauenkreisen zu seinem Tode vor.

In dem Zentralblatt des Bundes Deutscher Frauenvereine „Die Frauenfrage“ (Verlag G. V. Teubner) schreibt Marie Stritt u. a.: Nicht nur den Frauen des Proletariats, auch den bürgerlichen Frauen ist er ein Erwecker geworden, Tausenden hat er das eigene und das allgemeine Leid ihres Geschlechtes zum Bewußtsein gebracht, Tausenden aber auch Mut und Kampfesfreudigkeit gestärkt und den Weg zur Höhe und zu einem befriedigenden Lebensinhalt gewiesen. . . . Das war überaupt das Charakteristische an Bebel's tiefgründiger Behandlung der Frauenfrageprobleme, das Große in seinem Kampf für die Frauen: ging er dabei auch stets vom Standpunkt und den Interessen seiner Partei aus, so übernahm er doch niemals die allgemeine menschliche, die allgemeine kulturelle Bedeutung dieser Probleme, dieses Kampfes. So ist er denn auch, wenn im Reichstag Petitionen bürgerlicher Frauen oder Fragen behandelt wurden, die diese hauptsächlich berührten, ihr verständnisvollster, herabsteiger, glänzendster Fürsprecher gewesen, schon zu einer Zeit, als die Vertreter der bürgerlichen Parteien noch nichts als leichte Witze und banale Redensarten für die Mütter der Nation übrig hatten. Und nie hat er, solange er das Wort im Reichstage ergriff, eine derartige Gelegenheit vorbegehen lassen, ohne für die Frauen einzutreten. Das darf und wird ihm in der deutschen bürgerlichen Frauenbewegung nicht vergessen werden. Dank und Ehre seinem Andenken.

Minna Cauer berichtet über ihre persönlichen Beziehungen zu Bebel (a. a. O.): Es war mir vergönnt, Bebel in seiner kämpferischsten und schwersten Zeit während des Sozialistengesetzes zu hören, wo er Gefängnis, Verbannung und Entbehrung für seine Ideen zu ertragen hatte. Nie werde ich es vergessen, wie dieser Mann zu wirken verstand, seine Lage über das, was er zu ertragen hatte, nur flammende Worte der Begeisterung, die die Unterdrückten, Begehrten und Verfolgten zu mächtiger Tatkraft anspornten. Dann lernte ich Bebel persönlich kennen, als ich fast hoffnungslos nach der Gründung des Bundes Deutscher Frauenvereine in betreff des Verhältnisses desselben den Arbeiterinnen gegenüber in einem inneren schmerzlichen Konflikt stand. Die Unterredung mit Bebel in betreff der bürgerlichen Frauenbewegung und meine Auffassung dazu sowie Bebel's Ansichten ist für mich ein Markstein geworden. Seitdem habe ich manchemal, wenn es sich um Eingaben an den Reichstag oder um wichtige Versammlungen handelte, mich an Bebel gewandt. Immer erhielt ich von ihm als Freund der Lage der gesamten Frauenwelt, nicht nur der seiner Partei, die bereitwilligste Auskunft und die besten Ratsschläge. . . . Die Frauen aber, ob sie seinem Wert verstehend oder ablehnend gegenüberstehen, sollten nie vergessen, was Bebel für sie geleistet hat, er, der ihnen als Vermächtnis hinterlassen hat: „Es gibt keine Befreiung des Menschen ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter.“

Die Gesellschafterin.

Der Kapitalismus hat eine Reihe von Berufen ins Leben gerufen, die nur auf seiner Herrschaft basieren und die schwinden müssen in dem Augenblick, in dem an seiner Stelle eine gesunde, lebensfähige Gesellschaftsordnung sich entwickelt. Zu diesen nicht lebensfähigen Berufen gehört der der Gesellschafterin. Alte, reiche Damen, meist Offiziers- oder Beamtenwitwen, die sich nach einem Leben voller Vergnügen ohne ernstes Lebensziel einsam fühlen und sich langweilen, brauchen eine Gesellschafterin, an der sie alle ihre Leiden auslassen können, von denen sie tausendfacher kleine Dienstleistungen verlangen und deren Lebenszweck darin bestehen muß, das Leben ihrer Gebieterin so erträglich wie möglich zu gestalten. Die Gesellschafterin entstammt ebenfalls fast immer einer Militär- oder Beamtenfamilie. Sie hat die übliche Institutsbildung genossen, musiziert und malt ein wenig, tanzt vorzüglich One und Two-step und spielt auch sehr gut Tennis. Gewöhnlich hat sie den letzten Schluß in einem Pensionat der französischen Schweiz genossen. Ausgerüstet mit allen Tugenden, die die Gesellschaftsfähigkeit der oberen Rehtausend ausmachen, wird die junge Dame „aus dem Stall geführt“. Ja sie jung und hübsch, so fehlt es ihr nicht an Verehrern und Tänzern. Aber es sind nur Verehrer, keine Rechner. Am Schluß des Winters verläßt sie sich mit der Tochter irgend eines „Adams“, über die sie sich vorher lustig gemacht haben. Die Platte vom Winter muß sehen, wie sie sich mit ihrem gebrochenen Herzen abfindet. Sie wird älter und aus den Veredeln werden immer mehr Pflichten, denn der Papa ist einflußreich. Schließlich bekommt er aber den Abschied und man zieht nach „Pensionopolis“, irgendeiner kleinen Stadt, wo es von Erzengeln und sonstigen hohen Tieren wimmelt, die alte überständige Tochter haben. Eine ernste Beschäftigung kennen diese nicht. Sie machen Handarbeiten oder brennen und malen allerhand unnütze Gegenstände, die sie meist nicht verkaufen können. Ein anderer Geldverwerb gilt für nicht standesgemäß und so führen sie ein trotz Kaffeegesellschaften und Tennispartien unbefriedigtes Dasein. Da findet eine von ihnen ein Inserat in der „Kreuzzeitung“, durch das eine vornehme Beamtenswitwe ein nicht zu junges Mädchen aus guter Familie als Gesellschafterin sucht. Pflichten werden nicht verlangt, dagegen wird die Stellung einer Hauswirtschafterin zugesichert. Selbst dem Papa erscheint dies Angebot seiner hohen Stellung würdig. Er führt selbst die Korrespondenz, in der der Geldpunkt unerwähnt bleibt, nur ein Taschengeld scheidet die Frau Geheimrat aus Berlin zu. Voller Hoffnungen reist die Gesellschafterin ab. Sie kommt in eine elegante Wohnung in Wilmersdorf, in der sie allerdings nur ein kleines dunkles Hinterstübchen neben dem Schlafzimmer der Frau Geheimrat eingeräumt bekommt. Dafür darf sie ja aber am Tage die vorbereiten Nachträume benutzen. Die Verbindungstür des Schlafzimmers muß nachts offen bleiben. Die Frau Geheimrat leidet an Schlaflosigkeit und muß dann jemand haben, mit dem sie sprechen kann und zwar gibt es keine Nacht, in der die Gesellschafterin nicht Pulver oder Tropfen mischen muß. Die Schenswürdigkeiten von Berlin kann sie nie besuchen. Die Frau Geheimrat geht nur Sonntag für Sonntag zu Schulte, wo sich die vornehme Welt trifft. In der Woche werden vormittags Besorgungen gemacht, denn die Kinder, die in der Provinz verheiratet sind, wollen alles aus Berlin. Den anstehenden Teil muß die Gesellschafterin übernehmen; sie muß durch die Käden gehen, denn das Alleinsein verdrängt die Frau Geheimrat schlecht. Nachmittags kommen ein paar alte Damen zum Tee, den die Gesellschafterin servieren muß. Ab und zu fährt man in den Grunewald, immer den gleichen Weg, an dem sie jeden Baum und Strauch kennt; oder man geht zur Abwechslung in den

„Zoo“. Abends muß sie stundenlang vorlesen, Bücher, die sie in- und auswendig kennt; die aber dem gefügigen Horizont der Frau Geheimrat entsprechen. Ab und zu besuchen die Damen Dinners oder Abendgesellschaften, in denen es von bewilligten Erzählungen und dergleichen wimmelt. Die Rolle der Gesellschafterin dabei ist nicht sehr amüsan. Statt einer muß sie zehn alte Damen bedienen, darf nur sprechen, wenn sie gefragt wird und wird nicht als voll angesehen. Auch das Theater besuchen sie zuweilen, aber nur das Schauspielhaus, weil das das einzige ist, in dem man sicher ist, keine „unanständigen“ modernen Stücke zu sehen. Auch in die Kurfürstenuper wird die Gesellschafterin mitgenommen und sieht dort zum fünften oder sechstenmal die Oper „Tiefeland“. Ihr bescheidenen Vorschlag, ob man nicht einmal in das Opernhaus gehen könnte, wird abgelehnt. Da spielt man immer Wagneroper, und die sind nichts für die Nerven der Frau Geheimrat. Ueberhaupt spielen diese Nerven eine große Rolle in ihrem Leben. Nachts lassen sie Nerven sie nicht schlafen, und sie kann nicht allein sein. Am Tage kann sie erst recht nicht allein sein, denn wenn sie so angegriffen ist, muß sie jemand an sich haben. Nicht einmal Sonntag kann die Gesellschafterin allein ausgehen, denn da ist es gerade „so langweilig“ in Berlin. Köchin und Stubenmädchen haben das Recht, regelmäßig Sonntags — oder auch in der Woche abends auszugehen. Die vornehme Gesellschafterin beneidet sie manchmal. Sie darf ihren Posten nie verlassen. Nur nach dem Mittagessen kann sie eine Stunde für sich lesen oder schreiben. Da aber machen sich die gestörten Nächte geltend und sie schläft regelmäßig ein zum großen Entsetzen der Frau Geheimrat, die in dem Alter nie am Tage schlief.

Das in Aussicht gestellte Taschengeld ist durchaus nicht fürstlich. Die Frau Geheimrat knusert gern, wo es nicht gilt, nach außen zu gehen. Zudem hat ja die Gesellschafterin ihrer Meinung nach den ganzen Tag nichts zu tun, sondern darf die Freuden Berlins umsonst genießen. Die Gesellschafterin mag nicht zu opponieren, denn von Geld zu sprechen, ist ja nicht vornehm. Aber die Geheimrätin bemerkt ihr enttäushtes Gesicht und meint etwas spitzig, es gäbe genug Damen aus guten Familien, die eine so gute, bequeme Stellung umsonst übernehmen würden.

Auch auf Reisen darf die Gesellschafterin die Frau Geheimrat begleiten. Die Damen fahren erster Klasse und wohnen in den ersten Hotels. Aber eine Erholung sind diese Reisen für die Gesellschafterin nicht. Sie findet „keine Ruhe bei Tag und Nacht“, denn die Frau Geheimrat hat immer wieder einen anderen Wunsch und versteht es, ihrer Gesellschafterin jede Freude an Kunst oder Naturgenuss gründlich zu stören. Dazu jammert sie so viel über die hohen Preise, sucht sich auf der Speisekarte die teuersten Gerichte aus, da sie sich pflegen muß, paßt aber argwöhnisch auf, ob die Gesellschafterin auch nicht so anspruchsvoll ist. Diese wagt schließlich kaum noch, sich satzweisen. Nach Hause schreiben will sie nicht. Sie schämt sich, daß gleich ihr erster selbständiger Ausflug ins Leben mit einem Pissoir enden soll. Zudem denkt sie mit Schrecken an die Atmosphäre der Langeweile und Beschränktheit, die sie auch dort erwartet. Wie ganz anders sie im Leben stehen könnte, wenn sie irgend etwas Nützliches gelernt hätte, daran denkt sie nicht. Ihre Brüder konnten einen Beruf ergreifen. Sie ist ja nur ein Mädchen, noch dazu ein Mädchen aus guter Familie. Immer klarer wird ihr, wie überflüssig sie eigentlich überall ist, und wie ihr das Leben nichts mehr zu bieten vermag. Sie wird stiller und stiller, und die Frau Geheimrat beklagt sich bitter bei ihren Bekannten. „Immer ist sie still und verdrossen und die geistige Anregung, die ich von Fräulein v. S. erwartete, ist gleich null.“ schreibt sie ihrer verheirateten Tochter. „Dabei führt sie ein Leben wie eine Prinzessin.“

Endlich wird der Hausarzt, der häufig wegen der verschiedenen kleinen Leiden der Frau Geheimrat konsultiert wird, um Rat gefragt. Er macht ein erstes Gesicht bei der Untersuchung der Gesellschafterin. Nachtragliche Nervendepression stellt er endlich fest und rät zur Ueberführung in ein Sanatorium. Entsetzt telegraphiert die Frau Geheimrat an den Vater ihrer Gesellschafterin und macht ihm eine Szene, daß man ihr zumuten konnte, einen Kranken Menschen zu sich zu nehmen. Sie selbst mißt sie keine Schuld bei. Sie hat die Gesellschafterin wie ihre Tochter gehalten und ihr das Leben in jeder Beziehung so angenehm wie nur möglich gemacht! Bekannte und Verwandte pflichten ihr bei. „Unmöglich!“ sagt ihr Schwiegerjohn, der Leutnant. „Wie gut hat sie es gehabt, nichts zu tun, das gute Essen und Trinken und die schöne Wohnung und die Reisen gratis. Sogar Taschengeld hat sie noch bekommen. Wenn man denkt, was von einem Leutnant alles verlangt wird für sein bißchen Gehalt.“

Veranstaltungen — Tagungen.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse veröffentlicht sein Winterprogramm für 1913/14; Vorträge: Joh. Sassenbach, Wanderungen durch Italien (8. Sept.); Toni Breitfeld, Geschichte des Frauenwahlrechts (15. u. 20. Sept.); Dr. Wilh. Dautenfeld, Napoleon I. (8. Okt.); Wally Zepfer, Die Frau in der neuen Literatur (20. Okt. u. 3. Nov.); Robert Schmidt, Theorie und Praxis der Gewerkschaften (17. Nov.); Rob. Creuer, Die Malerei des Berliner Realismus (1. u. 15. Dez.); Friedr. Stampfer, August Strindberg (5. Jan. 1914); Fr. Dr. Wggodzinski und Fr. Wöle, Körperkultur und Kleiderreform (19. Jan.); Rudolf Wiffel, Jugendfürsorge (2. u. 16. Febr.); Dr. Ernst Meyer, Die Seele der Frau nach der experimentellen Psychologie (2. März). Die Vorträge fallen stets auf einen Montag und haben 8 1/2 Uhr abends in Kellers Neuer Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97, statt. Konzerte: Werke von Joh. Seb. Bach (21. September); von L. v. Beethoven (23. November); von Bizet, Wagner und Strauss (28. Dezember). Die Konzerte beginnen Sonntag nachmittags 4 Uhr im Wiltshof-Saal, Lützowstr. 76; Eintrittskarten 60 Pf. Ferner finden statt: eine Weihnachtfeier am 29. Dezember, das 15. Stiftungsfest am 8. Februar in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18, und die Generalversammlung am 16. März in Kellers Neue Philharmonie. — Alle Veranstaltungen (Vorträge, Konzerte, Fährungen durch Museen usw.) werden regelmäßig am Donnerstag unter „Veranstaltungen“ im allgemeinen Teil des „Vorwärts“ bekannt gegeben. Der Monatsbeitrag beträgt 20 Pf. Gäste (Männer und Frauen) stets willkommen! Anfragen und Billets für Konzerte bei Frau Hulke, Prinzenstr. 102.

„Beruf und Ehe“ bildet den Gegenstand der Verhandlungen der Generalversammlung des Verbandes der fortgeschrittenen Frauenvereine am 29. und 30. September in Berlin. Am Montag, den 29. September, vormittags 10 Uhr, spricht Professor Dr. L. v. Wiese - Düsseldorf über: „Der geschichtliche Wandel in der Stellung der Ehefrau in Familie und Gesellschaft“. — Am Dienstag, den 30. September, vormittags 10 Uhr, spricht Dr. Renetta Brandt-Wyl über: „Die verheiratete Frau in der deutschen Volkswirtschaft“ und Dr. Alara Kayla - Ernst über: „Sozialpolitische Fürsorge für die berufstätige Frau und Mutter“. In einer öffentlichen Abendveranstaltung am Montag, den 29. September, 8 1/2 Uhr, werden Adele Schreiber-Krieger und Eise Häbers Ansprachen halten über: „Familie und Frauen - Berufstätigkeit“. — Die Vormittagsstunden finden im Architektensaal, Wilhelmstraße 92, die öffentliche Abendveranstaltung in den Epichernsälen, Epichernstr. 8, statt.

Der Allgemeine Deutsche Frauenverein (zugleich Verband für Frauenarbeit und Frauenrechte in der Gemeinde) hält seine 27. Generalversammlung vom 6.—8. Oktober in Gießen ab. Neben geschäftlichen Angelegenheiten werden erörtert werden: Probleme der häuslichen Wohnungsfrage und die Wohnungsinspektion (Dr. Marie G. Aders), Ausbildung für die sozialen Frauenberufe (Dr. Elisabeth Altmann - Jotzheim), Notwendigkeit des weiblichen Einflusses in der Mädchenbildung (Dr. Agnes Köhler), Reform der privaten Wohlfahrtigkeit (Helene Bonfort). Öffentliche Abendveranstaltungen werden täglich stattfinden mit: Frauenbewegung und Geburtenrückgang (Dr. Marie Bernays), Wirtschaftliche Tatsachen und Kulturforderungen in der Frauenfrage (Dr. Gertrud Däumler), Der Weg zum Frauenstimmrecht (Helene Lange).

Wer erfindet?

Erfindungen werden zu kaufen gesucht! Anfr. und Ang. (auch Ideen) an Adolf Seng, Cassel 14 310. 209/17*

Spezialarzt
f. Haut-, Genu-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinfranke jeder Art, Ehrlich'sche Salze, Sturen in u. Co. fong. Laborat. |
Dr. Homeyer
Blutuntersuchung, Nerven, Genu- u. Frauenleiden, gegenüber Gonorrhoe, Syphilis, Epr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Ohne jede Anzahlung

Pianos

× erstklassiges Fabrikat ×
vielfach prämiert, u. a.:
Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896
Berliner Musik-Fachausstellung 1906

Flügel und Harmoniums

sowie gegen kleine monatl. Teilzahlung. Für jedes Instrument gewähre ich langjährige Garantie.

Conrad Krause Neffg., Berlin, Ansbacher Str. 1,
Ecke Kurfürstenstraße. Tel. Steinplatz 10410.

Eigenes Geschäftshaus.

Tod u. Teufel

Reichel's **Wanzen-Fluid** „Radikal“ tötet die Wanzen auf der Stelle u. ist absolut nicht schädlich. 50 Pf. 1, 2, 3, 5, 10, 20, 50 Pf. u. 1.50

Reichel's **Schwaben-Spezialpulver** „Foudre Martial“ unfehlbar sicher zur Schwaben-Vertilgung. 50 Pf. 1, 2, 3, 5, 10, 20, 50 Pf. u. 1.50

Totale restlose Vernichtung der Brut.
Reichel's Spezialmittel sind von ungeheurer Stärke und übermächtiger Wirkungskraft.

Man kauft in den Drogerien nur Reichel's Original- Packungen u. weide unwirksam. Einzig echt und garantiert nur mit Marke **Tod u. Teufel.**

Alleiniger Fabrikant **Otto Reichel**, Eisenbahnstr. 4. M. 4781-53

Anerkennungen aus aller Welt.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zuletzt 2 fettgedruckte Worte). Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Neun Prozent Rabatt Vormwärts-lesern.

Gardinenstoffe, Fenster 1,50, 1,95, 2,45, 2,85, 3,50, 4,25, 5,50, 6,75 ufm. E. Weihenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-Exposition an der Steppenstraße.

Teppiche mit Webeflechtern 7,50, 9,50, 11,50, 13,50, 16,50, 19,50, 22,50, 25,50, 29,50 ufm. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-Exposition.

Webeflechtere, 1-3 Fenster Tischportieren, Tischportieren, Tischportieren, neueste Muster, Fenster 2,85, 3,50, 3,95, 4,85, 5,75, 6,50, 7,50, 9,50, 11,50, 14,50, 18,00 ufm. Vortierhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Tuchdecken, Leinwanddecken, Tischdecken 1,35, 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,65, 4,25, 4,85, 5,50, 6,75, 8,50, 9,70 bis 45 Mark.

Teppiche, Similtische, vornehme Ausführung 3,75, 4,85, 5,75, 6,50, 7,85, 9,50, 12,50, 14,50 ufm. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-Exposition. 9608*

Möbelverkauf und Tisch-Maschinen für den Haus- und Geschäftsbereich, Gas- und Holzheizung, billig, nur prima, bei Teilzahlung günstige Bedingungen. Beckmann, Solmsstraße 26. 2948*

Einfachungsstoffe, Bräutigamskleider, Kostüme, Herbstpaletots, Hülsen, Röcke, Kinderkleider, direkt aus Arbeitstuben, billig, Kleiderstraße 13, I. Etage. Sonntags geöffnet. 11078*

Teppiche: (lederbaste) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn. - Gadeicher Markt 4, Bahndorf Straße. (Leier des Vormwärts-lesern 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen 30-60 Mark, Hosen 6-18 Mark. Verbandshaus Germania, Unter den Linden 21.

Gardinen! Steppdecken! Vortieren! Tischdecken! ansehnlich billig! Vormwärts-lesern 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brunn, Gadeicher Markt 4 (Bahndorf Straße). Sonntags geöffnet.

Wandbildhaus Hermannsplatz 6, Spotbilliger Bettdeckenverkauf. Pflücker-Verkauf. Gardinenverkauf. Teppichverkauf. Goldwarenverkauf. Preisnachlass Herrenanzüge. Sonntagsverkauf ebenfalls.

Teppich, Thomas, Oranienstr. 126, verkauft farblichste Teppiche (Spottbillig); Gardinen, Steppdecken, Tischdecken halben Preis. Vormwärts-lesern 5 Prozent Extrarabatt. 7658*

Ladeneinrichtung. Ein großer Schaum, 3,20 Meter lang, 2,40 Meter hoch, unterteilt in 12 Kästen, Oberteil drei Glas-Schiebeläden. Ein Ladenlicht, billig zu verkaufen. Näheres Expeditions, Salzweidestraße 8.

Bettenständer 9, Brunnenstraße 70, im Keller. 12008*

Mittelschöne Nachschreierarten, Bau 20 (Berlin), reichend von Neufriedrich bis Lorenz, von Stendal bis Rathenow, aufgezogen, in Kartons 2,60 M. Buchhandlung Vormwärts, Lindenstraße 69, Laden.

Milchgeschäftseinrichtungen, Milchverkaufsgelände, Milchfannen, Milchmühle, Milchhebe, Buttermaschinen, Mischgallen billig. Spezialgeschäft Hermann Jordan, Wilschstraße 21. 1331*

Gasföhrer, Teppiche, Uhren, Woche 1,00, billige Preise. Große Frankfurterstraße 92, Reinoldsdorfer Straße 120, Schönhauser Allee 121, Reudöfen, Berliner Straße 102.

In freien Stunden, Wochenlohn für das arbeitende Volk, Romane und Erzählungen. Abonnement wöchentlich 10 Pf., nehmen alle Ausgabestellen des Vormwärts-lesern entgegen. Probehefte gratis.

Drehbollen Handbetrieb, auch (elektrisch), Mischgallen, Mischgallen (Teilzahlung), Kriger u. Witten, Bahmannstraße 29. 12118*

Teilzahlungen 0,50 wöchentlich, Gardinen, Vortieren, Teppiche, Decken, Uhren, Bilder, Möbel, Polsterwaren, Bunte Küchen, Betten, Wäsche, Kinderanzüge, Herrenanzüge, Einwegungen, zugehörige! Sendet Vertreter! Kleiderhaus, Inhaber Richard, Barzauerstraße 80. 11928*

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer, Gebunden 3 M. Buchhandlung Vormwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Zinkwaschmaschinen, Zober, Stüwammen, Bademännchen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Lesern 5 Proz.

Prachtbett 5,00, baumige Betten, Stand 9,00, zwei Deckbetten, zwei Kissen 15,50, Baumdeckbett, Unterbett, zwei Kissen 25,00, Laten 1,00, Damastbezüge 3,90, nur Andreasleithaus, Andreasstraße 38. - Vorzeiger vergütete Fahrgebl. 11208*

Nähmaschine, nageleines, fadellos, privat, billig veräußert. Reichstein, Godestraße 76 I, Charlottenburg. *

Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Einzelstücke, teilweise leicht lieferbar, unter Hälfte des Preises. Vormwärts-lesern 5 Prozent Extrarabatt. Gardinen- und Teppichhaus Georg Lange Kaufhof, Chausseestraße 73/74. 11128*

Teppiche (lederbaste) Gelegenheitsverkauf, Fabriklager Kauerdorf, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang, Vormwärts-lesern 6 Prozent Extrarabatt.

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 12338*

Taschenbuch für Gartenfreunde Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Gartens, Gemüse- und Obstgärten von Max Decker. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vormwärts, Lindenstr. 69.

Möbelangebot. Infolge sehr günstigen Einkaufs verkaufe ich die großen Vorräte Möbel, Kronen, Leptische, Küchen, Stores, Vortieren, Uhren, Bilder, Tisch, Stepp, Divan, Tischdecken zu auffallend niedrigen Preisen: Herrenzimmer 630,-, Salon mit Garnitur 450,-, Speisezimmer 575,-, Schlafzimmer 275,-, Chaiselongue mit Leder 2250, Bettstellen, Auszugstische, Spiegelkränze, Truemeubel 30,-, Kiste, Schreibtische, Buchstolleten 28,-, Kleiderkränze, Stenzen, Lederhülle, Kissen, Sofa, Standuhren, Umbau, Salon, Garnituren, Bücherschränke 40. Alles neu, unter Garantie. Auch andere Gelegenheitskäufe für Pensionate, Brautleute, Hotels. Otto Seidel, Möbelgeschäft im Anhalter Innenhof, Bahnhofsplatz, Möbelerstraße 25, direkt Hochbahnstation Möbelerstraße. 11379*

Wochel - Woebel. Oranienstraße (Korriday) 58, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl billige Preise. Ein Zimmer und Küche 230,-, 335,-, 407,-, 475,-, 496,-, 537,-, 574,-, 609,-, 651,- bis 1000,-. Zwei Zimmer und Küche 445, 536,-, 640,-, 690,-, 756,-, 805,-, 939,-, 1035,-, 1105,- bis 2000,-. Schlafzimmer 189,-, 292,-, 341,-, 371,-, 371,-, 434,-, Wohnzimmer, modern 315,-, 268,-, 306,-, 341,-, Speisezimmer, echt Eiche, 341,-, 414,-, 475,-, 562,-, Herrenzimmer 334,-, 424,-, englische Bettstelle mit Matratze 40,-, Truemeubel, geflüßten 35,-, Wäschelose 58,-, Umbau 50,-, Verfügtung ohne Kaufmann erbeten. Für Jahre Garantie. Eventuell Zahlungsvereinbarungen. Event 8-8, Sonntags 8-10. Kein Laden. Verkauf im Fabrikgebäude. 198*

Möbel, Spiegel, Polsterwaren, große Auswahl langjährige Garantie! Teilzahlung gestattet! Hoyer, Dresdenerstraße 107-108. 12108*

Moderne Arbeitermöbel in zeitgemäher Ausführung, in Eiche (alle Farben) und Kirschbaum, unerreichte Auswahl, zu den allerbilligsten Preisen, in solider Arbeit, direkt vom Tischlermeister Julius Apelt, Adalbertstraße 6, am Rottbuhnenort. 11888*

Möbel: Für Brautleute günstig. Gelegenheits-, ich Möbel auszuführen mit kleiner Anzahlung gebe schon heute und Küche. In jedem Stück deutlicher Preis. Ueberdies dabei ausgesprochen. Bei Krankeitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Kündigungsbedingung! W. Goldschmid, Jägerstraße 38, Ecke Oranienstraße. 29018*

Möbel - Wiese Stallweidenstraße 57. Moderne Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage. Beschäftigen Sie meine Ausstellung ohne Kaufmann. Vormwärts-lesern 5 Prozent. Darnack, Tischlermeister, Stallweidenstraße 57, Kochplatz. Verkauf im Fabrikgebäude. Zahlungsvereinbarungen. 10728*

Möbel-Teilzahlung bei Wessing, Dresdenerstraße 124, am Rottbuhnenort. Auf Kredit und bar. Stube und Küche, Anzahlung von 15 Mark an. Besuchen Sie meine Ausstellung. Mehrere auch auswärts. Vorzeiger dieses erhält 5 M. gutgeführt. Sonntags von 8-10 geöffnet. 12088*

Zwei Betten veräußert. Wärlher Ufer 6 III, Bochschowisch.

Wäschelose, Spiegel, Regulator, Chaiselongue, gut erhalten, sofort billig. Brunnenstraße 153, vorn II rechts. 21068*

Rinderdrahtbett, Klappstuhlmagen, Joachim, Frankfurter Allee 128 III.

Möbelhändler, Umzugshalber billig echte Kirschbaum-Einrichtung, modern, mit Wäschelose, Umbau, Jorndorferstraße 4 I, Ecke. 14012

Möbelaussteuer, hochlegante Stube, Küche, Spotbillig, Kestner, Große Damburgerstraße 4. 21068

60 Schlafzimmer, eiche, nageleines, latun, birnbaum, hell und dunkelbraun, mahagoni, zu denkbar billigen Preisen an Private! Kur Falterstraße 25. Niesen Möbelmesse! 12288*

Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 22488*

Fahrräder.
Weberstraße 42, Schrader, Brenna-borrad, gut erhalten. 2,-, Jubelstr.

Fahrräder, Teilzahlungen, größte Auswahl, billigste Preise. Lothringergasse 40. Füllhorn: Steglitz, Schloßstraße 116. Müllerstraße, Nollendorfstraße 100. Charlottenburg, Kantstraße 57. 12038*

Freilauf, 30,-, und nageleines Herrenrad, Damenrad, Kraus, Andreasstraße 54. 14010

Wegner - Leihhaus, Potsdamerstraße 47, lauft (belehrt) höchstzählend: Wanduhren, Brillanten, Goldschmuck, Bronzen, Platin, Uhren, Gewehre, Pianinos, Schreibmaschinen, Klavierspiel, Broddausgeräten, Weaglerliten, Rasierer, wissenschaftliche Bücher, Zigarren, Sorenpfeifen, Herrenanzüge, Damengarderobe, Wäsche, Betten, Fahrräder, Nähmaschinen, sämtliche Verleihen! Diätete Bedienung, weitgehendstes Entgegenkommen. (Sonntags 8 bis 10 geöffnet.) Fernsprecher Lützow 5790.

Zahngelüste, Gold, Silber, Treifen, Platin lauft höchstzählend Blumenreich, Brunnenstraße 3, Rosenhaller Tor. 698*

Damenrad lauft Kraus, Andreasstraße 54. 14013

Kaufgesuche.
Zahngelüste, Goldschmuck, Silberwaren, Platinabfälle, sämtliche Metalle höchstzählend. Schmeltzerei Christian, Köpenickerstraße 20 a (gegenüber Wartenbergstraße). 11111*

Goldschmelze lauft höchstzählend Zahngelüste, alle Metalle. Bittwe Nieper, nur Köpenickerstraße 157.

Platinabfälle, alte Goldschmuck, Brauchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Rehring, Goldmatten, Quecksilber, Stanniol sowie sämtliche Gold-, Silber-, platinhaltigen Rückstände lauft Groß, Edelmetall-Schmelze, Berlin, Köpenickerstraße 29. Telefon Kochplatz 3476. 5808*

Platinabfälle, Gramm 5,50, Kilogramm 50,-, Zahngelüste, Stanniol, Quecksilber lauft höchstzählend Blümel, Schmelzerei, Auguststraße 19 III.

Kupfer, Welling, Jini, Jini, Jini, Stanniol, Gold, Silber, Platin, höchstzählend. Billig Coon, Brunnenstr. 25.

Zahngelüste, Platin 5,50, Gold-einmal, Silber, Quecksilber, Stanniol reell, höchstzählend Schmelzerei Müller, Zeltenerstraße 10. 20145*

Zahngelüste, Zahn bis 1,30 (Abholung), Platinabfälle 5,70, Goldschmuck, Silberwaren, Rehring, Goldmatten, gold-, silberhaltige Rückstände, Quecksilber, Stanniolpapier, Jini 3,50, Kupfer 1,32, alle Metalle höchstzählend. Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstraße 31. Telefon. *

Unterricht.
Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Verein, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty - Liedtke, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus III. 448*

Elektrotechnik, Radfahrenbau, Lehranstalten Dopp, Rathenowstr. 13.

Abendkurse, Hochbau, Tiefbau, Maschinenbau, Elektrotechnik, Berlin, Reudendorferstraße 3 und Rathenowstraße 3. 9748*

Chausse-Ausbildung erlässlich und heilungsfördernd. Verschiedene 4-Jährige-Systeme, Honorar 100 M., auch Abendkurse. Kostlose Empfehlung. Große Reparaturwerkstatt, Köpenickerstraße 116. 7318*

Tanzinstitut Borzig. Neue Sonntagstunde, Abendkurse beginnen. Anmeldungen täglich Reichenbergerstraße 3, vormittags 10 bis 10 abends.

Geschäftsverkäufe.
Obst, Gemüsegeschäft, Rolle, Kolonialwaren, wegen Krankheit des Besizers verkauft Schulte, Straßburgerstraße 6, hochparterre. 7113

Milchgeschäft, circa 140 Liter, schöner Laden, aber keine Wohnung, goldschöne Geräte, Näheres Restaurant Möbelerstraße 126. 21006

Milchgeschäft, fünf Jahre einer Hand, Kleide 40 Mark, alterswegen veräußert. Reudöfen, Hermannstraße 176, I rechts. 769

Kohlengeschäft, gutgehend. Reudöfen, Annstraße 28. 799

Restaurant mit anschließender Wohnung sofort zu vermieten. Straßburgerstraße 45. 21076

Restaurant, über 10 Jahre im Besitz, anderer Unternehmen wegen veräußert, Bezirkslokale, Zahlstelle, Vereine und Familienverkehr. H. Knobloch, Schöneberg, Sedanstraße 53.

Möbel.
Brautleute und Möbelkäufernde offeriere englische Bettstellen, echt mahagoni furniert, mit Patentmatratze 45,00, Kleiderkasten, Vertiko, echt mahagoni furniert, 49,00, Truemeubel 30,00, farbige Küchen, komplett, 7-teilig, 55,00, Chaiselongue 23,00. Eigene Werkstätten. Möbelhaus, Große Frankfurterstraße 8/9. 11958*

Möbel aus bequeme Ein- und Zweizimmer Großer Lager jeder Art. Möbel-Verkehr: 1. Geschäft: Brunnenstraße 7, 2. Geschäft: Wärlherstraße 174. Sonntags 8-10 geöffnet. 8508*

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wir Ihnen ein einzelnes Stück auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Oben lauft bei uns. Kretschmann u. Co., Köpenickerstraße 4. (Salzweider Bahndorf). *

Anzahlung Nebenlage. Möbel für Stube und Küche 10 Mark Anzahlung. Ganz keine Kosten. Dieses Anrecht wird vom Vormwärts-lesern mit 3 Mark in allen Geschäften in Zahlung genommen. Glück, Alte Schönhauserstraße 32, Tammengapf, Blumenstraße 2, Kottbus, Rottbuhnenstraße 14. 12028*

Auf Teilzahlung komplette bürgerliche Wohnungseinrichtungen in einfacher und besserer Ausführung sowie einzelne Möbelstücke liefert unter kulantesten Zahlungsbedingungen Tischlermeister Rolke, Jorndorferstraße 38/39. Bestehen gewesene Möbel besonders billig. Kein Anzahlungsgeld! 20685*

Möbel - Gelegenheitskäufe! Prudenstraße 6. Große Auswahl neuer gediegener Möbel zu Spottpreisen. 20425*

Küchen-Einrichtungen, hochmodern. Wintolo, Wärlherstraße 67, I rechts. *

Umbauküchen 40,00, Chaiselongue 18,00, englische Bettstellen 25,00. Kupferer Walter, Stargarderstr. 18.

Musikinstrumente.
Kuhbaumpianos, neu, 350,-, auch ohne Anzahlung. Bohm, Großewaldstraße 204. 13712*

Pianos, Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an, Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105.

Pianos, neue, freigelegt, 150,-, unter Katalogpreis, Lurmerstraße 9 I. Inzeratenteil berantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vormwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Arbeitersekretär gesucht!
Für das am 1. Januar 1914 neu zu errichtende Bezirks-Arbeitersekretariat für die Provinz Pommern (Sitz Stettin) zum Antritt 1. Januar 1914 ein Arbeitersekretär gesucht.
Derfelde muß mit der Sozialgesetzgebung vertraut sein und soll die Vertretung vor dem Versicherungsamt und dem Ober-Versicherungsamt übernehmen. Die Anstellung erfolgt nach den Bedingungen des Vereins Arbeiterpresse. Dienstjahre werden angerechnet.
Bewerbungen sind bis 20. September 1913 an das Arbeitersekretariat Stettin, Deutlerstr. 8 II, zu richten. 280/15

Verlässlicher Monteur
älterer und erfahrener Mann, selbständiger Arbeiter, wird für die Bremstation einer großen Automobilsfabrik gesucht!
Schriftliche Offerten mit Zeugnisabschriften sind unter „Automobilsfabrik NO. W. G. 7228“ an die Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Wien I., zu richten. 139/6

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Jedermann guten Nebenverdienst. „Edi“, Wärlherstraße 9. 734
Schlofferlehrling verlangt Kue, Götlicher Ufer 8. 723
Morgenröde, Arbeiter größerer Kosten. Köhnen, Lenbachstraße 22, III-Bogahagen. 776
Ohne Mühe finden Kontinentwichte, Fabrikanten, Meister, Bestfäher, Chausseure durch den Vertrieb unseres hervorragenden Spezialprodukts, für Arbeiter jeden Berufes geeignet, sehr hohen Nebenverdienst. Hohe Provision oder eigene Rechnung. Viktor Joernell, Renowinfabrik, Driß, Sudowstraße 54. 4-7. 21018
Hohen Verdienst für Straßenhändler mit Wagen, zum Betrieb unseres hervorragenden chemischen Spezialprodukts, geeignet für jeden Arbeiter. Viktor Joernell, Renowinfabrik, Driß, Sudowstraße 54. 4-7. 21018
Vertreter für Berlin und Ostpreußen nach Kaufhaus gesucht. Offerten B. Jilar, Raspliet b. Warschau, Rußland. 220/4
Buchhalter, tüchtige, mit schöner Handschrift sofort gesucht. Meldungen mit Schriftprobe 1-2 Uhr mittags oder 7-8 Uhr abends. U. Jandorf u. Co., Bellealliancestraße 1-2.

Achtung! Holzarbeiter.
Wegen Streit oder Lohn-differenzen sind gefordert:
Klavierfabrik Wernecke, Reudöfen, Godestraße 65.
Klubsecheldt, Möbelfabrik Thiemer (Zack), Anhalt.
Für Tischler: Werbau I. 2. Das Berliner Arbeitswilligen-Vermittlungsbureau d. gelben „Handwerker-Handwerker-Verbandes“. Arbeitsnachweis d. Stellmachereinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grünader-Platz.
Zugung ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes

Deutscher Kürschnerverband. Fil. Berlin.
Sorgt dafür, daß Eure Söhne und Töchter, die noch in den Werkstätten oder die bisher im eigenen Heim Pelzwaren verarbeitet, die Arbeit ruhen lassen, da es Streikarbeit ist!
Unterstützt uns in unserem schweren Kampf, unter Sieg ist auch Euer Sieg!
100/9*

Arbeiter!
Parteigenossen!
Der Streik in der Pelzbranche dauert un- verändert fort!
Sorgt dafür, daß Eure Söhne und Töchter, die noch in den Werkstätten oder die bisher im eigenen Heim Pelzwaren verarbeitet, die Arbeit ruhen lassen, da es Streikarbeit ist!
Unterstützt uns in unserem schweren Kampf, unter Sieg ist auch Euer Sieg!
100/9*

Arbeiter!
Parteigenossen!
Der Streik in der Pelzbranche dauert un- verändert fort!
Sorgt dafür, daß Eure Söhne und Töchter, die noch in den Werkstätten oder die bisher im eigenen Heim Pelzwaren verarbeitet, die Arbeit ruhen lassen, da es Streikarbeit ist!
Unterstützt uns in unserem schweren Kampf, unter Sieg ist auch Euer Sieg!
100/9*

Arbeiter!
Parteigenossen!
Der Streik in der Pelzbranche dauert un- verändert fort!
Sorgt dafür, daß Eure Söhne und Töchter, die noch in den Werkstätten oder die bisher im eigenen Heim Pelzwaren verarbeitet, die Arbeit ruhen lassen, da es Streikarbeit ist!
Unterstützt uns in unserem schweren Kampf, unter Sieg ist auch Euer Sieg!
100/9*

Arbeiter!
Parteigenossen!
Der Streik in der Pelzbranche dauert un- verändert fort!
Sorgt dafür, daß Eure Söhne und Töchter, die noch in den Werkstätten oder die bisher im eigenen Heim Pelzwaren verarbeitet, die Arbeit ruhen lassen, da es Streikarbeit ist!
Unterstützt uns in unserem schweren Kampf, unter Sieg ist auch Euer Sieg!
100/9*